



# Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelvekaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 25 – 22. Juni 2013

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

## DIESE WOCHE

### Aktuell

**Beflissenheit trübt den Blick**  
Merkel beim Baubeginn des Dokumentationszentrums zur Vertreibung 2

### Preußen / Berlin

»Unverrückbare Wirklichkeit«  
Gauck legt Grundstein für Schlossneubau – Kritiker befürchten Kostenexplosion 3

### Hintergrund

**Öffentlich oder veröffentlicht?**  
Kluft zwischen der Meinung des Volkes und den Meinungsmachern wird größer 4

### Deutschland

**Kopfloser Staatsglaube**  
In Hamburg und Berlin fordern Initiativen den Rückkauf der Versorgungsnetze 5

### Ausland

**Programmierte Enttäuschung**  
Iran: Neuer Präsident kann Probleme nur entschärfen 6

### Kultur

**Spielwiese für Nachwuchs**  
Auf Neben Bühnen entsteht neues Theater 9

### Geschichte

**Anfang und Ende eines Traums**  
Der JFK-Besuch 1963 10



Von der Flucht vor der Roten Armee erschöpfte Frauen: Die Bundesrepublik Deutschland scheint sich ihrer zu schämen

Bild: Interfoto

## Vertriebene abgehakt

Am Weltflüchtlingstag soll zukünftig auch der Vertriebenen gedacht werden

Über ein halbes Jahrhundert hat es gedauert, bis der Heimatvertriebenen endlich offiziell gedacht wird. Künftig soll am 20. Juni der Weltflüchtlingstag um ein Vertriebengedenken erweitert werden. Dies hat der Bundestag anlässlich des 60. Jahrestags des Bundesvertriebenengesetzes beschlossen.

Wieder einmal ein weichgespülter Kompromiss, mit dem diesmal aber alle Politiker leben können: Statt eines gesonderten Gedenktags wie vom Bund der Vertriebenen (BdV) und von CSU-Seite aus gefordert, soll der Gedenktag für die Heimatvertriebenen zum Anhängsel des bereits seit 2001 bestehenden UN-Weltflüchtlingstags werden. Mit Ausnahme der Partei „Die Linke“, die sich enthielt, stimmten im Parlament alle im Bundestag vertretenen Parteien dem Koalitionsantrag zu, der nach 1945 Ver-

triebenen künftig am 20. Juni auf nationaler Ebene zu gedenken.

Dass dieser Tag des Gedenkens lange überfällig war, muss auch all jenen einleuchten, die sich lange dagegen gewehrt haben und darin revisionistische Bestrebungen befürchteten. Spät, aber nicht zu spät, scheinen mit dem Aussterben der Erlebnisgeneration endlich die ideologischen Scheuklappen zu fallen, so dass man auch von der politischen Linken die Aufbauleistungen der Vertriebenen in Deutschland zu würdigen versteht.

Trotzdem reicht diese Entwicklung noch nicht für einen völlig unbeschwerten Umgang mit der Nachkriegsgeschichte. Denn sonst hätte man einen separaten Gedenktag für die Heimatvertriebe-

nen finden können. Beim Sudetenland im Mai schlug Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer vor, künftig jeden zweiten Sonntag im September einen Gedenktag für Vertriebene einzurichten. „Bayern verdankt seinen Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern viel“, so begründete Seehofer seinen Vorstoß damals.

Auch Innenminister Hans-Peter Friedrich schlug sich auf Seehofers Seite und meinte, dass es aus Rücksicht auf die Außenpolitik nicht verständlich sei, auf einen solchen Tag zu verzichten. Um aber nicht bei den östlichen Nachbarn diplomatische Spannungen aufkommen zu lassen, beugt sich die Bundesregierung aber offenbar doch dem Ausland. So räumte der Innenminister ein, dass

es derzeit auf Bundesebene keine Mehrheit für einen eigenen Gedenktag gebe.

Daher fand auch der Vorschlag des BdV und der Unionsfraktion keine Mehrheit, den 5. August als gesonderten Gedenktag zu wählen. Damit wollte man an die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ erinnern, die am 5. August 1950 unterzeichnet wurde und in der ein Verzicht auf Rache für die Vertreibung ebenso wie ein Recht auf Heimat postuliert wurde.

Immerhin zeigte sich die BdV-Vorsitzende Erika Steinbach versöhnt mit dem Kompromiss: „Es hängt nicht am 5. August, der 20. Juni ist genauso ein guter Tag.“ Fragt sich nur, ob man den Mut aufbringt, den Tag zukünftig auf würdige Weise zu begehen versteht oder ob das Datum nur ein unbeachteter Eintrag im Kalender bleibt. Zu befürchten ist das allemal.

Harald Tews

### Vorschläge für einen eigenen Gedenktag fanden keine Mehrheit

## Gezielt hinters Licht geführt?

Der IWF gibt Fehler bei der Euro-Rettung zu – Griechische Gas-Vorkommen bleiben außen vor

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat in Sachen „Griechenland-Hilfe“ einen verheerenden Offenbarungseid geleistet. Laut einem 51-seitigen Bericht des IWF selbst hat die Washingtoner Organisation gleichsam alles falsch gemacht. Schon die eigenen Prognosen lagen dramatisch daneben: Regelmäßig sagte der IWF Griechenland eine baldige wirtschaftliche Erholung voraus. Stattdessen ging es immer steiler bergab.

2012 beispielsweise sollte die hellenische Wirtschaft laut IWF-Prognose wieder wachsen, in Wahrheit brach sie um mehr als sechs Prozent weiter ein. In dem Bericht legt der IWF Einzelheiten

darüber offen, wie unfassbar inkompetent seine Wissenschaftler, darunter der mit viel Ansehen bedachte US-Ökonom Kenneth Rogoff, gearbeitet haben.

Bei der EU und in Berlin sind die Bekenntnisse wie eine Bombe eingeschlagen und haben für große Verärgerung gesorgt. Schließlich waren es die Politiker in Berlin und Brüssel, welche die „große Erfahrung“ des IWF stets gelobt und sich auf dessen Rat verlassen haben. Sie stehen jetzt reichlich blamiert da.

Schlimmer noch besonders für Angela Merkel ist, dass der IWF als Folgerung aus seinem eigenen Versagen einen weiteren Schuldenschnitt für Athen fordert. Dieser könnte die deutschen Steuerzahler

erstmalig direkt treffen: Die staatliche KfW ist mit 15 Milliarden in Griechenland engagiert, der Bund über den „Rettungsschirm“ ESM mit 35 Milliarden. Immerhin meint der IWF, ein solcher weiterer Schuldenerlass müsse erst bis Ende Dezember beschlossen werden, so dass die Bundesregierung die schlimme Nachricht erst nach den Bundestagswahlen im September zugeben müsste.

Jahrelang, so räumt der IWF ein, hat er also mit falschen Zahlen operiert. Obwohl von der Französin Christine Lagarde geleitet, gilt der Währungsfonds als festes Instrument der US-Politik, deren Absichten hinter den Aktionen des IWF zu vermuten sind. Vor Jahren

hatte die US-Bank Goldman-Sachs Athen dabei geholfen, seine Haushaltszahlen zu fälschen, um sich so den Euro-Beitritt zu erschleichen. Nun scheint es, als hätten US-Kreise die Europäer, diesmal per IWF, erneut hinters Licht geführt.

Experten wundern sich, warum bei der Debatte um Athens Schulden die gigantischen Öl- und Gas-Reserven vor Griechenlands Küste nie eine Rolle spielen. Ihr Wert übersteigt Athens Schulden bei weitem, alle Probleme könnten damit gelöst werden. Indes haben sich US-Ölkonzerne weitreichende Rechte an den griechischen Schätzen gesichert. So bleiben für Europa die Schulden und für die USA die Erträge.

Hans Heckel

## Angst vorm Bürger

BND mit neuem Spähprojekt fürs Internet

Der Bundesnachrichtendienst (BND) will mit einem 100 Millionen Euro teuren Projekt die Überwachung des Internets ausbauen. Unter dem Namen „Technik aufwuchsprogramm“ sollen bis zu 100 neue Personalstellen und größere Rechnerkapazitäten geschaffen werden. BND-Chef Gerhard Schindler soll dieses Spähprojekt bereits vor einem Jahr dem Vertrauensgremium des Bundespräsidenten vorgestellt haben. In der ersten Tranche hat die Bundesregierung bereits fünf Millionen Euro bewilligt.

Bei der FDP kamen die Pläne nicht gut an. Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger stellte sich die Frage, „ob da mit

neuem technischen Aufwand in einer anderen rechtlichen Dimension gearbeitet werden soll“.

Dass die Geheimdienste an den Rechten der Bürger vorbei diese ausspähen, zeigte zuletzt der Abhörskandal „Prism“, mit dem der US-Dienst NSA weltweit die Nutzer von Facebook oder Twitter ausspäht (die BAZ berichtete). Dass dabei auch völlig unbescholtene deutsche Internetnutzer ins Visier geraten, liegt auf der Hand. Bei seinem Besuch in Berlin sprach Kanzlerin Merkel den US-Präsidenten Barack Obama auf dieses Problem an. Doch selbst macht man es kaum besser, wie das BND-Projekt jetzt zeigt. Big Brother is watching us aus Pullach.

tws

## Zwischenruf

## Klitterung der Geschichte

Derzeit wird in Potsdam eine Ausstellung mit dem Titel „Europa Jagellonica. Kunst und Kultur unter der Herrschaft der Jagiellonen 1386 bis 1572“ gezeigt. Die Ausstellung will einen Eindruck über die Kultur und die Kunst Mitteleuropas in dieser Zeit vermitteln. In der Ausstellung werden farbenprächtige Bilder und Skulpturen aus dem Bereich der sakralen Kunst gezeigt. Die meisten Exponate kommen aus dem heutigen Polen.

Zu der Ausstellung gehören rund zwei Duzend Texttafeln, in der die Jagiellonenzeit kommentiert wird. Die Jagiellonen, ein polnisch-litauisches Fürstengeschlecht, hatte durch Krieg, aber auch durch intelligente Heiratspolitik, für rund 180 Jahre ein polnisch-litauisches Großreich geschaffen. Diese Tafeln beinhalten skandalöse Geschichtsfälschungen. Nur drei können hier benannt werden.

1. Schlesien habe zum polnischen Jagiellonenreich gehört; zum Beweis wird eine Karte Schlesiens gezeigt mit ausschließlich polnischer Ortsbezeichnung. Unglaublich. Als ob es den Vertrag von Trentschin 1335 nie gegeben hat. 2. Der Toleranzgedanke – religiöse Toleranz – sei in Polen begründet worden. Tatsächlich hatte der Protestantismus während der Reformationszeit in Polen erhebliche Anklang gefunden. Die Gegenreformation war massiv. Die Glaubensflüchtlinge aus ganz Europa kamen im 17. und 18. Jahrhundert nach Preußen. 3. In einer Texttafel ist die Karte des Herzogtums Preußen abgebildet. In diese Karte hat man hinein gefälscht den heutigen russischen Teil Ostpreußens und als Zentrum wird „Kaliningrad“ angegeben. Wohl gemerkt die Ausstellung behandelt die Zeit von 1386 bis 1572.

Diese Ausstellung vermittelt den Eindruck, der Osten des früheren Deutschen Reiches war nie deutsch. Die Schirmherrschaft über dieses Machwerk haben die Außenminister Polens, Tschechiens und Deutschlands.

Wilhelm v. Gottberg

## Die Schulden-Uhr: Unsolidarisch

Nachdem die Union schon Ende Mai mit zahlreichen teuren Wahlversprechen in den Bundestagskampf zog, folgt nun die SPD mit der Zusage, 20 Milliarden Euro mehr in Bildung zu investieren. Ein großer Teil davon ist für gebührenfreie Kindergartenplätze vorgesehen. Doch der Plan von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück ist absolut unausgegoren, denn Kindergärten werden von den Ländern finanziert, und die leiden schon jetzt überwiegend unter ihren Schuldenbergen und der bald greifenden Schuldenbremse. Abgesehen davon, dass die Bundes-SPD auf Kosten ihrer Länder-Kollegen Wahlversprechen macht, wies Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) darauf hin, dass gebührenfreie Kita-Plätze unsolidarisch seien. Wer wenig verdient, muss heute schon nichts bezahlen, nur wer ein höheres Einkommen habe, müsse zahlen. *Bel*

2.084.483.899.107 €

Vorwoche: 2.083.957.240.994 €  
Verschuldung pro Kopf: 25.421 €  
Vorwoche: 25.414 €

(Dienstag, 18. Juni 2013,  
Zahlen: [www.steuerzahler.de](http://www.steuerzahler.de))

## Beflissenheit trübt den Blick

Merkel beim Baubeginn des Dokumentationszentrums zur Vertreibung

**Die Baumaßnahmen für das Dokumentationszentrum der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) im Berliner Deutschlandhaus haben begonnen. Kurz zuvor hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Ansprache im Deutschlandhaus die Bedeutung des Projekts noch einmal unterstrichen.**

Alle warten auf die Bundeskanzlerin. Im Erdgeschoss des Deutschlandhauses steht auf einem Podest ein weißes Modell des geplanten neuen Dokumentationszentrums. Davor haben sich viele Kameralleute und Fotografen postiert. Der Direktor der Stiftung, Professor Manfred Kittel, Kulturstatsminister Bernd Neumann, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), stehen als Empfangskomitee bereit. Steinbach, ohne die es das künftige Dokumentationszentrum nicht gäbe, wird später keine Ansprache halten, sondern nur Neumann und die Bundeskanzlerin. Vielleicht ist dies dem Umstand geschuldet, dass Steinbach dem Stiftungsrat nicht angehört; dies hat unter anderen Thierse verhindert. In einer Pressemitteilung anlässlich des Termins im Deutschlandhaus hatte Steinbach vorab erklärt: „Es ist gut, dass heute mit dem Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang Thierse die SPD im Stiftungsrat kompetent vertreten ist.“ Das kann wohl unter Diplomatie verbucht werden. Als die Bundeskanzlerin kommt, stehen alle einträchtig um das Modell herum; allerdings nicht Steinbach neben Thierse. Als dieser sich noch letzten Dezember mit Steinbach bei der Vorstellung der Studie über die NS-Belastung des ersten BdV-Präsidiums heftig über die Besetzung des Stiftungsrates stritt, saßen beide auch weit auseinander.

Die Bundeskanzlerin kommt fast pünktlich. Direktor Kittel erläutert anhand des Modells architektonische Einzelheiten. Die Fotografen bekommen genug Zeit, schließlich ist längst Wahlkampf, schöne Bilder und Berichte sind immer gut, außerdem handelt es sich bei den Vertriebenen um eine mutmaßliche Wählerklientel der Union. Draußen hängt sogar an einer Wand des Deutschlandhauses ein jetzt noch verhülltes Großplakat mit einer Bildszene von der Vertreibung, das später enthüllt wird, als handele es sich um ein Denkmal oder verborgenes Präsent. Für Merkel ist eigens ein Podest auf

dem Bürgersteig der Anhalterstraße aufgebaut, damit sie besser sehen und gesehen werden kann. Dass aus Sicherheitsgründen gan-

## Eine Leerstelle der Museumslandschaft wird geschlossen

ze Teile der Anhalter- und Stresemannstraße abgesperrt sind, quittieren einige Passanten allerdings mit heftigen Unmutsäußerungen.

In ihrer Ansprache in einem nicht sehr großen Saal im ersten

Stock des Gebäudes erinnert Merkel daran, wie beschwerlich der Weg zur Durchsetzung des Projektes war. Auch sie sei sich „nicht jeden Tag sicher“ gewesen, dass es gelingt: „Der Gegenwind war stark. Hoch schlug die Welle der Emotionen. Schwerwiegend schienen manche Einwände zu sein.“ Jetzt habe man eine „breite gemeinsame Einigung“ gefunden. Ausdrücklich dankte die Bundeskanzlerin Erika Steinbach. Diese habe vor vielen Jahren gemeinsam mit dem 2005 verstorbenen Peter Glotz den Anstoß für einen zentralen Dokumentations- und Erinnerungsort gegeben und das Projekt seitdem

beharrlich verfolgt. Mit dessen Realisierung werde eine Leerstelle in der Museums- und Erinnerungslandschaft Deutschlands geschlossen. Debatten über das Thema Vertreibungen werde es auch künftig geben, und es müsse sie auch geben; das sei geradezu Sinn und Zweck des Deutschlandhauses. Für diese Debatten könne das neue Dokumentations- und Informationszentrum Standards setzen. Flucht und Vertreibung bedeuteten großes Leid und schweres Unrecht, so die Kanzlerin. Dabei dürfe nie vergessen werden, dass Flucht und Vertreibung von bis zu 14 Millionen Deutschen „ohne den Nationalsozialismus nicht geschehen wären. Deutschland hatte Europa mit Krieg und Vernichtung, schier unvorstellbarer Gewalt und dem Zivilisationsbruch der Shoah überzogen.“ Warum es eine Vertreibung nur im Osten und nicht auch im Westen gab, berührt die Kanzlerin mit keiner Silbe. Namen wie Josef Stalin, Boleslav Bierut, Edvard Benesch oder gar Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt kommen in der vom Blatt abgelesenen Rede Merkels selbstredend nicht vor.

In dem vor ihrer Ansprache gezeigten Kurzfilm, in dem sich die SFVV präsentierte, hieß es, 14 Millionen Deutsche seien gezwungen gewesen, „ihre Heimat im östlichen Europa zu verlassen“. Solche ungenauen Aussagen leisten der historischen Unkenntnis zumal der jüngeren Generation Vorschub. Millionen Deutsche wurden aus Deutschland vertrieben, und dieses lag nie im „östlichen Europa“, sondern stets in dessen Mitte.

Wie eine Mitarbeiterin der SFVV gegenüber der PAZ erklärte, ist mit einer Eröffnung des Zentrums erst im Jahr 2016 zu rechnen. Die Stiftung hat die neue und attraktive Website [www.sfvv.de](http://www.sfvv.de). *Michael Leh*



Vor einem Modell des geplanten Dokumentationszentrums im Deutschlandhaus: Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, Professor Manfred Kittel, Bundeskanzlerin Angela Merkel, BdV-Präsidentin Erika Steinbach und Kulturstatsminister Bernd Neumann (v.l.n.r.)

Bild: M. Leh

## Freie Meinung in Gefahr

Moskau erlässt Gesetze gegen Homosexuelle und Gotteslästerung

Gleich zwei umstrittene Gesetze verabschiedete dieser Tage die Staatsduma in Moskau: das über die „Homosexuellen-Propaganda“ und das über „Gotteslästerung“.

Wer in Zukunft in Gegenwart von Kindern über Homosexualität spricht, wird mit Geldstrafen bis zu umgerechnet 5000 Euro belegt. Laut einer Umfrage der staatlichen Meinungsforschungsanstalt WZIAM sind 88 Prozent der Bevölkerung für das Gesetz, das prophylaktischen Charakter haben soll, indem es vor allem dem Schutz Minderjähriger diene. Wie es aus dem Kreis der Duma-Abgeordneten verlautete, würden mit dem Gesetz nicht homosexuelle Neigungen grundsätzlich unter Strafe gestellt oder verboten, sondern es gehe vielmehr darum, die „Propaganda nicht-traditioneller Beziehungen“ in der Öffentlichkeit zu unterbinden. Was genau mit „nicht-traditionellen Beziehungen“ gemeint ist, führt der Text nicht aus. Gemeint ist aber im Grunde: Wer homosexuell ist, darf dies ruhig sein, er soll es aber für sich behalten.

Kritiker halten dem entgegen, dass dies die in einer freien, demokratischen Gesellschaft übliche

Toleranz verhindere und so Hass unter gesellschaftlichen Gruppen geschürt werde. So kam es in Moskau während einer Protestaktion von Schwulen und Lesben und ihrer Unterstützer zu einer Jagd auf die Demonstranten, bei der ein Homosexueller von nationalistischen Gegnern zusammengetreten wurde. In Wolgograd und Ni-

## Behördliche Willkür möglich durch unklare Gesetzestexte

schijn Nowgorod gab es je eine Tötung, bei der die Homosexualität der Opfer zumindest eine Rolle gespielt haben soll.

Im Gegensatz zu Verstößen gegen das Gottslasterungsgesetz werden positive Äußerungen über Homosexualität bislang nur mit Bußgeldern bestraft. Das Gesetz gegen Gotteslästerung stellt „öffentliche Handlungen, die eine Respektlosigkeit gegenüber den religiösen Gefühle Gläubiger offen zum Ausdruck bringen“ unter Strafe. Auch wer öffentlich religiöse Symbole oder Literatur für den Gottesdienst oder Gegenstände

der Gottesverehrung verunglimpft, wird zur Verantwortung gezogen. Es drohen Bußgelder bis zu 12 500 Euro oder bis zu drei Jahren Haft. Auch hier lässt der Gesetzestext offen, was unter „Verletzung religiöser Gefühle“ fällt.

So wie der Galerist Andrej Jerofew fürchten viele, dass beide Gesetze den Behörden die Möglichkeit zu willkürlichen Entscheidungen geben. Menschenrechtler und Bürgerinitiativen warnen Zensur und Verbote. Sie sehen die Meinungsfreiheit in Gefahr, wie der Bevollmächtigte für Menschenrechte, Wladimir Lukin, der sogar mit weiteren Menschenopfern und Tragödien wegen des Homosexuellen-Paragrafen rechnet. Wie das Gesetz über die Registrierung „ausländischer Agenten“ und russischer Nichtregierungsorganisationen gezeigt habe, würden auch die dehnbaren Formulierungen der beiden neuen Gesetze behördlicher Willkür Tür und Tor öffnen.

Obwohl Umfragen zufolge nur für 34 Prozent der Russen religiöse Werte wichtig sind und nur 3,3 Prozent aktiv am Gemeindeleben teilnehmen, hält Moskau auch trotz der Kritik aus dem Westen an seinem Sonderweg fest.

Manuela Rosenthal-Kappi

## Später Sieg

London entschädigt kenianische Folteropfer

Nach Jahrzehnten erhalten Überlebende des kenianischen Mau-Mau-Aufstands eine späte Genugtuung. Mehr als 5000 Kenianer, die in Gefängnissen der damaligen Kolonialmacht Großbritannien gefoltert wurden, sollen je 3000 Euro erhalten, so die Ankündigung des britischen Außenministers William Hague. Zusätzlich soll in Kenias Hauptstadt Nairobi ein Denkmal an die Opfer während des Mau-Mau-Aufstandes erinnern, der zwischen 1952 und 1960 von den Briten mit brutaler Gewalt niedergeschlagen wurde.

Zahlen und Augenzeugenberichte lassen auf eine Terrorherrschaft der Kolonialmacht schließen. 90 000 Kenianer wurden innerhalb der acht Jahre getötet oder verwundet, 100 000 landeten in britischer Haft, wo Folter weit verbreitet war. Was sich in den Gefängnissen abgespielt hat, wird anhand des Schicksals der drei Kenianer deutlich, die mit ihren Klagen vor britischen Gerichten die jetzige Entschädigungsregelung angestoßen hatten. Einer der Kläger saß neun Jahre ohne Anklageerhebung in Haft, eine Frau war sexuell miss-

handelt worden, das dritte Opfer war durch Folter in der Haft zeugungsunfähig geworden.

Um die Ansprüche abzuwehren, hatte die britische Regierung zunächst auf eine atemberaubende juristische Argumentation zurückgegriffen. Nicht Großbritannien, sondern Kenia selbst sei in der Verantwortung. Die ehemalige Kolonie habe auf ihrem Gebiet schließlich die Rechtsnachfolge Großbritanniens angetreten. Auch eine andere Verteidigungslinie

Londons ließ sich nicht aufrecht erhalten. Zu viel Zeit sei vergangen, als dass man noch einen fairen Prozess erwarten könne. Als die Regierung schließlich die Existenz eines Geheimarchivs außerhalb Londons mit 8000 Akten aus 37 ehemaligen britischen Kolonien zugeben musste, war dies der juristische Durchbruch. Mit unter den Akten ist ein Zeugnis biggotter Doppelmoral überliefert. Er fühle sich an Zustände wie in „Nazi-Deutschland oder dem kommunistischen Russland“ erinnert, so eine Notiz von Eric Griffith-Jones, dem damaligen britischen Generalstaatsanwalt für Kenia. *Norman Hanert*

## Aktennotiz als erdrückender Beweis



## Revolution am Müggelsee

Von VERA LENGSEFELD

Der Müggelsee, den die Berliner gern als ihre Badewanne bezeichnen, ist der größte der zahllosen Seen in der Hauptstadt. Er liegt in Treptow-Köpenick, das zu zwei Dritteln aus Wald und Wasser besteht. Es ist aber keineswegs ein Schickmicki-Bezirk, obwohl viele Wohnungen hier über eine Bootsanlegestelle verfügen, die mitvermietet wird.

Geprägt war das Drittel Land von Schwerindustrie, Maschinenbau und Elektrowerken, die eine starke, selbstbewusste Arbeiterschaft beschäftigten. Vielleicht stammt daher der rebellische Geist, der laut Bezirksbürgermeister Oliver Igel schon immer typisch war für diesen Stadtbezirk.

Sein bekanntester Freigeist ist der Hauptmann von Köpenick, der weltberühmt wurde, weil er mit einer Handvoll gugläubiger Soldaten das Köpenicker Rathaus eroberte, den Bürgermeister verhaftete und die Stadtkasse raubte. Gefasst wurde Wilhelm Voigt, Schuhmacher von Beruf, erst Tage später, nachdem er von einem Knastruder, dem er seinen Plan offenbart hatte, verraten worden war. Er konnte sich damit trösten, dass selbst der Kaiser seinen Streich genial fand.

Während Wilhelm Voigt am Müggelsee nur entspannte, nutzten andere ihren Aufenthalt, um die Obrigkeit ernsthaft zu bekämpfen. Von 1919 bis 1935 befand sich am Nordufer der Arbeiterzeltplatz „Kuhle Wampe“.

Hier wurde an den Sommerwochenenden manche Demonstration und Versammlung vorbereitet. Später diente er als Versteck in den letzten Tagen vor der Emigration. Heute erinnert nur noch ein Schild an diesen geschichtsträchtigen Ort. Die ehemalige Wiese ist längst wieder ein Wald.

Am 13. Juni 1953 warfen kaum mehr als einen Kilometer entfernt in der Ausflugsgaststätte Rübezahl kommende Ereignisse ihren Schatten voraus. An diesem Tag hatten sich die Bauarbeiterbrigaden des Krankenhauses Friedrichshain frei eingefunden. Sie waren auf zwei Dampfern mit den beziehungsreichen Namen „Seid bereit“ und „Triumph“ eingetroffen. Schon auf der Fahrt hatten die Kollegen hitzig die verordneten Normerhöhungen diskutiert. Im „Rübezahl“ sprang einer der Brigadiere auf einen Tisch und verkündete, dass die Baustellenbesatzung ab Montag streiken würde. Damit waren die Friedrichshainer ihren berühmten gewordenen Kollegen von der Stalinallee einen Tag voraus. Wir wissen heute von dieser Geschichte aus den Akten der Staatssicherheit.

Am Wochenende vor dem 60. Jahrestages des 17. Juni hat der Bürgermeister von Treptow-Köpenick einen Gedenkstein enthüllt, der alle Ausflügler, die zum Traditionalsport kommen, daran erinnert, dass der Volksaufstand gegen die SED-Diktatur von hier einen entscheidenden Impuls erhielt.

# »Unverrückbare Wirklichkeit«

Bundespräsident legt Grundstein für Schlossneubau – Kritiker befürchten Kostenexplosion



Arbeiten nehmen Fahrt auf: Baustelle des Schlosses vor dem Berliner Dom (oben links) und dem Humboldtforum (oben rechts)

Bild: Caro

**Der Grundstein für die Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses ist gelegt. Nach zwei Jahrzehnten politischer Diskussionen hat damit der Bau eines der bedeutendsten Kulturprojekte Deutschlands offiziell begonnen.**

Es war ein in mehrfacher Hinsicht dicker Brocken, der am Mittwoch vergangener Woche durch Bundespräsident Joachim Gauck im Herzen Berlins gelegt wurde. Die Stiftung Berliner Schloss-Humboldtforum hatte als Bauherr extra einen großen Steinquader des originalen Baus ausgraben und als Grundstein hergerichtet lassen. Nicht minder groß dürfte der Stein gewesen sein, der den Initiatoren des Mammutprojekts in diesem Moment vom Herzen gefallen ist, gilt die Grundsteinlegung doch als Meilenstein auf dem Weg zu dessen Vollendung. Kurioserweise war es der DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker, der 1988 den Wiederaufbau der Preußenresidenz erstmals erwogen hatte. Die Pracht der Paläste, in denen er bei Staatsbesuchen in Paris und Madrid empfangen worden war, hatte Honecker so beeindruckt, dass er in seiner Hauptstadt etwas Vergleichbares schaffen wollte. Im kleinen Kreis von Politbüromitgliedern bedauerte er, dass sein Vorgänger Walter Ulbricht das Berliner Stadtschloss habe sprengen lassen, so dass die DDR nun nicht ebenfalls so glanzvoll repräsentieren könne. Die Zeitläufe haben Honecker hinweggefegt, nicht aber seine Idee. Und hier liegt ein weiteres Kuriosum, denn wäre der von ihm errichtete „Palast der Republik“ am alten Standort des

Schlosses nicht reif für die Abrissbirne gewesen, wäre seine Idee wohl mit ihm untergegangen.

Die ersten, die sie gleich nach der Wende aufgriffen, waren der Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums in Berlin, Christoph Stölzl, und der Publizist Joachim C. Fest. Sie beklagten die Zerstörung des Schlosses als „Akt der Kulturbabarelei“ und forderten seinen Wiederaufbau, um Berlin seine Mitte wiederzugeben. Das war ein Gedanke, der selbst seinen Befürwortern geradezu aberwitzig erschien, wurde das Gebäude bei seiner Zerstörung 1950 doch in kleinste Stücke zerlegt. Nichts war geblieben, was wiederverwendbar gewesen wäre, kein altes Baumaterial, keine Zierelemente der Fassade und noch nicht einmal genaue Pläne. Doch die Skeptiker und Zauderer hatten nicht mit dem Hamburger Kaufmann Wilhelm von Boddien gerechnet. Im Jahre 1992 gründete er den Förderverein Berliner Schloss e. V. und wurde fortan der Spiritus Rector des Projekts. Es folgten 20 Jahre politischer Diskussionen sowie finanzieller und juristischer Probleme bis endlich der Grundstein gelegt werden konnte.

Auch wenn mit diesem feierlichen Akt der Schlossbau laut Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) „unverrückbare Wirklichkeit“ geworden ist, wollen dessen Kritiker nicht verstummen. Nicht nur für das Schloss selbst, sondern auch

für die Kritik an dem Bauvorhaben gibt es ein historisches Vorbild. Bereits in der Mitte des 15. Jahrhunderts regte sich „Berliner Unwille“ gegen den Vorgängerbau des Schlosses an dieser Stelle. Berliner und Cöllner Bürger stritten sich mit ihrem Landesherrn Friedrich II. um die Errichtung einer Burg auf der Spreeinsel und die damit verbundene Verpflichtung zur Abgabe von Land. Daraus entwickelte sich eine generelle Auseinandersetzung über die städtischen Freiheiten, die letztendlich überwiegend zu Gunsten des Landesherrn entschieden wurde. Dagegen muten die Argumente der Kritiker von heute profan an, geht es ihnen doch vor allem ums Geld. Sie befürchten

eine Kostenexplosion und verweisen auf das finanzielle Desaster bei anderen Großbauprojekten. Ganz unbegründet sind ihre Vorbehalte nicht. Bei der Bewilligung der Mittel durch den Deutschen Bundestag 2007 wurde mit Kosten in Höhe von 552 Millionen Euro kalkuliert. Drei Jahre später legte der Bund bereits eine Kostenobergrenze von 590 Millionen Euro fest. Von den 80 Millionen Euro Spendengeldern, die Boddien's Förderverein zur Errichtung der barocken Fassade sammeln will, sind erst 27 Millionen Euro zusammengekommen. Aus Unterlagen des Bundesbauministeriums geht hervor, dass der Haushaltsausschuss des Bundestages das Ministerium bereits im Oktober 2012 ermächtigt habe, bei noch

fehlenden Spenden die Fassade aus öffentlichen Mitteln vorzufinanzieren, obwohl die vollständige Finanzierung durch Spenden ursprünglich Voraussetzung für die Finanzierung durch den Bund gewesen war. Den Zuschlag für den Bau hat pikareskerweise das Unternehmen Hochtief erhalten, das als Generalunternehmer für den Hamburger Skandalbau Elbphilharmonie verantwortlich ist.

Bundesbauminister Ramsauer gibt sich dennoch optimistisch. Laut seiner Aussage liegt das Schlossbauprojekt „im Zeit- und Kostenrahmen“. Wenn das so bleibt, wird das Berliner Stadtschloss spätestens im Jahre 2019 wiedererstanden sein und in seinem modernen Inneren als Humboldtforum eine der bedeutendsten kulturellen und völkerkundlichen Sammlungen sowie die Zentral- und Landesbibliothek Berlin beherbergen. Wer dann vor diesem internationalen Zentrum für Kunst, Kultur, Wissenschaft und Bildung steht, an historischem Ort in der Mitte Berlins und im politischen Zentrum Deutschlands, werde es zu schätzen wissen, so die Erwartung der Initiatoren. Sie könnten recht behalten. Von dem damaligen DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl sind seine Worte überliefert, als er der Beseitigung der letzten Reste des Stadtschlosses beistand: „Jetzt schreien alle, und wenn das Schloss weg ist, dann kräht kein Hahn mehr danach.“ Hier irrte Grotewohl, denn nun wird es wiederaufstehen. Und wenn es vollendet ist, dürfte kein Hahn mehr nach den Mühen, Debatten und Kosten krähen. J. Heitmann

## Honecker wollte als erster ein neues Schloss

## Experiment unterm Rotstift

Schule: »Inklusion« von Behinderten auf der Kippe – kein Geld

Berlins Umstellung auf die „inklusive Schule“, die für Behinderte den Regelschulbesuch vorsieht, steht auf der Kippe. Nach dem Zensus 2011 ist weniger Geld denn je für Inklusion vorhanden. Berlin hat weit weniger Einwohner als bislang angenommen und bekommt entsprechend weniger Geld aus dem Länderfinanzausgleich. Der SPD-geführte Senat muss daher sparen und will im Wahlkampf keine bei den Bürgern unbeliebten Einsparungen beim größten Haushaltsposten Bildung riskieren. Der Rotstift trifft so die Inklusion. Bei Eltern, Schulen und Lehrern mehr sich ohnehin Kritik an dem Vorhaben von Bildungsministerin Sandra Schaefer (SPD).

Die Senatorin wollte alle Schulen in inklusive Einrichtungen umwandeln. An der Umsetzung regt sich seit Kritik von Betroffenen, denn der hohe Anspruch des Senats steht im Widerspruch zur Realität. Es fehlt an fachlich

geschulten Pädagogen, Sozialarbeitern und Pflegepersonal. Für wenige neue Stellen an Regelschulen werden Förderschulen zurückgefahren.

Der „Tagesspiegel“ gibt die Zweifel eines Berliner Grundschulleiters an dieser Inklusion

### Weniger Mittel wegen Zensus – Projekt ohnehin umstritten

wieder, die „zunehmende Disparitäten regelrecht verkleistert“. Schaefer muss nun die knappen Mittel für Inklusion verteidigen, doch im Haushalt haben andere Vorrang: SPD-Fraktionschef Raed Saleh behauptet sein Programm für Brennpunktschulen. Das kommende Jahr ist für Berlins Inklusionsversprechen indes entscheidend, denn dann erhalten die Schulen ihre Grundausstattung

mit Sonderpädagogen. SPD-Bildungspolitiker Ilkin Özizik sagte in Reaktion auf den Zensus: „Ob wir mit der Inklusion so anfangen können wie geplant, ist jetzt fraglich.“

Özizik empfahl den Parteifreunden bei Geldmangel die Inklusion „lieber nicht anfangen“ zu lassen. Doch diese Möglichkeit hat die SPD kaum, denn der Druck von Lobbyverbänden ist hoch. Die durch starke Landesverbände geprägte kleine Bildungsgewerkschaft GEW wählte jüngst nicht etwa den Berliner Norbert Hocke, sondern die Schleswig-Holsteinerin Marlis Tepe zur neuen Bundesvorsitzenden. Ein Signal auch für die Inklusion, denn manches Bundesland könne sich „eine Scheibe von Schleswig-Holstein abschneiden“, so die stellvertretende GEW-Vorsitzende Marianne Demmer. Berlins Senat droht ein Konfrontationskurs zu Gewerkschaften und Vereinen wie „Berlin Inklusion“. SV

## Mäzen triumphiert

Potsdam: Plattner »darf« Museum bauen

Der Kunstförderer und Unternehmer Hasso Plattner (SAP, Computerprogramme) bekommt in Potsdam nun im dritten Anlauf doch ein Museum. Plattners Förderstiftung steigt nicht – wie lange diskutiert – am Standort des Mercure-Hotels ein, sondern im wiederaufzubauenden Palais Barberini. Das Kunstmuseum soll im November 2016 eröffnet werden und expressionistische Werke beherbergen.

Plattner freute sich „außerordentlich über das deutliche Votum der Stadtverordneten“, nachdem sein Projekt lange blockiert worden war (die PAZ berichtete mehrfach). Er will der Stadt seit Langem ein Kunstmuseum in der Innenstadt spenden. Es sollte zuletzt anstelle des aus DDR-Zeiten stammenden Mercure-Hotels errichtet werden. Der Plan scheiterte unter anderem an

Ostalgie-Protesten für den Hotel-Erhalt, aber auch an der Unentschiedenheit der Stadt.

Während die Zukunft des 17-geschossigen Baus nun weiter ungewiss ist und Bürgermeister Jann Jacobs (SPD) wieder über dessen Abriss spricht, gaben die Stadt-

verordneten Plattner jetzt grünes Licht für den neuen Plan eines Kunstmuseums im Palais Barberini. Der Wiederaufbau dieses repräsentativen Stadthauses mit rekonstruierter Fassade ist ein privates Projekt. Plattner bestätigte nun die Museumspläne als Unterstützung des Baus. Das Palais wird demnach internationale Ausstellungen, ergänzt um eine feste Schau zur DDR-Malerei, mit von Plattner gesammelten Werken beherbergen. Plattner plant zudem ein museumspädagogisches Begleitprogramm. Kommenden September ist Baubeginn. SV

## Bund fördert Garnisonkirche

Die Bundesregierung stuft den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche als Projekt von nationaler Bedeutung ein. Eine Würdigung mit greifbaren Folgen: Nachdem der Haushaltsausschuss des Bundestages einer entsprechenden Vergabeliste zugestimmt hat, wird die Bundesregierung den Wiederaufbau der traditionsreichen Kirche mit 400.000 Euro fördern. Eingestuft wurde das Gebäude damit als „national bedeutsame Kulturreinrichtung“. Der Zuschuss des Bundes speist sich aus einem Denkmalschutz-Sonderprogramm, bei dem bundesweit 219 Projekte mit insgesamt 37 Millionen Euro gefördert werden. Gedacht ist der Fördertopf sowohl für die Restaurierung von Denkmälern als auch für Investitionen in Kulturprojekte von nationaler Bedeutung. Von den 13 Zuschüssen, die dem Land Brandenburg aus dem Programm bewilligt wurden, hat allein das Wiederaufbauprojekt Garnisonkirche die Höchstfördersumme erhalten. N.H.



## Zeitzeugen



**Elisabeth Noelle-Neumann** – Die 2010 im Alter von 93 Jahren verstorbene Professorin gilt als Mitbegründerin der wissenschaftlichen Demoskopie in Deutschland. Am von ihr aufgebauten Allensbacher Institut entwickelte sie eigene Wege, um die politische Stimmungslage in Deutschland – insbesondere vor Wahlen – zu erforschen. Einerseits legte sie die Mechanismen der veröffentlichten Meinung offen (was von Meinungsmachern in Verlagen und Funkhäusern heftig kritisiert wurde). Andererseits stützte sie ihre Prognosen auf direkte, wissenschaftlichen Methoden verpflichtete Befragungen, also auf die wirkliche öffentliche Meinung – und lag meist richtig.



**Axel Springer** – Der Hamburger Zeitungsverleger (1912–1985) baute nach dem Krieg den nach ihm benannten Pressekonzern auf, zu dem unter anderem „Welt“, „Bild“ und „Hörzu“ gehören. In späteren Lebensjahren wurde ihm zunehmend bewusst, in welchem Dilemma er sich selber befand: Einerseits wollte er, frei nach Martin Luther, „dem Volk aufs Maul schauen“ und in seinen Blättern öffentliche Meinung authentisch wiedergeben. Andererseits war ihm durchaus bewusst, dass er als Großverleger selber Teil eines Systems veröffentlichter Meinung war. Der Versuch, den Zwiespalt zu lösen, indem man die eine Zeitung für wahrhaftigen Edeljournalismus und die andere für Auflage und Gewinne zuständig macht, gilt aus heutiger Sicht als gescheitert – auch bei Springer hat die veröffentlichte über die öffentliche Meinung gesiegt.



**Erika Steinbach** – Die Frankfurter CDU-Politikerin hat sich nicht nur als BvD-Präsidentin einen Namen gemacht, sondern auch als profilierte Konservative. Und nicht zuletzt auch als Opfer veröffentlichter Meinungs- und Stimmungssatzen. Dargestellt wird sie häufig als aggressive Verfechterin radikaler oder gar extremistischer Thesen. Wer sie persönlich erlebt (auch auf größeren Veranstaltungen mit viel Öffentlichkeit), erlebt eine charmante Frau mit breitem Bildungshorizont, die ihre Sache prinzipientreu, aber im Ton stets verbindlich vertritt und sich von extremen Positionen bewusst fernhält – nicht aus Opportunität, sondern aus Überzeugung. So unterscheidet sich die öffentliche Meinung über Frau Steinbach deutlich von der über sie veröffentlichten.

## Öffentlich oder veröffentlicht?

Die Kluft zwischen der Meinung des Volkes und den Meinungsmachern wird größer

Früher sprach man vom „gesunden Volksempfinden“, heute nennt man es „öffentliche Meinung“. Gemeint ist in beiden Fällen etwas völlig anderes: eine in den Medien veröffentlichte „politische Korrektheit“, die dem Volk verordnet wird, ohne es zu fragen, die also das Gegenteil von „öffentlich“ ist

Eigentlich war es nur eine Randbemerkung in einem Beitrag der „Welt“. Er tue „nur das, was Heino getan hat, als Bushido einen Bambi bekommen hat: Er gab seinen Bambi zurück“. Mit diesen Worten begründete Buchautor Henryk M. Broder, warum er den 2007 verliehenen Börse-Preis zurückgibt – weil ihn 2013 der Philosoph Peter Sloterdijk erhält, den nicht nur Broder für einen Verharmloser des Linksterrorismus hält.

Es geht hier aber nicht nur um Einzelfälle, sondern um Grundsätzliches: Gibt die veröffentlichte Meinung noch die öffentliche Meinung wieder? Wie groß ist inzwischen die Kluft zwischen dem, was in unseren Medien gesendet und

geschrieben wird, und dem, was das Volk (oder des Volkes Mehrheit) wirklich denkt?

Bleiben wir bei Heino. Der vor 74 Jahren in Düsseldorf als Heinz Georg Kramm geborene Musiker macht sich seit Jahrzehnten bei Deutschlands Leitmedien unbeliebt. Feuilletonisten halten seine Sangeskunst für minderwertig. Für

Wer bestimmt, welches Publikum »öffentlich« ist?

sekundieren: Was Heino singt, haben auch Nazis gesungen (zumindest hätten sie es singen können). Auch ist er mehrfach auf christdemokratischen Parteiveranstaltungen aufgetreten. Da weiß man ja, welcher Gesinnung er verdächtig ist und wird freigegeben zum publizistischen Abschied.

Soweit die veröffentlichte Meinung. In weiten Teilen der öffentlichen Meinung hingegen ist Hei-

no recht beliebt. Seit Jahrzehnten füllt er Konzertsäle, sammelt Gold- und Platinplatten, wird in Volksmusikerkreisen bejubelt. Ist sein Publikum etwa nicht öffentlich? Heino hatte – hochkarätige Kunstkritiker weigerten sich, es zu veröffentlichen – 1990 einen Bambi bekommen. 2011 ging dieser Musikpreis an den Rapper Bushido (bürgerlich Anis Mohammed Youssef Ferchichi), was ebenfalls hochkarätige Medienstars als großartigen Integrationsbeitrag rühmten.

Heino sah das weniger großartig und gab seinen Bambi zurück. Sodann überraschte er Publikum, Journalisten und Schlagersänger „Mit freundlichen Grüßen“, so der Titel einer CD mit Coverversionen von Nena bis Grönemeyer. Seither rätseln die von Heino veredelten Kollegen, ob sie sich geehrt oder veräppelt fühlen sollen. Dem Publikum jedenfalls gefällt's, die CD verkauft sich gut, in

öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aber werden die Stücke weitestgehend boykottiert.

Die Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung mag harmlos erscheinen, solange es „nur“ um Schlagersänger geht. Gefährlich wird es, wenn bewusst Stimmung gemacht wird, um politische Entscheidungen zu steuern. So wurde eine verantwortungsvolle Nutzung der Kernenergie lange Zeit von einer breiten Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit befürwortet. Veröffentlicht wurde aber fast nur noch das moralisch überhöhte Votum einer Minderheit, die beim „Marsch durch die Institutionen“ vor allem Verlagshäuser und Sendeanstalten im Visier hatte. Das Ergebnis ist unser heutiges Stimmungsbild: Der „anständigen Deutsche“ hat gefälligst gegen Atom und CO<sub>2</sub> zu sein. Die von „political correctness“ geprägte veröffentlichte Meinung ist gut; folgt ihr die öffentliche Meinung, ist sie ebenfalls gut, tut sie das ist, wird sie eben nicht veröffentlicht. *Hans-J. Mahltz*



Achtung: Zeitungen bilden nicht die öffentliche Meinung, sondern die veröffentlichte Meinung der Journalisten ab

Bild: action press

## Wer eigene Lügen glaubt ...

Von Wallraffs getürktem Türken bis zu Hitler-Memoiren im »Stern«

In Deutschlands Medien wird manipuliert und gelogen, dass sich die Balken – und manchmal sogar die Sitzbänke – biegen. Zwei prägnante Beispiele: Während der selbsternannte „Größte Enthüller aller Zeiten“ sich in einem Bierzelt publikumswirksam von einem streitbaren Bajuwaren bedrängen lässt, den es aber gar nicht gibt, lässt der ebenfalls selbsternannte „Größte Feldherr aller Zeiten“ Jahrzehnte nach seinem unruhigen Ableben zur Feder greifen und der staunenden Menschheit seine wenig illustren Erinnerungen verkünden.

Das mit den Sitzbänken bedarf der Aufklärung. Verkleidungskünstler Günter Wallraff hatte sich zur Vorbereitung seines Buchs „Ganz unten“ als getürkter Türke in ein bayerisches Bierzelt eingeschlichen, wo gerade der Politische Aschermittwoch zelebriert wurde. Natürlich sollte der heroische Akt auch fotografisch dokumentiert werden. Leider aber waren die Bilder wohl zu undramatisch, spiegelten nur unzureichend die auflagenfördernde Lebensgefahr, in der Günter-Ali der Türke angeblich schwebte. Also wurde nachgeholfen; zumin-

dest behauptete der Fotograf, sein Bild zeige Wallraff auf der leeren Bank. Der Angreifer, der den vermeintlichen Türken vom Sitz stoß, sei erst später in das Foto manipuliert worden.

Den kapitalsten Bock aber erschossen die Kollegen vom „Stern“. Sie brachten das Kunst-

Quote und Auflage sind wichtiger als die Wahrheit

stück fertig, nicht nur ein Millionenpublikum frech zu belügen, sondern die eigenen Lügen auch noch selbst zu glauben.

Die Hamburger Blattmacher litten (und leiden wohl immer noch) darunter, nicht der „Spiegel“ zu sein und nicht die Auflage von „Bild“ zu haben. Dagegen etwas zu tun, kam Kunstfälscher Konrad Kujau gerade recht. Für einen siebenstelligen DM-Betrag diente er dem „Stern“ 62 plump gefälschte Hitler-Tagebücher an, die freilich so „geheim“ waren, dass nicht einmal der angebliche Verfasser davon gewusst hatte.

Das etwas hochtrabend als „Grünes Gewölbe“ verschleierte Geheimprojekt lief genauso ab, wie der typische „Stern“-Leser sich Geheimprojekte von Geheimdiensten vorzustellen hat. Zweifel waren unerwünscht, wurden also ignoriert: Schließlich ging es um Weltgeschichte und nicht darum, auf welchem Papier sich der „Führer“ verewigt hatte. Der „Jahrhundertssensation“ angemessen wurden der Preis um 50 Pfennig und die Auflage um 400 000 erhöht. Nach zwei Folgen platzte der dreiste Schwindel.

Der „Stern“ aber machte nach einer bemerkenswerten kurzen Phase reumütiger Zerknirschtheit weiter, als wäre nichts gewesen, frei nach dem Motto „Ist der Ruferring ruiniert, schreibt es sich ganz ungeniert“. 30 Jahre nach dem Tagbuch-Desaster steht das Blatt nach wie vor für eine veröffentlichte Meinung, die zwar gern vorgibt, öffentliche Meinung zu sein, oft aber nicht der wahrhaftigen Informationsvermittlung verpflichtet ist, sondern ganz anderen Zielen: mal der „political correctness“, mal der schönsten Maximierung von Auflage und Gewinn. *H.J.M.*

## »Vierte Gewalt« – nur eine Anmaßung

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Zu Recht wird sie im Grundgesetz ausdrücklich geschützt. Aber wie weit darf sie gehen, wo sind die Grenzen? Und ist Meinungsfreiheit identisch mit Pressefreiheit?

Unsere Medien sehen sich als Träger der öffentlichen Meinung, also auch als Objekt der staatlich geschützten Meinungsfreiheit. Gern nennen sie sich „Vierte Gewalt“. Aber sind sie das wirklich?

Einmal abgesehen davon, dass unser Grundgesetz eine „Vierte Gewalt“ überhaupt nicht kennt – die freie Presse hat die Aufgabe, die drei Gewalten des demokratischen Rechtsstaats – Gesetzgebung, Exekutive, Justiz – zu kontrollieren und das Volk als obersten Souverän darüber zu unter-

## Hauptaufgabe ist die Kontrolle

richten. Sie hat nicht die Aufgabe, die Organe des Staates zu ersetzen.

Genau das aber maßen sich viele Journalisten und Publizisten an. Sie wollen nicht mehr „nur“ Beobachter und Kommentatoren sein, sondern Ermittler, Richter und Henker in Personalunion. Da werden Verdächtige schon vor dem ersten Prozesstag in Schlagzeilen verurteilt und dämonisiert. Da werden missliebige Politiker falsch oder bewusst unvollständig zitiert. Wer mit allzu aufdringlichen Enthüllungen nicht reden will, wird – Waffenfreunde, aufgepasst! – mit vorgehaltener Mikrokroft genötigt. Und die Verkommenheit korrupter Wirtschaftsbosse lässt sich mit nichts so demonstrieren wie mit vertraulichen Papieren, die man für ein saftiges Schmiergeld von einem Justizbeamten gekauft hat.

Solche Journalisten sollten nicht auch noch behaupten, sie seien „die Öffentlichkeit“. Was sie schreiben und senden, ist nicht öffentliche Meinung, sondern ihre eigene veröffentlichte Meinung. *H.J.M.*

## Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND  
DAS OSTPREUSSENBLATT

## Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann  
(V.i.S.d.P.)

**Chefin vom Dienst, Politik, Bücher:** Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbrief:** Harald Lew; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kapki; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

**Freie Mitarbeiter:** Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gotberg, Hans-Jürgen Mahltz.

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **Anschrift vom Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg, **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehrmannstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Konten:** HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Beziehung der Preußischen Allgemeinen Zeitung werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittsklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der Preußischen Allgemeinen Zeitung erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der Preußischen Allgemeinen Zeitung wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:**  
www.preussische-allgemeine.de

**E-Mail:**  
redaktion@preussische-allgemeine.de  
anzeigen@preussische-allgemeine.de  
vertrieb@preussische-allgemeine.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle:  
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de  
Benutzername/User-ID: paz  
Kennwort/PIN: 3206



# Kopfloser Staatsglaube

In Hamburg und Berlin fordern Bürgerinitiativen den Rückkauf der Netze – Folgekosten nicht berücksichtigt

**Lag die Privatisierung öffentlich-rechtlicher Unternehmen in den 90er Jahren im Trend, so ist es heute deren Rekommunalisierung, sprich deren Rückkauf. Doch vieles deutet darauf hin, dass nun bei der Rekommunalisierung ähnliche Fehler gemacht werden wie bei der Privatisierung zwei Jahrzehnte zuvor.**

Das Bauchgefühl vermittelt sofort Zustimmung. Natürlich soll die Stadt die regionalen Versorgungsnetze von den großen Konzernen zurückkaufen. Denkt der Durchschnittsbürger an die Preisentwicklung bei Strom, Wasser oder Fernwärme und erinnert sich an die Milliarden Gewinne, die die Konzerne machen, dann erscheint es als verheißungsvoll, wenn die eigene Stadt die Netze zurückkauft.

Auf dieses Bauchgefühl setzen derzeit mehrere Bürgerinitiativen. Da derzeit viele der zumeist für 20 Jahre vergebenen Lizenzen für das Betreiben von regionalen Versorgungsnetzen auslaufen, stellt sich in vielen Kommunen und Städten die Frage, ob man die Netze zurückkauft. Laut einer Erhebung des Verbandes kommunaler Unternehmen wurden daher auch für diesen Zweck bereits zahlreiche kommunale Energieversorgungsunternehmen neu gegründet oder bestehende Stadtwerke mit neuen Aufgaben betraut. Laut anderen Quellen sollen zwischen 2007 und 2012 schon 170 Netze rekommunalisiert worden sein, so dass inzwischen gut die Hälfte aller Versorgungsnetze wieder in öffentlich-rechtlicher Hand liegt.

Zur Bundestagswahl am 22. September dürfen nun auch die Bewohner der beiden größten deutschen Städte in einem Volksentscheid darüber abstimmen, ob ihre Netze nach Ablauf der verschiedenen Lizenzen 2015 beziehungsweise 2016 zu-

rückgekauft werden sollen. Während es dem „Berliner Energietisch“ nur um den Rückkauf der Stromnetze geht, will die Initiative „Unser Hamburg – unser Netz“ gleich Strom-, Gas- und Fernwärmenetze zurück im Besitz der Stadt sehen.

Da sich die in die Privatisierung gesetzten Hoffnungen bezüglich besserer Qualität und niedrigerer Preise nicht erfüllt haben, sind laut Umfrage des „Hamburger Abendblatts“ 65 Prozent der Hamburger für den Rückkauf. Doch da selbst knapp 90 Tage vor der Abstimmung weder Werbung für noch gegen die Volksabstimmung gemacht wird, sind die wenigsten Hamburger informiert. Zwar ist Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) gegen einen vollständigen Rückkauf, er will nur eine Beteiligung in Höhe von 25,1

Prozent halten, die die verschuldete Stadt bereits 543 Millionen Euro kostet, und auch die CDU ist dagegen, doch beide Parteien werben nicht für ihre Argumente. Da das Thema emotional belegt ist und viele Bürger gegenüber renditeo-

## Neue Schulden, aber kaum Möglichkeiten für Einflussnahme

rientierten Unternehmen misstrauisch geworden sind, spricht vieles dafür, dass die meisten Bürger wenn nicht aus Überzeugung, so doch aus dem Bauchgefühl heraus für die Rekommunalisierung stimmen. Wer sich also medienwirksam

dagegen ausspricht, dem droht am 22. September eine politische Niederlage. In Berlin und Hamburg sind es daher nur die Handelskammern, die darauf hinweisen, dass ein Rückkauf keinen Mehrwert brächte. Weder für den Klimaschutz noch für die Versorgungssicherheit oder die Verbraucherpreise bringe ein Rückkauf Vorteile, berge gleichzeitig aber erhebliche finanzielle Risiken, betont Hamburgs Handelskammer-Präsident Fritz Horst Melsheimer.

In Berlin würde ein Rückkauf der Stromnetze laut Bürgerinitiative 400 Millionen Euro kosten, der jetzige Betreiber Vattenfall hält drei Milliarden für wahrscheinlicher. In Hamburg wird von zwei Milliarden Euro ausgegangen. Keine der beiden verschuldeten Städte verfügt

über diese Summe. „Unser Hamburg – unser Netz“, zu deren Bündnispartnern neben der Diakonie und der Verbraucherzentrale die Klimaschutz-Initiative „Go for Climate“, Greenpeace, Robin Wood, der BUND, mehrere Anti-Atomkraft-Initiativen und das globalisierungskritische Netzwerk „attac“ zählen, sieht das aber nicht als Problem: „Um den Rückkauf zu finanzieren, kann ein städtisches Unternehmen einen günstigen Kommunalkredit aufnehmen und diesen über die Jahre aus den Einnahmen abzahlen. Der Hamburger Haushalt würde also nicht belastet.“

Dabei wird aber übersehen, dass die Netze von der Bundesnetzagentur streng reguliert werden. Die Netzentgelte, die übrigens nur 20 Prozent des Strompreises ausmachen, werden von der Behörde vorgegeben, so dass nach Abzug der Betreiberkosten eine Rendite von rund sieben bis neun Prozent wahrscheinlich ist. Doch da von den Einnahmen noch Zins und Tilgung für einen Milliardenkredit abgebucht werden, liegt die Rendite laut einer von der Berliner Industrie- und Handelskammer in Auftrag gegebenen Studie bei höchstens einem Prozent. Davon, dass wegen der Energiewende in eine Modernisierung der Netze investiert werden muss, was viel Geld kostet, ist bei „Unser Hamburg – unser Netz“ nicht die Rede. Dabei soll doch der Netzrückkauf vor allem der Beschleunigung der Energiewende dienen. Laut Hamburger Handelskammer ist eine Förderung des Klimaschutzes aber auf diesem Wege nicht möglich, denn da die Bundesnetzagentur fast alles regelt, haben die Betreiber kaum Einflussmöglichkeiten. Und schon jetzt ist gesetzlich vorgesehen, dass Strom aus Erneuerbaren Energien vorrangig zu behandeln ist.

Rebecca Bellano



**Geschafft: Nachdem bis zum 10. Juni genügend Unterschriften gesammelt wurden, stimmen die Berliner nun am 22. September neben dem neuen Bundestag auch über den Rückkauf ihrer Stromnetze ab**

Bild: pa

## MELDUNGEN

### Spender trocknen CDU aus

**Berlin** – Mit der allgemeinen Spendenrückhaltung versucht man bei der CDU zu erklären, warum drei Monate vor der Bundestagswahl erst ein Fünftel der Spendengelder eingegangen ist wie zum Vergleichszeitpunkt bei der Bundestagswahl 2009. Vor allem Großspenden bleiben aus. So hat bisher nur Daimler seine obligatorische Großspende von 100 000 Euro an SPD und CDU überwiesen und BMW tätigte Großspenden an die FDP, an die CDU-Schwesterpartei CSU und die SPD. Die CDU konnte sich bisher nur über weitere 100 000 Euro von der Berenberg Bank freuen. Weder Mittelständler noch große Aktiengesellschaften wollen offenbar die CDU bei ihrem Wahlkampf unterstützen und bekunden auf diese Weise ihre Unzufriedenheit mit der bisherigen Regierungsarbeit der Partei. Die CDU rechnet mit Wahlkampfkosten von 20 Millionen Euro. *Bel*

### Adoptionsrecht spaltet CDU

**Berlin** – „CDU-Senator nicht auf Parteilinie“ hatte die linke „taz“ frohlockend schon vor der Konferenz der Landesjustizminister in Saarland gemeldet. Dass der Berliner Justizsenator Thomas Heilmann auf der Konferenz für ein volles Adoptionsrecht für Homosexuelle stimmen würde, hatte seine Sprecherin der „taz“ bereits vorab mitgeteilt. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Volker Kauder, hat dagegen erklärt, hierzu müssten erst Gutachten von Kinderpsychiatern einholt werden: „Jede Neuregelung im Familienrecht wird immer genau auf die Auswirkungen für die Kinder hinterfragt. Das muss gerade auch hier der Fall sein.“ Die „Berliner Zeitung“ schrieb über Heilmann, dieser sei „kein typischer Konservativer: vier Kinder und Frau, aber unverheiratet.“ *M.L.*

## An den Rand gedrängt

Nur halber Sitz für BdV im SWR-Rundfunkrat – Freikirchen raus

**I**m Rundfunkrat des Südwestdeutschen Rundfunks (SWR) werden die christlichen Freikirchen ihren Platz verlieren. Der Bund der Vertriebenen (BdV), der bislang zwei Rundfunkratsitze innehatte, soll sich künftig einen Sitz mit der Europa-Union teilen. Das sieht der Gesetzentwurf der Landesregierungen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz für eine Reform des SWR vor. Der Anfang Juli in die Parlamente beider Länder eingebracht wird. In beiden Parlamenten haben SPD und Grüne die Mehrheit. Die christlichen Freikirchen haben damit ihren engagierten Kampf für einen Verbleib im Rundfunkrat verloren. An ihrer Stelle soll ein Mitglied der muslimischen Verbände Baden-Württembergs in das Rundfunkgremium einziehen. Hinzu kommen zwei Mitglieder des Landesverbandes der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württembergs.

Der bisherige Vertreter der evangelischen Freikirchen im Rundfunkrat repräsentiert auch die orthodoxen, altkatholischen, unabhängigen und neapostolischen Gemeinden. Zusammen gehören nach dem Zensus 2011 allein zu diesen unter „Sonstiges Christentum“ rubrizierten christlichen Kirchen in Baden-Württemberg 839 000 Personen – 8,1 Prozent der

Bevölkerung. Zum Islam dagegen bekennen sich in Baden-Württemberg nur rund 549 000 Menschen – 5,3 Prozent der Einwohner. Dabei wenden sich die Freikirchen-Vertreter nicht gegen eine Entsendung von Muslimen in den Rundfunkrat. Ein Medienbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) erklärte: „Die

### Mehr Mitglieder christlicher Freikirchen als Muslime

Muslime an der Arbeit des Rundfunkrates zu beteiligen, wird einen aufgeklärten Dialog der Religionen in der Gesellschaft fördern. Sie aber nur auf Kosten der Freikirchen zu integrieren, ist abwegig.“ VEF-Präsident Ansgar Hörsting stellt infrage, ob der SWR-Staatsvertrag ohne Weiteres – wie von den beiden Landesregierungen geplant – vorzeitig beendet werden dürfte. „Vorbehaltlich genauerer rechtlicher Prüfungen gehen wir derzeit davon aus, dass eine Abberufung des freikirchlichen Vertreters im Rundfunkrat vor dem Ende der Periode 2013 bis 2018 rechtlich nicht zulässig wäre“, so Hörsting.

Der BdV sollte nach dem ursprünglichen Plan der Landesregierungen überhaupt nicht mehr im Rundfunkrat vertreten sein. Mit einem nur „halben Sitz“ wird der BdV im Rundfunkrat de facto marginalisiert. In einer Resolution des BdV-Baden-Württemberg vom 27. April hieß es: „Als Vertreter einer großen gesellschaftlich relevanten Gruppe fordert der BdV mindestens einen ständigen ungeeilten Sitz im Rundfunkrat.“

Wie sich BdV und Europa-Union den gemeinsamen Sitz im Rundfunkrat aufteilen sollen, ist im Entwurf des neuen Staatsvertrages nicht konkret geregelt. Es wird sich dabei um eine zeitliche Abfolge der Vertretung handeln. Doch ob ein Vertreter eines der beiden Verbände dem anderen bereits nach einer halben Legislaturperiode des Rundfunkrats nachfolgen oder ein Wechsel erst nach fünf Jahren erfolgen soll – so lange währt eine Amtsperiode des Gremiums –, darüber konnten auf Nachfrage der PAZ weder der SWR noch der BdV Auskunft geben. Gemäß Staatsvertrag werden die Verbände gezwungen sein, sich untereinander zu einigen; kommt keine Einigung zustande, entscheidet darüber ein für Rundfunkfragen zuständiger Ausschuss des Landtages (siehe Kommentar Seite 8). *Michael Leh*

## Kein Geld für Deutsche

Brüssel hat angeblich keine Mittel frei, um Flutopfern zu helfen

**D**ie EU hat eine günstige Gelegenheit vertan, um bei der deutschen Bevölkerung Pluspunkte zu sammeln. Die Opfer der Jahrhundertflut 2013 werden von Brüssel wahrscheinlich keine kurzfristigen Hilfen erwarten können. Während auf EU-Gipfeltreffen innerhalb von Stunden riesige Milliardenträge mobilisiert werden, sobald es darum geht, Banken, Staaten oder auch schon mal Schwarzgeldkontenbesitzern auf Zypern zu helfen, scheint man in Brüssel nicht einmal einen symbolischen Betrag für die Hochwasseropfer übrigzubehalten. Stattdessen wird ein erstaunlicher Disput zwischen dem EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski und dem Regionalkommissar Johannes Hahn geboten. Der entsprechende „EU-Solidaritätsfonds“ sei leer, so die erste Reaktion des Polen Lewandowski.

Dem eigentlich zuständigen EU-Regionalkommissar Hahn zufolge ist der Hilfsfonds allerdings gut gefüllt: Jährlich kann eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt werden – 925 Millionen Euro befinden sich aktuell noch im Topf. Des Rätsels Lösung: Derzeit streiten sich EU-Mitgliedstaaten und EU-Parlament über den Finanzplan bis 2020 und über einen Nachtragshaushalt für 2013.

Schon zum Jahresbeginn klappte im EU-Haushalt ein Loch von 11,2 Milliarden Euro. Solange nicht klar ist, ob wichtige Beitragszahler wie Deutschland Geld nachschießen, will Lewandowski erst einmal die Kasse dichtmachen.

Angesichts der verärgerten Reaktionen aus Berlin ist Lewandowski inzwischen um Schadenbegrenzung bemüht. Dass es für

### Für Banken-Rettung sind ständig Milliarden verfügbar

die Flutgebiete generell keine Hilfe geben wird, will er so nicht gesagt haben. Der Rückzieher kommt nicht von ungefähr. Im Zuge des EU-Nachtragshaushaltes wird auf Deutschland die Forderung auf einen Nachschuss in Milliardenhöhe zukommen. Die herlose Knauserigkeit der EU in Sachen Fluthilfe könnte bei den Deutschen als größtes Zähler in die Brüsseler Töpfe dann durchaus noch frisch in Erinnerung sein.

Immense Kosten werden auf Berlin auch durch die Flutkatastrophe zukommen. Erste Schätzungen lassen befürchten, dass

die Schäden der diesjährigen Katastrophe sogar die der Jahrhundertflut von 2002 übersteigen werden. Die Ratingagentur Fitch geht davon aus, dass der volkswirtschaftliche Schaden insgesamt bei zwölf Milliarden Euro liegen könnte. Ähnlich wie im Jahr 2002 hat die Bundesregierung inzwischen einen Fluthilfefonds auf den Weg gebracht.

Auffallend war die Zurückhaltung von einigen Klimaforschern, die zweite Jahrhundertflut innerhalb weniger Jahre für die Theorie des menschengemachten Klimawandels auszuschließen. Einen Anteil an dieser neuen Nüchternheit könnte eine Veröffentlichung von 17 Wissenschaftlern im renommierten „Geo-Science“-Magazin haben. Der Tenor des Artikels: Das Klima reagiert weit weniger auf Kohlendioxid-Veränderungen als bisher unterstellt. Die Veröffentlichung könnte sich in der Klimadebatte als fundamentaler Wechsel herausstellen. Beteiligt waren Forscher der ETH Zürich und der Universität Oxford. Noch schwerer wiegt, dass einige der Forscher bereits am Bericht des UN-Klimarates mitgearbeitet haben. Es dürfte damit schwer fallen, den neuen Ansatz von vornherein als unseriös abzutun. *N.H.*



## MELDUNGEN

## Einheitliche Geschichte

**Moskau** – Weil Wladimir Putin im Februar gefordert hatte, dass ein einheitliches Geschichtsbuch eingeführt werden müsse, das den Schülern Respekt vor allen Seiten der russischen Vergangenheit vermitteln solle, ist seit Kurzem eine Expertenkommission damit beschäftigt, zunächst das Wissen der Russen zu testen, um auf der Grundlage der Befragungen ein Konzept für eine einheitliche Konzeption sowie eine gültige Linie der Vermittlung und Bewertung historischer Ereignisse zu entwickeln. Dass es nur noch ein Lehrbuch für Geschichte geben soll, stellten die Historiker als bloßes Gerücht in Abrede. **MRK**

## Draghi als Vorbild geehrt

**Berlin** – Der umstrittene Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) Mario Draghi hat von der Berliner „European School of Management and Technology“ den Preis „Responsible Leadership Award“ erhalten. Honoriert werden sollen mit der Auszeichnung außerordentliche Führungsqualitäten bei der Beförderung „verantwortlicher Geschäftspraktiken“. Dass ausgerechnet Draghi nun diesen Preis erhalten hat, dürfte für Kritiker der aktuellen Geldpolitik der EZB einer Realsatire gleichkommen. Seit dem Draghi an der Spitze der EZB steht, hat sich die Bilanzsumme der Zentralbank nicht nur zwischenzeitlich bereits auf über drei Billionen Euro aufgebläht, es werden auch immer mehr Papiere mit hohem Verlustrisiko angekauft. Derzeit sogar ein Fall für das Bundesverfassungsgericht sind etwa die Ankäufe von Staatsanleihen durch die EZB, die unter der Führung Draghis eingeleitet wurden. Die Laudatio auf Draghi wurde vom Vorjahrespreisträger Mario Monti am 13. Juni in Berlin-Mitte gehalten. **N.H.**

**Nach der Wahl des Geistlichen Hassan Rohani, einem einstigen engen Weggefährten von Ayatollah Khomeini, zum neuen Präsidenten des Iran, sehen viele Iraner Chancen für einen Reformprozess in ihrem Lande.**

Der gemäßigte Geistliche Hassan Rohani, der mit knapp über 50 Prozent der Stimmen überraschend die Präsidentschaftswahl im Iran bereits im ersten Wahlgang gewonnen hat, wurde von einer Welle der Sympathie getragen, die dem Kleriker wenige Wochen zuvor noch niemand zugetraut hätte. Erst in den Tagen vor der Wahl hatten sich die Anzeichen verdichtet, dass Rohani eine ernsthafte Rolle spielen könnte. Deshalb wollten Ultrakonservative per Gerichtsentcheid seine Kandidatur noch zu Fall bringen, weil er angeblich im Wahlkampf staatsgefährdende Aussagen gemacht habe. Entscheidend für den Sieg Rohanis war offenbar die Tatsache, dass mit den beiden Ex-Präsidenten Mohammed Khatami und Ali Akbar Rafsandschani zwei politische Schwergewichte der iranischen Politik für ihn votiert haben.

Rohani gilt vor allem als Hoffnungsträger der urbanen Mittelschicht, die großen Anteil an der Mullah-Revolution von 1979 hatte, aber immer mehr in ihren Wirkmöglichkeiten begrenzt war und unter den Sanktionen am meisten gelitten hatten. Rohani hatte im Wahlkampf angekündigt, verstärkt auf Diplomatie mit dem Westen zu setzen, um eine Milderung der Sanktionen gegen den Iran zu erreichen. Zugute kam Rohani auch, dass das konservative Lager nach acht Jahren Mahmud Ahmadschads gespaltenere denn je war. Keiner der konservativen Kandidaten, die alle hohen

Ämter unter dem abgetretenen Präsidenten innehatten, erreichte 20 Prozent. Besonders das schwache Abschneiden der zwei erzkonservativen Kandidaten Dschalili und Welajati, die als die Wunschkandidaten Ayatollahs Chameneis galten, gilt als große Überraschung. Die Wahl Rohanis als Geistlichem hat auch deutlich gemacht, dass eine Mehrheit der Iraner nicht mehr bereit ist, sich ihre Islamische Revolution von selbsternannten Hasspredigern rauben zu lassen, die nur an sich

wusst von der grünen Revolution von 2009 abzugrenzen. Sein Wahlslogan lautete: Besonnenheit und Hoffnung. Bereits während

## Rohani will auf den Westen zugehen, aber zu seinen Bedingungen

des kurzen Präsidentschaftswahlkampfes übte Rohani harsche Kritik an Ahmadschads Atom-

versprochen. Er wolle eine Politik der Aussöhnung und des Friedens, versprach er und kündigte an, als Präsident direkte Gespräche mit den Vereinigten Staaten aufzunehmen. Nach achtjährigem Stillstand unter Präsidentschaft Ahmadschads soll nun sowohl innen- als auch außenpolitisch ein frischer Wind wehen.

Als Theologiestudent war Rohani ein politischer Gegner von Schah Reza Pahlevi. Deshalb verließ er den Iran und ging in den Westen, wo er 1972 in Glasgow an

sident Rafsandschani amtierte. Rohani von 1989 bis 1997 als Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates. In diese Zeit fielen jedoch auch zahlreiche spektakuläre politische Morde an Regimegegnern im Ausland, unter anderem auch das Mykonos-Attentat in Berlin. 2003 wurde Rohani zum Chefunterhändler der Islamischen Republik mit der internationalen Atomenergiebehörde in Wien (IAEO) ernannt, nachdem iranische Exilkreise im Jahr zuvor das geheime Atomprogramm T

herans bekannt gemacht hatten. Kurz nach dem Amtsantritt von Ahmadschad im Sommer 2005 war Rohani wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten zurückgetreten und verschwand von der internationalen Bühne. Vier Jahre nach der Niederschlagung der sogenannten oppositionellen „Grünen Bewegung“, um die 2009 unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Mir Hossein Mussawi und Mohammad Karubi hat die Reformbewegung unerwarteter Weise neuen Auftrieb gewonnen. Ob Rohani sein Mandat dazu nutzen kann, seine Wahlversprechen einzuhalten, bleibt abzuwarten. Die Machtzentren liegen weiterhin in der Hand der Konservativen und Revolutionsführer Chamenei. Ein grundlegender Kurswechsel ist kaum zu erwarten. Bei aller Euphorie sollte man nicht vergessen, dass der Iran mit Rafsandschani und Khatami bereits zwei Reformer als Präsidenten hatte, das Land unter ihrer Präsidentschaft sich aber in keiner Weise Reformen geöffnet hatte. Mit Chamenei und Rohani wird der Iran erstmals von zwei Theologen mit gegensätzlichen Auffassungen über den Islam als Staatsfundament geführt werden, eine spannende Geschichte. **Bodo Bost**



Voller Hoffnung auf eine Wende: Kandidat Hassan Rohani erhielt 50 Prozent der Stimmen

Bild: imago

selbst und ihre Macht glauben, aber nicht einmal über die Grundlagen religiöser Bildung verfügen. Vom introvertierten Geistlichen Rohani wird nun erwartet, dass er Errungenschaften der Islamischen Revolution dem Volk wieder zurückgeben kann und ihre Auswüchse korrigieren kann. Für seine Kampagne wählte Rohani die Farbe Lila, um sich be-

politik. Allerdings übte er nie Kritik am Atomprogramm selbst, nur an der Art der Verhandlungen, die nicht so geführt werden sollten, dass das Land in eine politische und wirtschaftliche Krise gerate. Ahmadschad warf er vor, das Land an den Rand eines Krieges gebracht zu haben.

Rohani hatte im Wahlkampf eine „Charta der Freiheitsrechte“

der polytechnischen Hochschule promoviert. 1979 lernte er den späteren Gründungsvater der Islamischen Republik Khomeini in dessen Exil in Paris kennen und kehrte mit ihm in seine Heimat zurück, wo er als dessen Berater im Militär und beim Staatsfernsehen arbeitete. Ein Sohn Khomeinis hatte Rohani auch im jetzigen Wahlkampf unterstützt. Unter Prä-

## Putin wirbt um Kudrin

Ehemaliger Finanzminister soll Wirtschaftsflaute stoppen

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise trifft Russland erst in diesem Jahr. Dank der stabilen Öl- und Gaspreise waren die Experten in Moskau bislang davon ausgegangen, dass man glimpflich davon gekommen sei. Doch die jetzt vorliegenden Wirtschaftsdaten für das erste Quartal lassen Böses erahnen: Statt der erwarteten drei bis vier Prozent stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur um 1,6 Prozent. Das Wirtschaftsministerium korrigierte seine Prognose für 2013 daraufhin radikal nach unten. Die BIP-Wachstumsprognose wurde von 3,7 auf 2,4 Prozent korrigiert.

Unabhängige Experten, darunter der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin, gehen davon aus, dass die russische Wirtschaft wegen der übermäßigen Abhängigkeit von Öl- und Gaseinkommen schneller als andere Staaten zum Stillstand kommen könnte. Russland bekommt das Schrumpfen der Abnehmerländer zu spüren. Erschwerend hinzu kommt, dass ausländische Anleger ihr Vertrauen in Russland verloren haben. Der Abfluss ausländischen Kapitals hält seit Jahren unvermindert an. Investoren beklagen Korruption, fehlende Planungsgewissheit und Wettbewerbsbehinderungen.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, plant Wladimir

Putin, seinen langjährigen Wegbegleiter und Finanzminister von 2000 bis 2011, Alexej Kudrin, in sein Kabinett zurückzuholen. Kudrin wurde nicht nur zum besten Finanzminister der Welt gewählt, als liberaler Reformier wird er in Russland wie im Ausland hoch geschätzt. Bei einer Kundgebung während einer Massenprotestveranstaltung trat Kudrin als Redner

## Rücktritt wegen Festhaltens an hartem Sparkurs

auf, um zwischen der Regierung und dem Volk zu vermitteln.

Während Putin bereits öffentlich über eine mögliche Rückkehr Kudrins in die Regierungsränge spricht, hält dieser sich bedeckt. Er wolle nicht „als Drückeberger“ arbeiten und nur dann zurückkommen, wenn die Regierung schärfer arbeite, zitierte der Präsident Kudrin.

Dass Kudrin Mitglied einer Regierung würde, die von Dmitrij Medwedjew als Ministerpräsident geleitet wird, ist höchst unwahrscheinlich. Medwedjews Beschluss zur Erhöhung der Militärausgaben lieferte 2011 den Grund für Kudrins Rücktritt vom Posten des Fi-

nanzministers. Zwischen Medwedjew und Kudrin war es zum Zerwürfnis gekommen, weil Kudrin an seinem eisernen Sparkurs festhalten, der Präsident auf seine Mahnung aber nicht hören wollte.

Inzwischen hat Präsident Putin viele von Dmitrij Medwedjew eingeleiteten Veränderungen wieder zurückgenommen und das Personal teilweise ausgewechselt. Der bisherige Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow, der begonnen hatte, Medwedjews Militärreform umzusetzen, musste wegen Korruptionsergößen seinen Sessel räumen. Ende Mai forderte das Finanzministerium auf, die Ausgaben für sein Waffenprogramm auf später zu verlegen.

Da Alexej Kudrin, der in den 90er Jahren als stellvertretender Oberbürgermeister von St. Petersburg Wirtschaftsreformen dort durchgesetzt hatte, und den Putin 2000 zum Finanzminister ernannte, als Vertreter eines harten Sparkurses für eine Konsolidierung in Russland sorgte, wird Putin auch in Zukunft auf ihn setzen. Vielleicht wird er Medwedjew als Ministerpräsident beerben. Es ist das Regieresamt, auf das Kudrin schon lange ein Auge geworfen hatte und auf dem das Volk ihn ohnehin lieber sehen würde als Medwedjew.

Manuela Rosenthal-Kappi

## Vertuschung missglückt

Luxemburg: Bombeleeër-Prozess wird zur Staatsaffäre

Nach Jahrzehnten steckt Sprengkraft in der geheimnisvollen Anschlagsserie, die Luxemburg zwischen 1984 und 1986 erschüttert hat. Eine ominöse links-ökologische Gruppe hatte sich zu Anschlängen auf Strommasten, einen Zeitungsverlag und Luxemburgs Flughafen bekannt, und war anschließend so plötzlich verschwunden wie sie gekommen war. Erstaunlich genug ist schon, wer sich wegen der damaligen Anschlagsserie in Luxemburg nun vor Gericht verantworten muss: zwei ehemalige Polizisten der Spezialeinheit „Brigade Mobile“. Noch brisanter ist der Verdacht, der den gesamten Bombeleeër-Prozess begleitet. Die beiden Beamten sollen bei den Anschlängen nicht aus eigenem Antrieb gehandelt haben, sondern im Auftrag staatlicher Stellen – etwa der Nato-Geheimtruppe Gladio. Ist dieser Verdacht schon ungeheuerlich genug, lassen nun aufgedeckte Vertuschungsversuche den Fall „Bombeleeër“ endgültig zur Staatsaffäre werden. Der Polizeigeneraldirektor Pierre Reuland musste bereits auf Druck der Staatsanwaltschaft und des Parlaments seinen Posten räumen. Gleich mehrfach war der Polizeichef durch Gedächtnislücken aufgefallen, obendrein hatte er empfohlen „Holz auf die fraglichen Akten zu legen“.

Inzwischen ist ein noch bekannter Name in die Schlagzeilen geraten: Luxemburgs Finanzminister Luc Frieden. Der Vorwurf gegen Frieden, der bislang als Nachfolger für Regierungschef Jean-Claude Juncker gehandelt wurde: Noch in seiner Zeit als Justizminister soll er versucht haben, Einfluss auf die Ermittlungen zu nehmen. Schwere Vorwürfe gegen Frieden erhebt et-

## Waren Attentate von Nato-Geheimtruppe angeordnet?

wa der Generalstaatsanwalt Robert Biever. Gleich mehrfach soll Frieden ihn gedrängt haben, die Akte Bombeleeër zu schließen. Friedens Auftritt vor einem Untersuchungsausschuss geriet zum Desaster. Während er eine Einflussnahme abstritt, berichteten glaubwürdige Zeugen wie Biever und die damalige Untersuchungsrichterin Doris Woltz das Gegenteil. Inzwischen fordert die gesamte Opposition den Rücktritt Friedens. Selbst die Jugendorganisation des Koalitionspartners „Luxemburger Sozialistische Arbeiterpartei“ ist auf Distanz zu dem Minister gegangen. Angesichts der Materie ist es kaum verwunderlich, dass auch

Luxemburgs Geheimdienst SREL mit in den Strudel der Affäre geraten ist: Zwischen 2006 und 2007 soll der Staatsanwalt Biever von einem Privatdetektiv überwacht worden sein – angeblich nur auf Veranlassung eines einzelnen Schlapphutes, nicht aber im Auftrag des Geheimdienstes als solchen. Das mutmaßliche Ziel der Observierung: Belastendes Material finden, um gegen den Generalstaatsanwalt eine Schmutzkampagne starten zu können. Geprüft wurde wohl selbst, ob dem Staatsanwalt der Ruf eines Pädophilen angehängt werden kann, so das Luxemburger „Tagblätt“.

Wegen die Vorwürfe massiver Beeinflussungsversuche bei den Ermittlungen schon schwer genug, steckt im Bombeleeër-Prozess noch aus einem anderen Grund das Potenzial zur großen Staatsaffäre. Als einer von vier Hauptverdächtigen, die immer wieder im Zusammenhang mit den Anschlängen in den 1980ern genannt werden, gehört ein Mitglied der Herrscherfamilie des Großherzogtums: Prinz Jean. Er hat nicht nur eine militärische Ausbildung in Großbritannien absolviert, sondern wurde auch von einem Zeugen an einem der Tötungsversuche. Kurz nach dem Ende der Anschlagsserie hatte er 1986 überraschend auf Titel und Thronfolge verzichtet. **N.H.**



# Verspieltes Erbe

Südafrikas Wirtschaft schwächelt, doch die Schwarzen halten aus Loyalität zur Regierungspartei

Als Nelson Mandela 1994 Südafrikas erster schwarzer Präsident wurde, waren die Voraussetzungen für einen Erfolg so günstig wie in kaum einem anderen afrikanischen Land. Fast 20 Jahre später rutscht das Land wie in Zeitlupe immer tiefer in die Krise.

„Afrika wird zum Boom-Kontinent“, „Afrika entscheidet die Zukunft“: Erstaunlich viele Medien warteten derzeit mit Schlagzeilen wie diesen auf. Mal ist es der Reichtum an Bodenschätzen, mal an Menschen, der als Grund für den scheinbar unvermeidlichen Aufschwung Afrikas herhalten muss. Nur drei Jahre ist es her, dass man aus Anlass der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 in Bezug auf Südafrika von ähnlichen Zukunftsaussichten gehört hat. Inzwischen ist in Kapstadt und Pretoria nicht nur Ernüchterung eingeleitet, es wächst die Angst, dass Südafrika in den kommenden Jahren politisch und wirtschaftlich einen Absturz erlebt.

Unübersehbar sind die Zeichen, dass sich Südafrika in einem schleichenden Niedergang befindet. Einen Einbruch des Wechselkurses und Panik unter Investoren machte sich breit, als unlängst die Wachstumsprognosen für Afrikas größte Volkswirtschaft präsentiert wurden. Vorausgesetzt sind für 2013 wenig mehr als zwei Prozent. Angesichts einer Arbeitslosigkeit von offiziell 25 Prozent – inoffiziell 40 Prozent – ist dies kaum mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Hoffnung auf eine Besserung ist nicht in Sicht, eher das Gegenteil ist der Fall. Ausgerechnet der Bergbausektor, der 50 Prozent der südafrikanischen Exporte ausmacht, gilt als schwer angeschlagen. 2012 haben landesweite Streiks zu langen Produktionsausfällen geführt und Südafrika einen unrühmlichen Rekord eingebracht. In keinem Land der Welt gingen im vergangenen Jahr mehr Arbeitstage durch Streiks verloren als in Südafrika. Fallen jetzt, wie befürchtet, auch noch die Rohstoffpreise,



Leben wie ein Sonnenkönig: Jacob Zuma profitiert vom jetzigen System

Bild: action press

dann könnte dies nicht nur den Bergbaufirmen, sondern ganz Südafrika wirtschaftlich den Rest geben.

Angesichts der vorgefundenen Voraussetzungen ist dies eine erstaunliche Entwicklung. Mit dem Ende der Apartheid waren vor 20 Jahren die Startbedingungen so günstig wie in kaum einem anderen Land Afrikas. Übernommen wurden eine für afrikanische Verhältnisse vorbildliche Verwaltung und die leistungsfähigste Wirtschaft südlich der Sahara. Als Nelson Mandela im Jahr 1994 als Präsident die Amtsgeschäfte übernahm, war er klug genug, trotz extremer Forderungen in der Regierungspartei ANC, dieses Erbe nicht leichtfertig zu verspielen.

Seine Nachfolger haben diese Weitsicht nicht mehr besessen. Mehr noch. Der Afrikanische

Nationalkongress ANC gilt mittlerweile sogar als Hauptgrund für den schleichenden Niedergang des Landes. Ununterbrochen seit 1994 an der Macht ist die Partei nicht nur zerstritten und inkompetent, sondern steht auch im Ruf, durch und durch korrupt zu sein. Speziell gegen den amtierenden

## Korruption, Bürokratie und Kriminalität breiten sich weiter aus

Präsidenten Jacob Zuma (ANC) wird immer wieder der Vorwurf laut, er stopfe sich und seiner Familie die Taschen voll und zahle an jene Gefälligkeiten zurück, die ihm ins Präsidentenamt geholfen haben. Dabei scheint Zuma auch noch unan-

greifbar zu sein. Der ehemalige Geheimdienstchef des ANC habe gegen alle politischen Konkurrenten etwas in der Hand, heißt es. Während die Selbstbereicherung von ANC-Politikern vor allem seit Zumas Machtantritt im Jahr 2009 immer drastischere Dimensionen annimmt, haben in Südafrika inzwischen auch Korruption, Bürokratie und Kriminalität epidemische Ausmaße angenommen.

Trotz der weitverbreiteten Unzufriedenheit ist ein Machtwechsel kaum wahrscheinlich. Die größte Oppositionspartei „Democratic Alliance“ (DA) gilt unter der schwarzen Bevölkerung als zu „weiß“. Dass der ANC immer noch mit einer Zustimmung von 60 Prozent rechnen kann, hängt zum einen mit einer weitverbreiteten traditionellen Loyalität vieler Schwarzer zu

heitzustand Nelson Mandelas ist bei vielen Südafrikanern die Sorge um die Zukunft des Landes noch einmal gewachsen. Zwar diente der Name Mandelas dem ANC bisher zum Machterhalt, gleichzeitig hatte der 94-Jährige aber auch immer noch einen mächtigen Einfluss. Schon jetzt verlassen immer mehr weiße Südafrikaner das Land. Geschätzt wird, dass allein 4000 von ihnen jeden Monat nach Australien auswandern. Eine wichtige Triebfeder dieser Entwicklung: ein grassierender Rassismus, bei dem die schwarze Hautfarbe wichtiger ist als etwa die berufliche Leistung oder fachliches Können. Mit denen, die gehen, verliert Südafrika Schritt für Schritt auch die Fachkräfte, die bisher die Basis für den Erfolg von Afrikas größter Volkswirtschaft waren.

Norman Hanert

## KURZ NOTIERT

**Frachtraten sinken wieder:** Im April sind die Frachtraten für Seetransporte kräftig gesunken. Hatte die deutsche Reederei Hapag-Lloyd im ersten Quartal eine Halbierung des Verlustes gegenüber dem Vergleichszeitraum verkünden können, da die Frachtraten zeitweise leicht gestiegen waren, dürfte sich die Lage jetzt wieder verschlechtern. Auch die HSH Nordbank, Commerzbank und NordLB sehen die Entwicklung mit Sorge, da sie in der Vergangenheit zahlreiche Containerschiffe finanziert haben, die nun wegen der sinkenden Einnahmen in Gefahr geraten, die Kredite nicht mehr bedienen zu können. *Bel*

**Bundesbank-Kampagne soll Unternehmen aufrütteln:** Ab 1. Februar 2014 gelten für Firmen und Vereine die neuen europaweiten Zahlungsbedingungen, Sepa genannt. Doch die Umstellung läuft so schleppend, dass die Bundesbank nun eine große Anzeigenkampagne mit dem Spruch „Aus dieser Nummer kommen Sie nicht mehr raus“ startet. *Bel*

**Kohle wird billiger:** Klimaschützer sind besorgt. Hatten Sie gehofft, dass durch das Fracking in den USA mehr mit Gas und weniger mit Kohle geheizt wird, so müssen sie jetzt feststellen, dass das nicht der Fall ist. Denn dadurch, dass die USA deutlich weniger Kohle nachfragen, ist der Preis massiv gesunken und so erhöhen jetzt die Energieversorger anderer Länder ihren Kohleverbrauch. So wurden in den ersten drei Monaten des Jahres in Deutschland 10,5 Prozent mehr Steinkohle für die Strom- und Wärmeerzeugung eingesetzt als im Vergleichszeitraum. *Bel*

**Rentenbetrug in Italien aufgeklügelt:** Ähnlich wie in Griechenland wurden nun auch in Norditalien Fälle ermittelt, in denen teilweise über Jahre die Renten Verstorbener durch Verwandte weiter bezogen wurden. Nach Berichten italienischer Medien hat eine Überprüfung der Finanzpolizei in der Region um Lecco bei Mailand inzwischen einige hunderte Fälle zutage gefördert, bei denen widerrechtlich Pensionen bezogen wurden. *N.H.*

## Nur schöner Schein

Direktinvestitionen gen Osteuropa dienen oft nur der Steuerersparnis

Auf den ersten Blick ist es eine Entwicklung, die Rätsel aufgibt: Osteuropas Wirtschaftsdaten enttäuschen auf breiter Front, trotzdem haben die ausländischen Direktinvestitionen in die neuen EU-Länder im vergangenen Jahr um 35 Prozent zugelegt. Vor allem in Ungarn ist ein erstaunliches Phänomen zu beobachten. Während ausländische Firmen an der Wirtschaftspolitik Budapests kaum ein gutes Haar lassen und Ungarns Wirtschaft stagniert, scheint das Land immer mehr Investoren anzuziehen. Allein im Jahr 2012 hat es fast eine Verdreifachung der ausländischen Direktinvestitionen gegeben – von knapp vier Milliarden Euro auf über zehn Milliarden Euro. Ernüchternd die Erklärung, die das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) zu den Zahlen liefert: Es handelt sich vielfach um sogenanntes „Round-tripping-Kapital“. Es sind keine echten Investitionen, es werden lediglich Finanzströme zur Steueroptimierung durch die Bilanzen von Tochterfirmen in verschiedenen Ländern geschleust.

Ablesbar ist diese Rundreise von Kapitalströmen unter anderem an den acht Milliarden Euro, die

Ungarns Unternehmen 2012 im Ausland investiert haben sollen. Für die Forscher des WIIW angesichts der Firmenstruktur Ungarns eine unrealistische Annahme. Ein Phänomen, das auch in Russland oder Tschechien zu beobachten ist. Hinter dem „Kapital auf Rundreise“ stehen oft Steuersparmodelle vor allem von US-Unternehmen,

## Gewinne aus echten Investitionen werden nicht mehr reinvestiert

die unterschiedliche Bilanzstichtage nutzen. Steueroptimierend wird dabei „Transitkapital“ von einer Tochterfirma zu einer anderen ausländischen Tochterfirma verschoben, wenn die Bilanzerstellung ansteht. Ist der Stichtag über, wird das Geld wieder abgezogen.

Sieht man von solchen Scheininvestitionen ab, dann bietet Osteuropa ein düsteres Bild. Echte Investoren meiden Osteuropa und Südosteuropa immer mehr. Schlimmer noch: Das Geld ausländischer Investoren hat die bisherige Rolle eines Wachstumsmotors für die Region verloren. Ein reali-

stisches Bild der Lage liefern die Zahlen von Bauprojekten für neue Unternehmensstandorte auf der grünen Wiese. Die Zahl solcher Projekte ist in Osteuropa auf einen neuen Tiefstand gefallen, sie ging 2012 um 17 Prozent zurück, das Investitionsvolumen in diese Projekte fiel um geschätzte 32 Prozent.

Erstaunlich gering ist inzwischen auch die Zahl neuer Projekte auch bei hochentwickelten Dienstleistungen und der verarbeitenden Industrie. Beide Branchen galten bisher als die treibenden Kräfte für Standortverlagerungen von West nach Osteuropa. Selbst mit den Investitionen, welche die Osteuropäer an Land gezogen haben, dürfte sich die Freude in Grenzen halten, so fließen doch die Einnahmen früherer Investitionen von Ausländern zum Großteil wieder ab. So zog Tschechien 2012 zwar 8,2 Milliarden Euro an Direktinvestitionen an, zugleich flossen aber rund sieben Milliarden Euro aus Erlösen früherer Investitionen in die Heimatländer der Investoren zurück. Noch drastischer ist das Verhältnis in Polen. Dort zogen ausländische Investoren mehr von ihren erzielten Einnahmen wieder ab als überhaupt Neuinvestitionen ins Land geholt werden konnten. *N.H.*

## Notenbanken im Treibsand

Abkehr von der inflationären Geldpolitik ist kaum noch möglich

Die großen Notenbanken der westlichen Welt und Japans stehen vor dem Scherbenhaufen ihrer lockeren Geldpolitik. Es droht ein Desaster, denn die Warnungen, welche sie jahrelang in den Wind geschrieben haben, scheinen sich nun allesamt zu bewahrheiten – mit womöglich dramatischen Folgen. Seit Ausbruch der Krise haben die Notenbanker gezielt Geld in den Markt gespült, das sie „aus dem Nichts“ geschaffen haben. Zu diesem Zweck haben sie ungeheure Summen an Banken und Staaten verliehen, und zwar weit unter dem Zinssatz, den diese unter fairen, realistischen Marktbedingungen zahlen müssten.

Die Hoffnung: Das Geld würde von Staaten und vor allem Banken günstig an die freie Wirtschaft weitergeleitet, über staatliche Konjunkturprogramme oder billige Bankkredite an Unternehmen.

Die Gefahr: Da dem frischen Geld kein realwirtschaftliches Wachstum gegenüberstand, könnte es Inflation auslösen, zumal, wenn die Wirtschaft wieder etwas Fahrt aufnimmt. Für diesen Fall aber haben die Notenbanken geschworen, die Zinsen schnell wieder anzuheben und den Geld-

verleih an Staaten wieder drastisch einzuschränken. Mit diesen Maßnahmen würde das überschüssige Geld wieder aus dem Umlauf genommen, die Gefahr einer Preisinflation wäre gebannt.



Fed-Chef Ben Bernanke

Nun aber haben die Geldströme der Notenbanken inzwischen eine Blase an den Aktienmärkten erzeugt, das viele Geld musste irgendwohin, so trieb es die Kurse. Zudem sind die Kredite an Banken nicht in die Wirtschaft geflossen, sondern an die Aktienmärkte oder in Staatsanleihen. Der realwirtschaftliche Aufschwung kam hingegen kaum voran.

Daher wollte US-Notenbankchef Ben Bernanke nun zaghaft umsteuern und die Politik des

allzu lockeren Geldes leicht eindämmen. Doch das sorgte sofort zu einem Einbruch an den Börsen, ebenso umgehend stiegen die Zinsen, welche die US-Regierung für neue Schulden zahlen musste. Nun zeigte sich, dass sich die Notenbanken mit ihrer Inflationspolitik in den Treibsand gefahren haben: Stoppen sie ihre ungenutzte Geldproduktion, brechen die Kapitalmärkte und wohl bald auch die Staatsfinanzen zusammen, denn beide sind mittlerweile von der Droge „Billiges Geld“ vollkommen abhängig, könnten auf der freien Wildbahn eines wieder fair und marktwirtschaftlich funktionierenden Finanzmarkts kaum noch überleben. Setzen die Notenbanken ihre Geldproduktion zu Niedrigzinsen aber einfach fort, drohen sie die Währungen in der Substanz zu entwerten.

Lähmung und Ratlosigkeit sind die Folge. US-Investor Jim Rogers sagt daher den Zusammenbruch des derzeitigen Geldsystems voraus, weil eine Umkehr im bestehenden System nicht mehr möglich sei: „Irgendwann wird der Markt sagen: Wir wollen eurer Papiergeld nicht mehr!“ Dann wäre eine Währungsreform der einzige Ausweg. *Hans Heckel*

# Schneeballsystem

Von Hans Heckel

Die Lage ist weit dramatischer. Als es die trockenen Verlautbarungen der Notenbankern vermuten lassen. Warner erheben seit Jahren ihre Stimme, dass unser Geldsystem von seinen Gestaltern zu einem Schneeballsystem pervertiert wurde, das irgendwann aufbliesen müsse.

Diese Offenbarung rückt näher (siehe Seite 7). Werden wir bald alle um unser Ersparnis gebracht? Auf jeden Fall sind hohe Verluste für Sparer, Rentner, Versicherte zu befürchten. Aber es gibt auch Profiteure der ver-

antwortungslosen Geldschluderei. Banken oder Spekulanten à la George Soros verdienen prächtig an der politisch initiierten Zerstörung unserer Währungen. Staaten können ihre Schulden abschreiben, heißt: über reale Negativzinsen auf die Sparer abwälzen.

Dass dieses Schneeballsystem nicht mehr lange gutgeht, sehen wir daran, dass den Notenbankern die Zaubertricks ausgehen. Was danach zum Vorschein kommt, möchte man sich kaum ausmalen.

# Auf hohem Ross

Von Michael Leh

Die Grünen sitzen auf hohem Ross, seit sie in Stuttgart die Landesregierung anführen. Das zeigt auch das Beispiel, wie sie bei der geplanten Änderung des SWR-Staatsvertrages mit dem Bund der Vertriebenen (BdV) und den christlichen Freikirchen umspringen. „Die vorgeschlagene Novellierung des SWR-Staatsvertrags trägt die eindeutige Handschrift grüner Regierungsbeteiligung“, jubelte auch die Grünen-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag in einer Pressemitteilung. Offen ist auch, warum die SPD das mitmacht.

In Baden-Württemberg betont Ministerpräsident Winfried Kretschmann als grün-bürgerliche Galionsfigur gerne sein Katholisches. Er ist Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, im Diözesanrat der Erzdiözese Freiburg und in einem katholischen Kirchenchor. Doch ungerührt lässt er zu, wie die christlichen Freikirchen trotz großer Proteste aus dem SWR-

Rundfunkrat geworfen werden. Die Freikirchler sind ihm und seiner Entourage einfach nicht links genug; deshalb werden sie expediert. Genau dasselbe hatte man mit dem BdV vor; jetzt belässt man diesem aus Gründen der Optik einen „halben“ Sitz in dem Rundfunkgremium. Doch damit wird der BdV marginalisiert, seine künftigen Vertreter im Rundfunkrat werden nur noch solche „zweiter Klasse“ sein. Indem man den BdV zwingt, seinen Sitz mit der Bürgerinitiative Europa-Union zu teilen – sie gehörte dem Gremium zuvor nicht an – kann auch ein guter BdV-Vertreter kaum das nötige „Standing“ entwickeln, um wirklich etwas bewirken zu können. Denn der BdV wird dann entweder jeweils zweieinhalb Jahre oder ganze fünf Jahre – die volle Amtsperiode des Rundfunkrats – nicht in ihm vertreten sein. So kann man keine kontinuierliche und erfolgreiche Arbeit leisten. Genau das ist gewollt.

# Politischer Fehlgriff

Von Wolfgang Thüne

Der 17. Juni, von Bundeskanzler Konrad Adenauer mit überwältigender Zustimmung des deutschen Volkes zum „Tag der deutschen Einheit“ erklärt, ist abgeschafft und weitgehend in Vergessenheit geraten. Dabei erinnert der Tag an den ersten deutschen Arbeiteraufstand gegen die kommunistische SED-Gewaltherrschaft. Er bekundet den deutschen Freiheitswillen gegen Diktatur und Unterdrückung. Eine Welle der Empörung ging durch Deutschland und wie ein Fanal durch die gesamte freie und auch die kommunistische Welt. Der 17. Juni 1953 war von historischer wie weltpolitischer Bedeutung, weil er zu weiteren Aufständen gegen die kommunistische Gewaltherrschaft führte. Im Jahre 1956 erhoben sich in Ungarn, 1968 kam es zum Auf-

stand in der Tschechoslowakei und 1980 zu Arbeiterunruhen in Danzig und Polen. Das gemeinsame Schicksal aller Aufstände war: Sie wurden gewaltsam niedergeschlagen.

Im Jahr 1989 kam es nach der 40-Jahr-Feier des SED-Staates erneut zu Demonstrationen, in denen der Ruf erscholl „Wir sind das Volk!“ Doch diesmal versagte die Sowjetunion dem SED-Regime die Unterstützung und am 9. November 1989 fiel erstmals die „Berliner Mauer“ und zweitens das Regime. Der Freiheitswillen der Mitteldeutschen hatte friedlich gesiegt. Am 3. Oktober 1990 wurde in einem bürokratischen Akt der Beitritt

der mitteldeutschen Länder zum Grundgesetz beschlossen und als „Wiedervereinigung“ ausgegeben. In einer künstlich geschürten Euphorie wurde versucht zu

kaschieren, dass diese Teilvereinigung einen sehr hohen Preis abforderte, die Anerkennung der völkerrechtswidrigen „Oder-Neiße-Linie“ als Ostgrenze des neuen Deutschland und damit den Verzicht auf die deutschen Ostprovinzen einschließlich der „Freien Stadt Danzig“.

Es ist völlig unverständlich, dass man den 17. Juni 1953 nicht als historisches einmaliges Ereignis als „Tag der Deutschen Einheit“ festgehalten hat. Er hätte durchaus noch durch den 9. November

1989 ersetzt werden können, den Tag, als das Regime sich ohne Gegenwehr dem Freiheitswillen des Volkes beugte und kapituliert. Aber ausgerechnet den 3. Oktober 1990 zum „Tag der Deutschen Einheit“ zu erheben, war ein politischer Fehlgriff. Aber dies erkannte das Volk, das längst zu einer konturlosen „Zivilgesellschaft“ herabgewürdigt wurde, nicht und feiert einen bürokratischen Verwaltungsakt.

Möge an jedem 17. Juni, an dem wir an den Volksaufstand in Mitteldeutschland erinnern, wieder ins Bewusstsein kommen, dass Demokratie Volksherrschaft heißt. Und das bedeutet: Alle Macht geht vom Volke aus! Mögen wir Deutsche uns wieder mehr als Volk verstehen, das nach Einigkeit und Recht und Freiheit trachtet.

17. Juni als »Tag der Deutschen Einheit« wesentlich besser



Vor dem Bundesfinanzministerium: Endlich gibt es in Berlin einen Ort, der an den Volksaufstand in der DDR erinnert

Bild: pa

Morgens beim Brötchenholen stellt man selbstverständlich das Autoradio an. Wenn irgend möglich den Deutschlandfunk, den soll man eigentlich in der ganzen Bundesrepublik Deutschland empfangen können, oft drängeln sich aber auf der fast gleichen Frequenz WDR, NDR, Hessischer Rundfunk, Südwestfunk und Bayerischer Rundfunk, daneben natürlich noch die zahllosen örtlichen Sender mit nur Pop- und Rockmusik und einer Minute Kurznachrichten. Also Deutschlandfunk, nach seiner Satzung verpflichtet zur Information des ganzen Deutschlands. Mal sehen, wie das Wetter heute wird, wie sich die Welt seit der „Tagesschau“ von gestern Abend verändert hat. Ist das Hochwasser an der Elbe nun endlich gesunken, haben die Notdeiche gehalten? Hat die neue Jugendbewegung in der Türkei gegen den Islamismus und für freie Parkbäume und freie Liebe gestern Abend noch einen Sieg über Erdogan errungen oder ist sie, wie dort üblich, mit brutaler Gewalt niedergeknüppelt worden? Denn wer von uns besiegt bei den Moslems, das interessiert auch uns. Muss uns ja interessieren und nicht nur unseren türkischen Kramladenhändler um die Ecke, der will nächste Woche in den Urlaub nach Istanbul. Also, wie war's? Hat unsere Kanzlerin schon wieder einen neuen Kredit für die notleidenden Banken im Süden auf den Weg gebracht und dadurch dem französischen Präsidenten mächtig eins ausgewischt, der da längst nicht mehr mithalten kann? Dafür will er – Islamismus hin, Islamismus her – Waffen an die syrischen „Rebellen“ liefern, um Arbeitsplätze zu schaffen für seine Rüstungsarbeiter und mitzureden über die Zukunft von Syrien. Siegt der Islamismus oder Assad?

## Moment mal!



Beim Deutschlandfunk ist der Marsch durch die Institutionen geglückt

Oder einfach Frankreich und England? Was sagt US-Präsident Barack Obama? Also hören wir Autoradio. Da gibt es schon um 5 Uhr die ersten Nachrichten und danach die „Informationen am Morgen“, Berichte, Interviews, Reportagen, Presseschau – aus deutschen Zeitungen, und nochmal Nachrichten, und das alle halbe Stunde. Um 8.50 Uhr ist auch die Presseschau aus ausländischen Zeitungen fertig. Die Stimmen der Ansager und ihrer Kolleginnen klingen frisch und ausgeschlafen, kühl und objektiv, wie sich das für einen öffentlichen Rundfunksender gehört. Die Auswahl der Meldungen entspricht dem Angebot. Natürlich kommt zuerst die große Flut und wie die Menschen nun auch an der Elbe um die Erhaltung der Deiche kämpfen. Kein Wunder, dass da auch kritische Stimmen (morgens um 6 Uhr!) laut werden und sich beim weiteren Hören einprägen: Kamen die Warnungen rechtzeitig? Waren die Deiche hoch genug, wäre es nicht besser gewesen, sie gleich zu durchstechen, sind die Einwohner genügend versichert, sind die zugesagten 5000 Euro Soforthilfe genug? Die Stimme der forschenden Nachrichtensprecher hört sich nach Nein an, und wenn man die sechs Wiederholungen der Nachrichten und der Reportagen und Stimmungsbilder

# Linke Phrasen auf Steuerzahlers Kosten

Von KLAUS RAINER RÖHL

angehört hat, verstärkt sich endgültig der Eindruck, dass alle Maßnahmen der zuständigen Behörden, besonders aber die der Bundesregierung zu spät, unzureichend, fahrlässig oder falsch und sogar schädlich waren. Das ist auch der Tenor der von den Reportern an Ort und Stelle geführten Befragungen, und das meinen auch die im Anschluss verlesenen Pressestimmen, und wenn man lange genug hingehört hat, kommt man eigentlich zum Schluss, dass die Bundesregierung mehr oder weniger schuld an dem Elend der Hochwassergeschädigten, ja – eigentlich an allem ist.

Im Verlauf des Tages verfestigt sich der Eindruck, dass die deutsche Bundesregierung – und die Großindustrie an allem schuld sind. Die „kritischen Stimmen“ mehrten sich im Laufe des Tages und werden auch durch die Morgenandacht mit Monsignore Michael Menke-Petzmeier aus Paderborn nicht gemildert. Um 10 Uhr können die Hörer in der Sendung „Kontrovers“ mit Studiogästen diskutieren, da kommen die „kritischen Stimmen“ noch mal richtig zu Wort, und die eingeladenen Experten müssen das nur bestätigen. Anschließend die Sendung „Umwelt und Verbraucher“, worin man jedes Mal erfährt – oder bestätigt findet, dass von „geschäftstüchtigen Firmen“ (das Wort geschäftstüchtig wird hier negativ gebraucht!) alles getan wird, um die Umwelt zu schädigen und die Verbraucher

zu täuschen. Die sich aber, informiert durch den Radiosender, zur Wehr setzen können wie die Rebellen von Blockupy, die sich per Facebook und Twitter gegen die Macht der Banken verabreden. Dass der Kapitalismus schon immer bösartig war, wissen die Redakteure des Radiosenders schon seit Karl Marx und spätestens seit Rudi Dutschke, und wie um 13.25 Uhr die „Wirtschaft am Mittag“ beurteilt wird, können die Hörer schon ahnen: mies! Hinterher ist auch bald Zeit für einen neuen Nachrichtenblock und „Schalom. Jüdisches Leben heute“, „Büchermarkt – aus dem literarischen Leben“, und auch da geht es gegen das „System“. Um 17.35 Uhr folgt „Kultur heute. Berichte, Meinungen, Rezensionen“, und wer da noch immer nicht überzeugt ist, dass alles fragwürdig ist in Deutschland, für den gibt es „Informationen am Abend“ und „Hintergrund“.

Um 21.05 Uhr wird etwa die Sendung „Querköpfe“ ausgestrahlt. Erinnerung an den Kabarett-Radikalen Kittner: „Protest gegen Militarismus und soziale Ungerechtigkeit war ihm Lebensinhalt!“ Um 23.10 Uhr: „Journal vor Mitternacht“. 23.57 Uhr National- und Europahymne. Das war Tradition im Sender: Zur Mitternacht das Deutschlandlied. Jetzt mit Europahymne.

Das waren zwei Tage im Deutschlandfunk, Deutschlands einzigem überregionalen und lange Jahre auch überparteilichen Sender. Seit der Übernahme durch den Intendanten Dr. Willi Steul am 1. April 2009 endgültig in der Hand der schon lange vorher eingegickerten Linken, die den „Marsch durch die Institutionen“ damit endgültig beendet hatten und die nur noch eine Sorge quält, die sie am 10. Juni um 19.30 Uhr in dem ebenfalls zum Sender gehörenden „Deutschlandradio Kultur“ dankenswert offen formulierten: „Die Mehrheit der Deutschen ist sich einig: Die wirtschaftlichen Verhältnisse im Land sind ungerecht. Die Gerechtigkeitslücke zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. Die Partei „Die Linke“ prangert das schon lange an. Dennoch kann sie davon nicht profitieren. Das könnte daran liegen, dass die Partei seit geraumer Zeit allein mit sich selbst beschäftigt ist. Fast 25 Jahre nach der Wende tobt in der Linken immer noch der Ost-Westkonflikt, und die Flügel der Partei streiten mit Verve darüber, ob man im Falle eines Falles mit Rot-Grün ein Regierungsbündnis eingehen sollte.“

Klar soll sie das, signalisieren uns die Genossen Redakteure. Dann könnte sich der Deutschlandfunk bald wieder, wie zu DDR-Zeiten, „Deutschlandsender“ nennen und das ungeliebte Deutschlandlied zum Sendeschluss vielleicht durch die Becher-Hymne „Auferstanden aus Ruinen“ ersetzen. Obwohl? Die rund vier Millionen Einwohner mit muslimischem Migrationshintergrund vielleicht lieber den Ruf des Muezzins von der Eroberer-Moschee ertönen lassen würden. Mal abwarten.

Das gibt wieder eine spannende Diskussion mit Hörern und Experten.

Entweder der Staat oder der Kapitalismus ist schuld



# Spielwiese für den Nachwuchs

Wo gehobelt wird, fallen Späne – Auf Neben Bühnen, wie der »Tischlerei« an der Deutschen Oper Berlin, entsteht neues Theater

**Immer mehr Opern- und Theaterbühnen hoffen, mit Nebenbühnen zusätzliche Einnahmen zu erwirtschaften. In ehemaligen Kantine, Probenräumen oder Werkstätten darf sich der experimentierfreudige Nachwuchs austoben – oft auf Kosten eines gelangweilten Publikums. An der Deutschen Oper in Berlin wird nun auch in der »Tischlerei« gespielt. Mit dem Eröffnungstück »Mahlermania« wurde jetzt auch die erste Saison auf der Studiobühne beendet.**

Durch die Einsparungen der Opernstiftung wurde die Tischlerei an der Deutschen Oper Berlin ihres eigentlichen Zwecks beraubt. Dafür wurde sie zur Spielstätte umgebaut und bietet vor einer weiten Bühnenfläche fast 400 Zuschauern Platz. Ihr Eingang liegt an der Rückseite des großen Opernhauses, an der Zillestraße gegenüber dem »Haus der Jugend«. Aus dem Eingangsräum gelangt man über eine alte Treppe und ein schmales Foyer von hinten in den neuen Theatersaal und blickt erst einmal direkt in das Gerüst der Zuschauertribüne. Die Anordnung gleicht den Sälen der Hamburger Kampnagelfabrik, eine der vielen stillgelegten, zu Theaterräumen umgewandelten Werkhallen in den 1980er Jahren.

So passte es, für die Einweihung dieser experimentell orientierten Bühne im November letzten Jahres mit »Nico and the Navigators« eine Gruppe aus der freien Theaterszene zu beschäftigen. Das Musiktheater »Mahlermania«, das jetzt im Juni wieder auf dem

Spielplan steht, droht aber unter einem Patchwork aus Einfällen die Musik zu begraben. Allein Gustav Mahlers bildhafte und leidenschaftliche Musik szenisch zu verstärken stellt schon ein Wagnis dar. Als Struktur dienen hier lediglich 16 neu arrangierte Elemente aus den Mahler-Sinfonien und -Liederzyklen. Weder eine Handlung oder eine Figurenzuordnung noch ein bestimmtes Werk Mahlers dürfen für ein Gerüst sorgen. Besetzt mit zwei Schauspielern und drei Tänzern sowie zwei hervorragenden Sängern (Katarina Bradic und Simon Pauly) und einem Kammerorchester des Deutschen Opernensembles, möchte diese Inszenierung sich vage mit den Wechselwirkungen von Gustav Mahlers Leben und Werk beschäftigen, verbeißt sich aber in dessen Ehekrise und müsste eigentlich »Almanina« heißen.

Denn Alma Mahler, die vielzitierte und vielpersiflierte Muse großer Künstler vor 100 Jahren, keift hier schon in den ersten weichen Klängen aus dem dritten Satz der 4. Sinfonie mit spitzem Wiener Dialekt hinein. Worte und Töne erledigen sich gegenseitig. Während sich der Komponist als glutäugiger Jüngling konstant verzweifelt auf dem Boden verrenkt, trumpft Alma immer wieder auf. In ihrer jüngeren Version, als Tänzerin im roten Kleid, wirft sie sich einem anderen, für Eingeweihte als Walter Gropius erkennbar, an den Hals. Später beschimpft sie ihn als »piefigen Preußen«. Mahler dackelt derweil in einem Schafsmantel an der Hundeleine

herum. Zum »Adagietto« aus der 5. Sinfonie windet er sich in einen Yoga-Schulterstand. Wiederholt werden riesige Notenblätter geknüllt und geworfen, Fuchspelze spazierengetragen, Zigaretten

Erde« als Narziss-Version in einem schmalen Wasserbecken, aus dem sich Alma zuvor ihr Sektglas füllte, während Gropius in Badehose einen Kopfstand machte. So sonnt sich ein jeder in

Gazewänden mit Diaprojektionen umzäumt, es gibt auch eine begehbare Balustrade, einen Teich und große bewegliche Holzelemente, die sich mal zu einem Kompo-nierhäuschen, wie sie Mahler für



In der »Tischlerei« gezimmert: »Mahlermania« mit dem Ensemble von Nico and the Navigators

angezündet, Sigmund Freuds Erkenntnisse zitiert, aber keine Worte über Mahlers Erfolge zu Lebzeiten verloren. Der verzweifelte Künstler verwendet zum »Abschied« aus dem »Lied von der

Mahlers Ruhm, den der Künstler selbst offenbar nicht verkraftet. Gleichzeitig wird er fotografiert, das Bild erscheint in Schwarz-Weiß auf einer großen Leinwand. Darunter sitzt das Orchester, von

seiner Urlaubsorte anfertigen ließ, oder zu einem Bauhaus-Bungalow, wie sie Mahlers Rivale, der Architekt Walter Gropius, baute, umschwingen lassen. Mit ihren vielen Spielflächen besorgt die

Bild: Deutsche Oper Berlin/Thomas Aurn

ambitionierte Bühnenkonstruktion von Oliver Proske die eigene Dekonstruktion.

Hier entstehen überdeutliche Bilder, die den vielen filmischen, gewichtig psychologisch deutenden Mahler-Auseinandersetzungen der letzten Jahre, wie etwa »Mahler auf der Couch«, nichts Neues hinzufügen. Ist es nicht einmal Zeit für eine Parodie auf die zahlreichen Mahler-Interpretationen von Percy Adlon über Thomas Mann und Ken Russell bis Visconti?

Stattdessen bleibt »Mahlermania« jener Form von skizzenhaftem Bildertheater verhaftet, das vor 30 Jahren einmal »festgefahrene Sehgewohnheiten aufbrechen« sollte, heute aber in seinem Aktionismus ermüdet.

Generell stehen die Neben-spielstätten großer Bühnen vor der nicht leichten Aufgabe, Experiment und Publikumszuspruch zu generieren. Vor einem Jahr standen die Finanzierungen für das »Studio« des Maxim Gorki Theaters, für die »Skala« des Leipziger Centraltheaters sowie für das »E-Werk« des Leipziger Nationaltheaters auf der Kippe, alle drei bieten aber weiterhin Programm. Wie auch die Hamburger »Opera Stabile«, eine der ältesten Studiobühnen, der gerade von einer eigens gegründeten Bürgerinitiative vorgeworfen wird, zu wenige Innovationen und Veranstaltungen zu bieten. Die »Tischlerei« der Deutschen Oper baut da vor, sie arbeitet gerade mit 80 Jugendlichen an einer Neuinterpretation von Wagners »Ring des Nibelungen«.

D. Tackmann

## Wie ein Fotograf der Stars

Vor Anton Graff saßen alle Genies seiner Zeit still – Vor 200 Jahren starb der Schweizer Porträtist in Dresden

Auf der Sonderbriefmarke, die am 14. Februar 2012 anlässlich des 300. Geburtstags Friedrichs des Großen herausgegeben wurde, ist das berühmte Porträt des preußischen Königs von Anton Graff aus dem Jahr 1781 abgebildet. Der Maler und Kupferstecher wurde am 18. November 1736 im schweizerischen Winterthur geboren und lebte nach Stationen in Ansbach, Augsburg und Regensburg von 1766 bis zu seinem Tod 1813 als Hofmaler in Dresden. In Berlin hielt er sich häufig auf, da er mit Sophia Luise, geborene Sulzer, verheiratet war, der Tochter des Berliner Philosophen Johann Georg Sulzer.

Da es Friedrich II., mit einer Ausnahme, abgelehnt hat, einem Maler Porträt zu sitzen, war der Künstler darauf angewiesen, während der Truppenparaden in einiger Entfernung Skizzen von ihm anzufertigen. Anton Graffs Bildnis des Königs, das als sein Hauptwerk angesehen wird, ist im Schloss Charlottenburg ausgestellt. Wahrscheinlich wies es eine große Ähnlichkeit mit dem König auf. Es vermittelt ein wenig den Eindruck einer Momentaufnahme und blieb unerreicht in der Schärfe des Ausdrucks. Kein Porträt Friedrichs des Großen wurde häufiger kopiert und reproduziert. Graff selbst stellte davon mehrere Kopien her. 1986 schuf der amerikanische Künstler Andy Warhol im Rahmen einer Serie mit Porträts berühmter Persönlichkeiten einen Siebdruck von Graffs Friedrich-Bildnis.

Anton Graff war als Porträtist einer der bedeutendsten und

meistbeschäftigten Maler am Übergang des Rokoko zum Biedermeier, dem Zeitalter des Bürgertums. Kein anderer Maler hat so viele berühmte und weniger berühmte Zeitgenossen dargestellt wie er. Seine Werke sind in den Museen von Dresden, Leipzig, Berlin und Winterthur gut vertreten. Nach eigenen Angaben schuf er 297 Porträts zwischen 1756 und 1766 und von 1766 bis 1813 insgesamt 943 Bildnisse, darunter auch einige Gruppenbilder und Landschaften. Hinzu kommen hunderte Kopien, Miniaturen und 322 Silberstiftzeichnungen. Häufiger als Graff hat kein Maler des 18. Jahrhunderts sich selbst dargestellt. Die meisten seiner Selbstporträts schenkte er Freunden und Gönnern.

Trotz eines verlockenden Rufes, der ihn aus Berlin erreichte, blieb er der Stadt Dresden zeit lebens treu. In der sächsischen Metropole waren weit mehr Künstler und Kupferstecher beheimatet als in den meisten deutschen Residenzstädten, was er als geselliger Mensch zu schätzen wusste, und woraus er Motivation schöpfte.

Seine Kunst erfreute sich in allen gesellschaftlichen Schichten großer Beliebtheit. Am häufigsten erhielt er Aufträge von Adligen, Gelehrten und Künstlern. Zu den bekanntesten und aus heutiger Sicht wichtigsten Arbeiten von Graff, die zum Teil mehrfach in Kupfer gestochen und immer wieder abgebildet wurden, gehören diejenigen von Lessing, Gellert, Gluck, Mendelssohn, Kleist, Dorothea Schlegel, Wilhelm von Humboldt, Johann Heinrich

Tischbein und der Schauspielerin Corona Schroeter. Mit Ausnahme von Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen – der ab 1806 den Titel König Friedrich August I. von Sachsen trug – bestellten

kehrte er in den Häusern der wichtigen Berliner Familien. Der Kreis seiner Auftraggeber aus Dresden und Leipzig erweiterte sich durch seine Reisetätigkeit, hauptsächlich um Karlsbad und



Graffs bekanntestes Porträt: Friedrich II. mit Bruststern

Bild: Archiv

Herrscher und Mitglieder von Adelshäusern ein oder mehrere Bildnisse von Graff, unter anderem die verwitwete Königin Elisabeth Christine von Preußen, König Friedrich Wilhelm II. und Prinz Heinrich von Preußen.

Graffs Schwiegervater Sulzer hatte ihm den Weg zum Rheinberger und Berliner Hof geebnet, und durch seine Vermittlung ver-

die Schweiz, und durch Mund-propaganda um Schleswig-Holstein, Dänemark und das Baltikum. Nur auf Wunsch zeigte der Maler seine Modelle in Posen wie etwa den berühmten Schauspieler August Wilhelm Iffland. Ihm ging es darum, die Persönlichkeit seines Gegenübers auf die Leinwand zu projizieren. Er wollte die Menschen so darstellen, wie sie

sich in ihrer privaten Umgebung gaben. Die Voraussetzung dafür ist eine ungezwungene Haltung, sei es im Knie-, Ganz- oder Halbporträt oder im Brustbild. Wenn es das Format eines Bildes erlaubte, deutete er durch die Staffage auf den Beruf oder Stand des Dargestellten hin.

Dass so viele der von Anton Graff dargestellten Frauen und Männer gelöst und heiter dreinschauen, mag auf den Künstler selbst zurückzuführen sein, dessen lebenswürdiges Wesen bezeugt ist. Andererseits haben einige Personen, die ihm stundenlang Modell sitzen mussten, nach eigenem Bekunden seinen forschenden, mitfühlenden Blick kaum ertragen. Vielleicht hat sich Goethe einer derartigen »Durchleuchtung« nicht unterziehen mögen, denn merkwürdig ist es doch, dass er Graff nicht mit einem Porträtauftrag bedacht hat. Wieland, Herder und Schiller, die mit Goethe das Viergestirn der Weimarer Klassik bildeten, ließen sich von ihm abkonterfeien. Das Bildnis des jungen Schiller erreichte dabei einen bis heute extrem hohen Bekanntheitsgrad.

Seinen Lebensabend wollte Anton Graff nach dem Tod seiner Ehefrau in seinem Geburtsort Winterthur verbringen, da sich die politische Lage in Deutschland seit Napoleons Russlandfeldzug 1812 erneut zuspitzte. In Dresden wurden nach der Schlacht bei Bautzen am 20./21. Mai 1813 Tausende Verwundete, teils in Privatquartieren, untergebracht. Der fast erblindete Künstler zog aus diesem Grund zu seiner Tochter in die Rampische Gasse, wo er, vermutlich an Typhus, schwer erkrankte und am 22. Juni 1813 starb. D. Jestrzemska

## MELDUNG

### Tod einer Institution

**Gütersloh** – Etwas über 200 Jahre nach der ersten Ausgabe des Brockhaus-Lexikon läuten die Sterbeglocken für das Nachschlagewerk der Bertelsmann-Verlag bekannt, dass er seine im Tochter-Unternehmen Wissenmedia beheimatete Lexikonsparte aufgeben will. Wenigstens die Online-Ausgabe des Brockhaus soll noch sechs Jahre lang fortgeführt und aktualisiert werden.

Damit lebt die traditionsreiche Lexikon-Institution – die erste Ausgabe erschien 1810 – in einem Medium fort, das dem Nachschlagewerk erst den Todesstoß versetzt hat. Mit der Internet-Suchmaschine Google und dem Online-Lexikon wikipedia, dessen deutsche Version allein schon 1,5 Millionen Gratis-Artikel aufweist, kann kein teures gedrucktes Lexikon mithalten. Zum Vergleich: Die zuletzt erschienene 30-bändige Brockhaus-Ausgabe mit 24 500 Seiten kam in der 21. Auflage auf »nur« 300 000 Stichwörter. Während ein gedrucktes Lexikon im Prinzip schon veraltet ist, wenn es auf den Markt kommt, können Online-Lexika täglich aktualisiert werden.

Die Probleme setzten schon 2008 ein, als der Brockhaus-Verlag rote Zahlen schrieb und die Enzyklopädie von Bertelsmann übernommen wurde. Damals glaubte Christoph Hünemann von Wissenmedia noch: »Sowohl gedruckte Lexika als auch Online-Enzyklopädien haben ihren festen Platz in der Zukunft.« Ein Irrtum, wie auch eines der weltweit ältesten Lexika, die 1768 erstmals erschienene Encyclopaedia Britannica, erfahren musste, deren 32 Bände seit 2012 nur noch online in digitaler Form vertrieben werden.

tws



# Anfang und Ende eines Traums

Nachdenken über John F. Kennedys Besuch in Berlin, seinen Tod und den Vergleich mit Barack Obama

**US-Präsidenten zu Besuch in Berlin: Wie war die Stimmung damals bei John F. Kennedy und wie ist sie heute, 50 Jahre danach, bei Barack Obama?**

Wir waren wie elektrifiziert. Er kommt, tatsächlich, lebhaftig, endlich. Fast zwei Jahre lang hatten wir gehofft und gebangt, hatten sein lasches Desinteresse am Bau des kommunistischen Mauermonstrums kritisiert. Und dann endlich die erlösende Nachricht aus Washington: JFK, Hoffnungsträger der westlichen Welt und Botschafter der Freiheit, kommt Ende Juni 1963 nach Berlin.

Keine Spur mehr von Kritik, Skepsis oder gar Amerikafeindlichkeit. Der Ruf des jugendlich-dynamischen Weltenretters, der John F. Kennedy voranleitete, bemächtigte sich auch der Studentenschaft in Berlin. Wir waren damals im ersten Semester, hatten gerade unser Abitur gemacht. Seit wir politisch denken konnten, prägten ältere Herren à la Adenauer, Lübke, Eisenhower oder de Gaulle unser Politikerbild. Aus dieser Perspektive war der 46 Jahre junge Kennedy geradezu „einer von uns“. Dass auch er der Kriegsgeneration angehörte, als Marineoffizier im Pazifik gedient hatte und in seiner Heimat als Held gefeiert wurde, spielte damals noch keine Rolle; in deutschen Universitäten (und Gerichten!) galten Soldaten noch nicht generell als „Mörder“. (Dieses schreckliche Fehlurteil sollte übrigens auch angesichts der Fluthelfer in Bundeswehruniform noch einmal gründlich überdacht werden.)

Für uns junge Studenten jedenfalls war es ganz selbstverständlich, dass wir dabei sein wollten. Und wir standen mittendrin unter all diesen Zigtausenden, die Kennedy zujubelten. Wir spürten: Da ist nichts inszeniert, organisiert, angeordnet. Da ist alles echt. Da sind Menschen, die noch wissen, wem sie in den Hungervintern

nach dem Kriege und während der Berlin-Blockade das nackte Überleben zu verdanken hatten.

In ganz frischer Erinnerung hatten wir auch die Bewältigung der Kuba-Krise. Kennedy stand für „Freiheit statt Sozialismus“ – was

Freiheit, unser zart heranwachsenden Pflänzchen namens Demokratie, unseren als Wirtschaftswunder verkündeten Wohlstand schützen und bewahren, wenn nicht der jugendliche Kennedy, das junge Amerika?

„Yes we can“. Dieser 29. Juni 1963 sollte uns bestätigen und ermutigen. Ein stolzes „Ich war dabei“ begleitet noch heute die Erinnerungen an den Platz vor dem Schöneberger Rathaus, wo der aus Düsseldorf stammende Student sich, eins

que hatte sich gerade bei einem Freund versammelt, um das nahe Ende des Wochenendes mit einem Bierchen einzuleiten, da kam die Sondermeldung „Anschlag auf Kennedy“. Spontan zog es uns wieder zum Schöneberger Rathaus.

In unsere Trauer mischte sich Zorn. Das hässliche Amerika, diese Fratze sinnloser Gewalt, hatte in wenigen Minuten unseren schönen „american dream“ jäh zerstört. Mit dem jugendlich strahlenden JFK war auch unser Glauben an eine bessere Zukunft gestorben. Die USA waren nicht mehr das Vorbild, repräsentierten nicht mehr unsere Ziele. Auf einmal sahen wir ein Amerika voller archaischer Gewalt, in dem Freiheit zu Verantwortungslosigkeit entartete, Leistung zu Rücksichtslosigkeit und Vaterlandsiebe zu Nationalismus und Rassismus.

Nun schlug die Stunde der „Reichsbedenkenträger“. Überzogene Begeisterung schlug um in maßlosen Antiamerikanismus. Die Weltkriegssieger und Besatzer, die für viele Deutsche inzwischen zu Freunden geworden waren, wurden wieder zu Feinden.

Seither bewegt sich das deutsch-amerikanische Verhältnis auf diesem schmalen Grad. Daran ändert auch der Besuch des heutigen US-Präsidenten in Berlin nichts. Kennedy und Obama – ein Vergleich ist nur sehr begrenzt möglich. Sicher wurde Obama vor fünf Jahren, als Kandidat, mit ähnlich erwartungsvoller Verehrung empfangen wie einst JFK. Aber eben auch mit Protesten und Demonstrationen, im Gegensatz zu JFK.

Enttäuschungen gab es damals wie heute. Der Unterschied: Dass Obama die hochgesteckten Erwartungen gar nicht erfüllen konnte, war absehbar. Seine erste Amtszeit bestätigte, was sachlich urteilende Skeptiker längst angekündigt hatten: trotz aller Sympathie zum Scheitern verurteilt.

Kennedy hingegen verkörperte bis zuletzt ein Bild, das erst durch die brutale Endgültigkeit des Todes zerstört wurde. Am 26. Juni 1963 wollte JFK ein „Berliner“ sein. Am 22. November 1963 aber wollten wir keine „Amerikaner“ mehr sein. *Hans-Jürgen Mahltz*



Beim Händeschütteln am Checkpoint Charlie in Berlin: Der 35. Präsident der Vereinigten Staaten John F. Kennedy

Bild: Ullstein

wir bei Adenauers „alter“ CDU bespöttelten, ließ uns bei Kennedys „jungem“ Amerika jubeln.

Wir sahen nur die „Schokoladenseite“ Amerikas (in den eigenen Kindheitserinnerungen durchaus auch wörtlich), weil es so schön zu unseren Hoffnungen passte. Wer sonst sollte unsere

Und noch etwas bewegte uns: ein fast ungebrochener Fortschrittsglaube. Die USA waren für uns das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, ließen uns davon träumen, dass Technik in Diensten der Menschheit alles möglich mache. Das war unsere vorweggenommene Version von Obamas

mit „seinem“ Traum-Präsidenten, als „Berliner“ fühlen durfte. Erst recht im abgesperrten US-Areal in Dahlem, wo dieser Student dank seines Nebenjobs in der GI-Snackbar sich JFK bis auf zwei Meter nähern konnte – welch ein Erlebnis!

Fünf Monate später dann die brutale Ernüchterung. Unsere Cli-

Ganz ohne Facebook und Twitter trafen wir uns zu Tausenden zum Trauerzug. Auf dem Balkon, wo JFK uns begeistert hatte, suchte Willy Brandt – vergebens – nach würdevollen Worten; er war bei der „Einleitung“ des Wochenendes wohl schon einige Gläserchen weiter gewesen als wir.

## Er glaubte, Stalins Nachfolge antreten zu können

Vor 60 Jahren wurde Lewrentij Berija, einst Organisator der Schreckensherrschaft, als »Volksfeind« und »Umsturzplaner« verhaftet

Lewrentij Berija wird zu den Schlüsselpersonen des Terrors der Stalinschen Säuberungen gezählt. Nichtsdestotrotz finden sich in seinem erst vergangenen Jahr von dem Historiker Sergej Breskun herausgegebenen Tagebuch viele Klagen, dass „Koba“ (Stalin) ihn zumeist nur in der zweiten Reihe ranghoher Ämtern postiert habe. Folglich war ihm bei der Trauerrede, die er beim Begräbnis seines georgischen Landsmannes Stalin hielt, eher Frohlocken als Trauer anzumerken. Nun schien ihm seine Stunde gekommen zu sein. Bereits an Stalins Todestag hatten ihn seine potenziellen Konkurrenten Nikita Chruschtschow, Georgi Malenkow, Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow und Nikolai Bulganin zum Vizepremier und Chef der aus Innenministerium und Staatssicherheit vereinigten „Machtbehörde“ ernannt.

Entgegen dem Wunsch der Stalin-Clique nach einem „Stalinismus ohne Stalin“ inszenierte Berija jedoch umgehend den Bruch mit dem Stalinismus. Zwei Wochen nach Stalins Tod am 5. März 1953 entließ er die Innenminister aller Sowjetrepubliken. Diesem Anfang folgten weitere Maßnahmen, darunter die Amnestie vom 28. März, durch die 1,2

Millionen Lagerhäftlinge freikamen, 400 000 Strafverfahren gestoppt und der Gulag, Stalins Lager-System, dem Justizministerium unterstellt wurden. Er rollte Stalins „fabrizierte und gefälschte“ Schauprozesse wieder auf, allen voran jene in Sachen der angeblichen Ärzte-Verschöpfung von



Lewrentij Berija

Bild: Archiv

1948, deren Triebfeder Stalins primitiver Antisemitismus gewesen war, und rehabilitierte ihre Opfer.

Das hätten die Alt-Stalinisten vielleicht noch hingenommen, aber Berija ging weiter: Er verbot Folter bei Verhören; Innenministerium und Sicherheitsorgane sollten nicht mehr Haftstrafen bis zu

25 Jahren ohne Prozess verhängen; Reise- und Passbestimmungen wurden gemildert; und die kommunistische Partei hatte sich auf Ideologie und Propaganda zu beschränken und sich aus der alltäglichen Politik herauszuhalten. Berija wollte die Zwangskollektivierung im Ostblock beenden; er knüpfte Geheimkontakte zu Stalins Todfeind, dem jugoslawischen Marschall Josip Broz Tito; und er war entschlossen, die ökonomisch ruinierte DDR aufzugeben, aus der alljährlich Hunderttausende flüchteten – mit verheerenden Folgen für das internationale Renommee der UdSSR. Den mittel-deutschen Volksaufstand vom 17. Juni 1953 empfand er als Beweis, dass Moskaus Besatzungsherrschaft nur eine riesige „Dummheit“ sei. Mit anderen Worten: Berija unternahm Dinge, die erst Michail Sergejewitsch Gorbatschow vollendete. Nicht zufällig wurde Berija lange vor Gorbatschows Perestrojka heimlich „perestrojtschisch“ genannt.

Berijas Salven auf die stalinistische Machtbasis provozierten massive Reaktionen von deren Seite. Am 26. Juni 1953 wurde Berija verhaftet – als „Volksfeind“, „Umsturzplaner“ und „englischer Spion“. Das waren unsinnige Anklagen, denen nie und nirdemwo Glauben geschenkt wurde. Aber bis heute hängt Berija an, was die Stalinisten unter der Hand ver-

breiteten und das Oberste Gericht Russlands ihm noch Ende Mai 2002 jede Rehabilitierung versagen ließ: Er sei die „Schlüsselperson des Terrors“ und ein „sadistischer, syphilitischer Frauenjäger“ gewesen, habe nach 1939 die Deportationen aus der Ukraine und dem Baltikum organisiert, 1940 den Mord an Leo Trotzki organisiert und das Massaker von Katyn inszeniert, bei dem rund 25 000 polnische Offiziere und Zivilisten ermordet wurden.

Natürlich war es unmöglich, als Amtsträger unter Stalin saubere Hände zu haben, aber

Berija war Russlands „bester Manager des 20. Jahrhunderts“, wie Sergej Breskun 2008 seine Berija-Biographie überschrieb. Georgien erlebte in den 1930er Jahren unter Berija als Parteichef eine Blütezeit: Aufschwung von Industrie, Erdölförderung und Kultur, Agro-Kollektivierung ohne Zwang – alles völlig konträrz zu dem „golodomor“ (Hungertod), in den Stalin zur selben Zeit die Ukraine trieb. Als Berija Ende 1938 Chef der sowjetischen Staatssicherheit wurde, ging die Zahl der Todesurteile rapide zurück.

Nach Ausbruch des Krieges, vor dem Sicherheitschef Berija früh gewarnt hatte, korrigierte er Fehler, die Stalin durch Terror und Säuberungen begangen hatte. Er

stoppte die Massenverhaftungen seines Amtsvorgängers Nikolai Jeshow und befreite rund 200 000 Gefangene aus den Todeslagern. Er organisierte als stellvertretender Leiter des Staatlichen Verteidigungskomitees (GKO) die Verteidigung Moskaus, brachte die Panzer- und Flugzeugproduktion auf Touren und plante ab 1943 eigene Kernwaffen, was am 20. August 1949 im ersten Atombombentest in Semipalatinsk gipfelte. Selbst

### Seine Taktik nach Stalins Tod: Mehr politisches Gewicht durch wachsende Popularität beim Volk

an Raumfahrt dachte er schon, und unter ihm machte Sergej Koroljow, später „Vater“ der sowjetischen Raketentechnik, erste Schritte.

Berija hatte im Frühjahr 1953 alle Macht, die Stalinisten um Chruschtschow von der Bühne zu jagen, aber sein fataler Fehler war, dass er deren verbrecherische Energie unterschätzte. Im Juni 1953 zeigte er dem Dichter Konstantin Simonow, einem Lobhudelei Stalins, Erschießungslisten aus den 1930er Jahren, alle von Stalin, Malenkow, Chruschtschow signiert. Das war Berijas Entlassungszeugnis, und jetzt wollte er den eigentlichen Verbrechern Halali blasen, wie aus seinen Tagebüchern hervorgeht. Der diplo-

mierte Architekt Berija, mutmaßlicher Bauherr zweier Hochhäuser am Moskauer „Gagarin-Platz“, verachtete Stalin und das primitive „swolotsch“ (Pack) in seinem Umkreis, am meisten den bäuerischen Nikita Chruschtschow, den er nur „Mykita“ (Kümmerring) nannte. Was wäre vom intellektuellen Zyniker Berija noch zu erwarten – fragten angstvoll die Stalinisten.

Die Antwort waren Berijas Verhaftung, Verurteilung und Hinrichtung am 23. Dezember 1953 oder Monate früher samt „Berija-Bande“ hoher Staatsfunktionäre. Alle Prozessakten blieben unter strengstem Verschluss. Ob Berija auf dem Moskauer Donskoje-Friedhof liegt neben Nationaldichter Alexander Sergejewitsch Puschkin und dem Literatur-Nobelpreisträger des Jahres 1970 Alexander Issajewitsch Soltschenzyn, oder aber seine Asche in die Moskwa gestreut wurde, weiß niemand. Auch aus der „Großen Sowjet-Enzyklopädie“ (BSE) ist seine Spur getilgt. 1952 war deren 5. Band erschienen, darin ein langer Artikel über Berija. 1954 wurden weltweit Bezieher der BSE aufgefordert, diesen durch einen erweiterten Artikel „Beloe More“ (Weiße Meer) zu ersetzen.

Wolf Oschlies



# Begründer zeitgemäßen Soldatentums

Auch 200 Jahre nach seinem Tod hat Gerhard von Scharnhorst seinen Stellenwert nicht verloren

**Gerhard von Scharnhorst gehört zweifellos zu den bedeutendsten Militärtheoretikern. Ungachtet aller politischen Brüche haben sich deutsche Streitkräfte in allen wehrgeschichtlichen Epochen und unter zum Teil gegenläufigen politischen Vorzeichen unter Berufung auf seine Thesen zu legitimieren versucht. Der Protagonist des Befreiungskampfes gegen die napoleonische Herrschaft hat seinen Stellenwert für die deutsche Wehrprogrammatisik bis heute nicht verloren.**

Scharnhorst, im Urteil seines Biografen Klaus Hornung „die vielleicht nobelste Verkörperung deutschen Soldatentums“, wurde 1755 in Bordenau geboren. Nach dem Besuch der Kriegsschule trat er 1778 zunächst in das hannoversche Heer ein und wechselte 1801 in preußische Dienste. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits mehrere kriegsgeschichtliche Abhandlungen und Lehrschriften verfasst. Zum Direktor des Kriegsdepartements und Vorsitzenden der Militärorganisationskommission berufen, wurde unter seiner Leitung die Heeresreform erarbeitet, die das Adelsprivileg beseitigte, die ausländische Werbung abschaffte, das Krümpersystem konstituierte und schließlich die allgemeine Wehrpflicht herbeiführte. 1808 wurde er Leiter des neu geschaffenen Kriegsministeriums. Am 26. Juni 1813 erlag er als Generalstabschef Blüchers in Prag einer auf dem Schlachtfeld erlittenen schweren Verwundung.

Obwohl Scharnhorst sich stets als Soldat fühlte und es bedauerte, sich nicht durch ein herausragendes Kommando bewähren zu können, ist er bis heute mehr als militärpolitischer Akteur denn als Heerführer in Erinnerung geblieben, der nicht „durch die bloße Macht“, sondern „durch die Tat seiner großen Gedanken“ gewirkt hatte. Durch seinen frühen Tod ist Scharnhorst stets „der Mann von 1813“ geblieben, da er sich nicht mehr auf einen der nach den Befreiungskriegen möglichen politischen Wege hat festlegen oder seine Reformen gegen Kritiker hat verteidigen müssen. Die frühe Beschäftigung mit Scharnhorst war noch überwiegend von der Anerkennung seiner Verdienste als Teil nationaler Selbstbehauptung im europäischen Freiheitskampf gekennzeichnet, indem seine Fähigkeit, aus der Niederlage heraus zu neuen Ufern zu gelangen, dem tradierten Denken stargelerhrter Kriegsspielstrategen entgegen gesetzt wurde. Im ausgehenden 19. Jahrhundert wurde Scharnhorsts reformatorische Leistung auf sein Bemühen reduziert, alle wehrfähigen Männer zur Verteidigung des Landes einzuberufen und sie, entkleidet von allem als überflüssig empfundenen militärischen Gepränge, für diesen Verteidigungsauftrag auszubilden. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges wurde die Berufung auf das Erbe Scharnhorsts im ganzen Reich durch Straßennamen, Benennungen militärischer Einrichtungen, von Kriegsschiffen, Industrieanlagen und ganzen Stadtvierteln deutlich gemacht.

Nach dem militärischen Untergang des Kaiserreichs und dem Ende der Monarchie, das auch zum Verlust der Leitbildfunktion des Kaisers geführt hatte, verkörperte Scharnhorst für viele das preußische Wesen und diente als Hoffnungsträger für eine bessere Zukunft. Diese Ausprägung der Scharnhorst-Rezeption änderte sich nach 1933 grundlegend. Der Militärtheoretiker wurde jetzt als „Klassiker der Kriegskunst“ verehrt

und seine reformatorische Leistung in den Hintergrund gedrängt, während sein militärisches Lebenswerk besonders betont wurde. Während des Krieges dienten markige Interpretationen Scharnhorsts zur Schaffung einer Kontinuitätslinie, um damit das eigene kriegerische Handeln zu legitimieren. Wieder

dernes deutsches Soldatentum legitimieren können. Neben den Akteuren des 20. Juli, die ihr als Vorbilder für ein ethisch gebundenes Soldatentum dienen, ist Scharnhorst als Leitbild für den politisch denkenden und verantwortungsbe wussten Soldaten Gegenstand einer fast schon verklärend zu nennenden

sellschaft in den letzten Jahrzehnten eine kontinuierliche Abwendung vom Wehrgedanken stattgefunden. Die Bundeswehr von heute, des klassischen Auftrags der Landesverteidigung beraubt und in den entferntesten Ecken der Welt mit nicht immer für jeden nachvollziehbaren Aufgaben eingesetzt,

kennung des von früheren Generationen Vollbrachten nicht mehr zulässt.

In diesem Zusammenhang ist ein Blick auf die in der DDR geübte Praxis durchaus erhellend. Gerade die DDR wies, und dies ist ein Paradoxon in der deutschen Militärgeschichte, den Weg, wie an preußisch-deutsche Militärtradition angeknüpft werden konnte, ohne eine – von den Amerikanern in Westdeutschland durchaus gewünschte – „Wehrmacht ohne Hakenkreuz“ zu etablieren. Auch die NVA bekannte sich zum scharnhorstischen Erbe. Hier genoss der aus bäuerlichen Verhältnissen stammende Gegner der Adels herrschaft, der den Willen der sich her anbildenden Nation zur Selbstbefreiung von der französischen Fremdherrschaft artikuliert hatte, große Popularität. In der Phase des Aufbaus der Nationalen Volksarmee wurde die identitäts- und legitimationsstiftende Wirkung der Scharnhorst-Rezeption besonders ausgenutzt und die Tradition des Freiheitskampfes des deutschen Volkes beschworen. Um die Akzeptanz der neuen Streitkräfte zu steigern, entschied die DDR-Regierung, auf nationale, allgemein akzeptierte Formen, Zeremonien und Symbole zurückzugreifen. So knüpfte die NVA unbefangen an Traditionen der Wehrmacht und der Kaiserzeit an. Dadurch sollte den Soldaten eine geschichtliche Identität vermittelt und ihnen das Gefühl gegeben werden, die besten Traditionen des deutschen Volkes zu pflegen und zu schützen.

Scharnhorst hat aber auch Kritiker, die seine Traditionswürdigkeit anzweifeln. Als Militarist apostrophiert, der in Wirklichkeit nichts weiter im Schilde geführt habe, als dem kriegerischen Preußen zum Wiederaufstieg zu verhelfen, gipfelte die gegen Scharnhorst gerichtete Kritik in dem von dem unlängst verstorbenen Walter Jens erhobenen Vorwurf, nichts als ein „verdammter Strategie“ gewesen zu sein. Zwar wird ihm zugebilligt, tatsächlich die aktive Beteiligung der Bürger am Staatsleben und die Integration der Armee in die bürgerliche Gesellschaft beabsichtigt zu haben, in der Praxis aber hätten bestimmte Grundelemente seiner Heeresreform dies verhindert und die Militarisierung der Gesellschaft forciert. Diese Kritiker ignorieren jedoch, dass Preußen militärisch am Boden lag und als Nation zu tiefst gedemütigt worden war. Es galt, sich gegen den Eroberer Europa

pas zu erheben und die Gelegenheit zur Erneuerung von Staat und Armee zu nutzen. Scharnhorsts Reformen waren aber nicht gegen die Monarchie und die den Staat tragenden Schichten durchsetzbar.

Scharnhorsts populäre Symbolkraft wurde seit den Befreiungskriegen in allen Epochen der deutschen Geschichte anerkannt. Die offizielle Scharnhorst-Rezeption und die Realität klaffen dennoch immer weiter auseinander. Der preußische Reformator – demnach ein Auslaufmodell? Nein! Was immer bleiben wird, ist sein beispielgebender Mut zur Erhebung aus der Niederlage, zur kritischen Reflexion des eigenen Handelns und zur Erneuerung. Seine Lehren haben zu Recht Eingang in die Wehrprogrammatisik aller Epochen nach ihm gefunden. In gewissem Sinne ist der große Soldat, Reformator und Patriot damit auch Teil der Biografie aller geworden, die in den vergangenen zwei Jahrhunderten in deutschen Streitkräften Wehrdienst geleistet haben.

Jan Heitmann



Gerhard von Scharnhorst: Gemälde von Friedrich Bury (1763–1823) aus der Zeit um 1810 Bild: Archiv

wurde der totale Krieg beschworen, der schon einmal „zur Vernichtung des dämonischen Gegenkaisers“ geführt habe. Als die militärische Niederlage abzusehen war, erfolgte eine Wiederentdeckung Scharnhorsts als Theoretiker des Volkskrieges. Somit kann der Deutsche Volkssturm, dessen Bildung mit dem Rückgriff auf Zitate aus den Befreiungskriegen proklamiert wurde, durchaus als späte Folge der preußischen Reformen angesehen werden.

Die Epochenwende des Jahres 1945 bedeutete in jeder Hinsicht eine tiefe Zäsur für die militärische Traditions- und Werteordnung. Das Vermächtnis Scharnhorsts indes blieb davon unberührt, denn seine Thesen erschienen weiterhin tradierend. In den Streitkräften eines demokratischen Staates, der sich aus den Trümmern von Diktatur und Weltkrieg erhoben hatte, sollten seine Ideen fortleben und

den Verehrung. Als militärischer Bildungsreformer, der den Impetus für eine bestimmte geistige Haltung und nicht für politische Handlungsweisen gegeben hat, und als Kronzeuge dafür, dass Reformen und militärische Effizienzsteigerung sich nicht widersprechen, sondern bedingen, gilt er offiziell als integraler Bestandteil der Geisteshaltung des Offizierskorps der Bundeswehr. Zugleich hat er die Wehrpflicht als die der Demokratie angemessene Wehrform und den „Bürger in Uniform“ als den zeitgemäßen Soldatentypus begründet.

Setzt man sich allerdings kritisch mit der Bundeswehr unserer Tage auseinander, kommen Zweifel auf, ob die Gedanken Scharnhorsts tatsächlich noch Wirkung in den Streitkräften entfalten. Die von ihm verfochtene Verbundenheit des Militärs mit allen Schichten des Volkes gehört längst der Vergangenheit an. Die Bundeswehr, in deren Reihen innerhalb von mehr als fünf Jahrzehnten Millionen Männer und Frauen die Freiheit ihres Vaterlandes und jedes einzelnen seiner Bürger gewährleistet haben, hat einen hohen Stellenwert, der ihr in der öffentlichen Wahrnehmung indes kaum zugebilligt wurde und wird. Vielmehr hat in Staat und Ge-

droht, sich zu einer rein technischen Sicherheitseinrichtung zu entwickeln, deren Handeln von einem einseitigen politisch-technokratischen Effizienzdenken bestimmt wird.

Scharnhorst hatte sich auch dafür eingesetzt, die Leistungen der Väter zu achten, gleichzeitig aber

Mit ihrer offiziellen Traditionslinie passt sich die Bundeswehr in Abkehr von Scharnhorst dem Zeitgeist an

die Lehren aus offensichtlichen Fehlentwicklungen zu ziehen und den Mut zu umfassenden Reformen aufzubringen. Er ließ sich von der Überzeugung leiten, dass allein die Geschichte „das Material bereithält, an dem sich der lebendige Geist bildet“. Diesen Gedanken war auch noch der Traditionserlass der Bundeswehr von 1965 gefolgt, der die „Dankbarkeit und Ehrfurcht vor den Leistungen und Leiden der Vergangenheit“ als Grundlage der Traditionspflege bezeichnete. Insofern ist es bemerkenswert, dass die offizielle Traditionslinie der Bundeswehr heute erst mit ihrer eigenen Gründung beginnt und nur die letzten 50 Friedensjahre umfasst, und das, was davor lag, mit Ausnahme Scharnhorsts und der Protagonisten des Widerstandes gegen das NS-Regime abwertet und kategorisch ausklammert. Damit passt sich die Bundeswehr in Abkehr von Scharnhorsts Postulat dem Zeitgeist an, der eine Aner-

## Schmiergeld für Neutralität

Das britische Nationalarchiv hat 400 bislang geheime Dokumente aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges freigegeben, aus denen hervorgeht, wie die britische Regierung mithilfe von Bestechung des Umfeldes von Spaniens Diktator Francisco Franco versucht hat, Spanien von einem Kriegseintritt auf Seiten der Achsenmächte abzuhalten. Rund 14 Millionen US-Dollar mit einer heutigen Kaufkraft von ungefähr 200 Millionen US-Dollar oder 150 Millionen Euro ließen sich die Briten diesen Versuch kosten, Spanien neutral zu halten.

Initiator und Organisator dieser Bestechung im großen Stil war der britische Botschafter in Madrid, Sir Samuel Hoare. Am 4. Juni 1940 forderte er von seiner Regierung in einem als eilig, geheim und persönlich klassifizierten verschlüsselten Telegramm die unverzügliche Freigabe von Bestechungsgeldern mit dem Hinweis, bei Bedenken notfalls den Premierminister zu konsultieren, was dann auch geschah. Denn auf einer Kopie von Hoares Telegramm hat Winston Churchill mit roter Tinte „ja“ geschrieben. Neben dem Premier stimmte auch der Schatzkanzler Sir Kingsley Woody zu. Aber die bewilligten 500 000 Pfund reichten Hoare nicht. Mit der Bemerkung, dass die Situation kritisch sei, und der Warnung, dass man handeln müsse, bevor es zu spät sei und Spanien in den Krieg eintrete, forderte er am 9. Juni telegrafisch mehr. Die Verhandlungen würden zufriedenstellend laufen, aber die bisherige Summe reiche nicht. Im britischen Außenministerium war die Sorge groß, dass der Bestechungsversuch publik werden könnte, doch Hoare versuchte, die

Nationalarchiv gibt 400 britische Dokumente frei

Bedenken zu zerstreuen und verwies darauf, dass er mit spanischen Persönlichkeiten in Kontakt stehe, die derart hoch angesiedelt seien, dass er ihre Namen selbst in verschlüsselten Nachrichten nicht nennen wolle. Hoares Geheimniskrämerei und Schilderung der Situation in den dramatischsten Tönen hatte schließlich Erfolg.

Der Transfer der Bestechungsgelder erfolgte über eine Schweizer Bank in New York. Dabei drohte die Aktion noch an der US-amerikanischen Finanzaufsicht zu scheitern. Aber eine Intervention des britischen Außenministeriums bei der US-amerikanischen Regierung löste das Problem. Von den zirka 14 Millionen US-Dollar gingen jeweils zwei Millionen an Francisco Francos Bruder Nicolás, den Heeresminister José Enrique Varela und den General Antonio Aranda. Eine Million erhielt der Generalsekretär der Falange Española und eine halbe Million General Alfredo Kindelán. Des Weiteren bestachen die Briten Gonzalo Queipo de Llano, Luis Orgaz Yoldi, Gonzalo Queipo de Llano, José Solchaga sowie weitere Generale und einen vormaligen Generalsekretär der Falange.

Schon vor der Freigabe der 400 Dokumente durch die Briten hatte Robert Solborg, Mitarbeiter des Office of Strategic Services und US-Militärattaché in Lissabon von 1942 bis 1945, berichtet, dass London 1941 30 Generale des Franco-Regimes geschiemert habe, um den Kriegseintritt ihres Landes zu verhindern. Spanien blieb in der Tat, wie von den Briten gewünscht, neutral. Die Beantwortung der Frage, inwieweit dieses auf die Bestechungen der britischen Regierung zurückzuführen ist, wäre weiterer Untersuchungen wert. M.R.

Seine Lehren haben zu Recht Eingang in die deutsche Wehrprogrammatisik aller Epochen nach ihm gefunden

den Soldaten Richtschnur für ihr eigenes Handeln sein. Nachdem die Wehrmacht wie auch die Reichswehr und die Streitkräfte des Kaiserreichs in den Traditionserlassen für die westdeutschen Streitkräfte als nicht mehr traditionswürdig hingestellt werden, gibt es für die Bundeswehr nur zwei Traditionslinien, die als geistige Wurzeln mo-

genheit an. Die Bundeswehr, in deren Reihen innerhalb von mehr als fünf Jahrzehnten Millionen Männer und Frauen die Freiheit ihres Vaterlandes und jedes einzelnen seiner Bürger gewährleistet haben, hat einen hohen Stellenwert, der ihr in der öffentlichen Wahrnehmung indes kaum zugebilligt wurde und wird. Vielmehr hat in Staat und Ge-

## Wo ist die Normalisierung?

**Zu: „Zur Eigentumsfrage“ (Nr. 22)**

PAZ-Autor Wilhelm v. Gottberg kann zugestimmt werden, wenn er im Untertitel sagt, „Der Anspruch auf Konfisziertes besteht fort“. Ihm muss aber dezidiert widersprochen werden, wenn er sich der Meinung des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) anschließt, alle Entschädigungsansprüche für das konfiszierte Eigentum in den Heimatgebieten richteten sich gegen die Bundesregierung.

Zu solch einer Absage an Entschädigungsansprüche gegenüber den Vertreiberstaaten ist die LO nicht autorisiert, jedenfalls hat auch in den Organen der Landsmannschaften meines Wissens nirgendwo eine Abstimmung seitens der Mitglieder stattgefunden. Versäumnisse seitens der Bundesregierung können die Vertreiberstaaten deshalb nicht ihrer Verpflichtung zur Wiedergutmachung entheben. Massive Versäumnisse sehe ich auch auf Seiten der Vertriebenenfunktionäre, die zum Teil ohne Not und ohne Umfrage „für ihre Klientel“ auf Wiedergutmachung verzichtet haben, statt lautstark gegen Verzichtspolitik zu protestieren.

Herr v. Gottberg rechtfertigt die Einstellung der Verbände folgendermaßen: „... dass die Heimatvertriebenen ... nach langer intensiver Aufbauarbeit in den Ostprovinzen des früheren deutschen Reiches das stabile Vertrauensverhältnis zwischen der heutigen polnischen und litauischen Mehrheitsbevölkerung (die russische und tschechische erwähnt er nicht) und der deutschen Minderheit nicht gefährden. Das Verhält-

nis zu den Nachbarn im Osten hat sich normalisiert.“

Wo sieht Herr v. Gottberg ein stabiles Vertrauensverhältnis? Wo eine Normalisierung? Besteht sie darin, dass Frau Steinbach als NS-Größe mit Hakenkreuz dargestellt wird? Dass die Benesch-Dekrete weiterhin Gültigkeit behalten? Dass die blutige Vertreibung aus einer 700-jährigen Heimat als rechtmäßig betrachtet wird? Dass unschätzbare Kunstwerke und Schriftzeugnisse deutscher Kultur einbehalten werden?

Es zeugt von einem großen Altruismus, dass viele Heimatvertriebene die neuen Bewohner ihrer alten Heimat selbstlos unterstützen. Aber das kann man wohl kaum den Regierungen der Vertreiberstaaten als ein Plus anrechnen beziehungsweise als einen Beitrag zur gegenseitigen Verständigung. Wo sich solche Hilfsaktionen formiert und Freundschaften gebildet haben, ist dies sicher positiv zu bewerten, das muss aber keinen Verzicht auf Entschädigung einhalten.

Der Lastenausgleich war nur ein Tropfen auf den heißen Stein, aber er hat die westdeutsche Bevölkerung dennoch belastet. Viele mussten, wenn auch murrend, zusammenrücken, um Platz für die Flüchtlinge zu schaffen. Es kann nicht angehen, dass die Länder – auch solche, die keineswegs Sieger waren – sich des geraubten Eigentums erfreuen, während das geschädigte und um fast ein Drittel verkleinerte Land seinen Steuerzahlern, unter denen dann auch viele Nachkommen der Vertriebenen sind, erneute Lasten aufbürdet.

Brigitte Bean-Keiffenheim,  
Frankfurt

**Zu: „Versteckte Euro-Rettung“ (Nr. 23)**

Auf die bereits im Gang befindliche Enteignung der Sparer durch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) kann man gar nicht genug aufmerksam machen. Wie bereits auf Seite 1 der PAZ zu lesen („Rentner zahlen für Euro-Rettung“), sind die Rentner stärker betroffen, nicht nur die Minderheit, die hauptsächlich von privaten Sparverträgen im Alter lebt.



Bild: pa

**Zwangsumzug in den Westen: Wie hier in Tilsit mussten Millionen andere nach dem Krieg ihre Sachen packen und die Heimat verlassen. Doch eine Entschädigung blieb ihnen bis heute verwehrt**

Denn auch mit der gesetzlichen Rentenversicherung der Mehrheit wird ein Altersgeld, angespart, zu dessen ungekürzter Rückzahlung das Bundesverfassungsgericht den Staat als Rentenversicherungsträger mit Urteil vom Jahre 1980 verpflichtet hat. Nur haben die Richter keine Verzinsung festgelegt. Und die regierenden Bundespolitiker reden seitdem immer noch von Umlageversicherung. Mit dem niedrigen Zinssatz der EZB geht, zumindest auf lange Sicht, sogar der moralische

Anspruch auf eine anständige gesetzliche Rente verloren.

Dabei sind es nicht nur die „etablierten Parteien“, die dem Rentenbeitragszahler eine vernünftige Verzinsung verweigern. Auch bei der „Alternative für Deutschland“ heißt es zur Rentenhöhe: „Wir fordern, dass die Höhe der Rente langfristig garantiert wird.“ Welche Höhe denn? Egal wie man das im Wahlprogramm auch ausdrückt – es fehlt eine exakte Forderung.

Dr. Georg F. Dierschke,  
Oberursel

## Alles für die Katz

**Zu: „Ein international orientierter Herrscher“ (Nr. 23)**

Was hat es Kaiser Wilhelm II. genutzt, dass er sich als Kosmopolit fühlen durfte, was hat es Deutschland genutzt? Nichts. Lediglich Deutschlands Militär garantierte die Friedensperiode von 25 Jahren. Die benötigten die anderen Nationen, um gegen Deutschland aufzurufen.

Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn der Nachbar von Neid zerfressen ist. Der Herr Pastor hatte eine gute Meinung von der Zukunft. Er würde erschrecken, wüsste er, was die Kinder heute über den deutschen Kaiser lernen.

Bernd Palme,  
Osterburg

## Klare Worte

**Zu: „Recht hat er, der Kardinal“ (Nr. 22)**

Danke nicht nur Kardinal Meisner, sondern auch Ihnen, lieber Herr Röhl, dass Sie die Leser der PAZ wieder einmal auf einfache, wenn auch viele unbequeme Wahrheiten aufmerksam gemacht haben. Als Protestant wünschte man sich auch von unseren Bischöfen so klare Worte zur demografischen Entwicklung.

Ich halte nichts von der in den meisten Medien vertretenen These, den Frauen maximal zwei Kinder zuzumuten, sie durch Kitas möglichst frühzeitig und lange dem Arbeitsprozess zuzuführen und das Demografieproblem durch Abwerbung und Zuwanderung aus dem Ausland zu lösen.

Dr. Hans Georg von Heydebreck,  
Stadthagen

## Der Zwang war da

**Zu: „Auch für Horst Tappert gilt die Unschuldsumutung“ (Nr. 19)**

Im Jahr 1943 war ich Luftwaffenhelfer und anschließend im Arbeitsdienst. Dort sind wir eines Tages von den Wehrern der Waffen-SS angesprochen worden, ob wir als 17-Jährige in die Waffen-SS eintreten wollen. Ein gewisser Zwang wurde auf uns schon ausgeübt. Diejenigen, die sich freiwillig zu einer Waffengattung gemeldet hatten, wurden nicht angenommen.

Ich hatte mich als Freiwilliger zur Kriegsmarine gemeldet und bereits eine Zusage erhalten, wodurch ich freigestellt war. Alle übrigen Kameraden wurden zur Waffen-SS verpflichtet. Niemand konnte sich dieser Verpflichtung entziehen.

Horst Kramp,  
Bielefeld

## Entschädigungsanspruch nur in der Theorie

**Zu: „Zur Eigentumsfrage“ (Nr. 22)**

Der Bund der Vertriebenen, die ostdeutschen Landsmannschaften, die Kreisleistungsverbände, Politik und Gesellschaft seit jeher sowieso, leider auch die *Preußische Allgemeine Zeitung* und, was besonders tragisch ist, ein großer Teil der Vertriebenen selbst haben sich von der Eigentumsfrage verabschiedet. Ihnen allen liegt das Wohlergehen der jetzt in den Vertreibungsgebieten lebenden Litauer, Russen, Polen, und Tschechen weit mehr am Herzen als die berechtigten Anliegen der eigenen Landsleute.

Im Grunde haben es alle Bundesregierungen trotz ständigen Beterungen, die Eigentumsfrage sei offen, abgelehnt, für eine Entschädigung der Vertriebenen einzutreten. Schon die Regierung Adenauer sprach sich

1954 im sogenannten „Überleitungsvertrag“ gegen die Ansprüche der Vertriebenen auf Ausgleich ihrer Verluste aus. Im Jahre 1964 legte die Regierung Erhard/Mende mit dem Gesetzentwurf zum „Reparationsschadengesetz“ nach und verzichtete weiter auf die Vertretung deutscher Interessen, insbesondere auf die Belange der Vertriebenen. Kohl/Genscher „bestätigten“ dann den 1970 von Brandt/Scheel mit Polen abgeschlossenen Verzichtungsvertrag und gaben damit das Heimatland ihrer vertriebenen Landsleute unberechtigt preis.

Fazit: Alle Bundesregierungen von Adenauer bis Merkel haben sich gegen die berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen gestellt. Von den Vertriebenenorganisationen und Bundesregierungen ist in der Eigentumsfrage nichts mehr zu erwarten. Auch

wenn ein Anspruch auf Konfisziertes fortbestehen sollte.

Wie steht es nun mit dem Anspruch auf mein konfisziertes Eigentum aus der Sicht der (in meinem Fall sowjetisch-russischen) „Enteigner“? Dies wollte ich durch einen Fachanwalt rechtlich klären lassen. Zwei Fachanwälte für Erbrecht lehnten es ab, in dieser Sache tätig zu werden. Mein Anliegen läge nicht mehr „im Trend der Zeit“ und sei doch durch den Lastenausgleich längst abgeschlossen, da gebe es nichts mehr zu klären.

Schließlich fand ich doch eine der Heimat verbundene Kanzlei, die bereit war, für mich tätig zu werden. Das Mandat: Es soll untersucht werden, ob für Rudi Helwing noch ein Erbschaftsprüfung an dem, ehemals im Familieneigentum stehenden, Bauernhof im Königsberger Gebiet besteht. Falls

dies nicht der Fall ist, soll herausgearbeitet werden, wodurch der Anspruch erloschen ist.

Das Ergebnis des 13-seitigen Gutachtens ist erstens: Es ist davon auszugehen, dass zu einem Zeitpunkt nach dem 7. April 1946 eine Enteignung durch russische Dekrete erfolgte. Damit verlor Rudi Helwing als gesetzlicher und gewillkürter Erbe endgültig seine Eigentumsposition am Hof und Gut in Grünwalde. Infolgedessen ist auch der Gegenstand eines Erbrechts weggefallen.

Zweitens: Theoretisch besteht zugunsten von Rudi Helwing ein Entschädigungsanspruch gegenüber dem russischen Staat aufgrund der erlittenen Enteignung. Die Durchsetzung dieses Anspruchs ist aufgrund der gegenwertigen Haltung und Position der Bundesregierung zu diesem Thema aber eher aussichtslos.

Rudi Helwing,  
Leipzig

## Besser impfen als verunglimpfen

**Zu: „Medizinischer Klartext“ (Nr. 22) und „Masern breiten sich aus“ (Nr. 19)**

Auch in der heutigen Zeit sind Infektionskrankheiten weltweit noch immer die zweithäufigste Todesursache des Menschen und daher kann eine Vernachlässigung der verfügbaren präventiven Maßnahmen, insbesondere der Impfung, fatale Folgen für die Gesundheit nach sich ziehen. Als Paradebeispiel sei hier der dramatische Anstieg von Diphtherie-Neuinfektionen in den 90er Jahren auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion genannt. Vor der Einführung der Impfung stellte die Diphtherie eine der häufigsten Todesursachen bei Kindern dar, bei der eine Verengung der Atemwege (Krupp) drohte, die die Kinder langsam und jämmerlich erstickten ließ.

Heute ist die Krankheit in den Industrieländern dank Schutzimpfung nahezu eliminiert. Nach dem Zusammenbruch des kom-

munistischen Systems, das eine autoritäre, aber effiziente Impfpolitik betrieb, sank die Impfrate in der Bevölkerung jedoch schlagartig mit der Folge, dass die Diphtherie-Fälle von 849 im Jahr 1989 auf über 50 000 im Jahr 1995 und somit um das 60-fache zunahm. Diese vermeidbare Epidemie forderte von 1990 bis 1998 rund 5000 Tote und konnte erst durch eine weitreichende Impfkampagne der WHO gestoppt werden.

Im Hinblick auf die durch Impfgegner vielgescholtene Adjuvanzien (Zusatzstoffe) wird regelmäßig vernachlässigt, dass sie dem Körper essenzielle Signale für die Induktion des Immunschutzes liefern, ohne die der Impfstoff seine Wirkung verfehlen würde, oder (wie im Falle der angesprochenen Quecksilberverbindungen) die Impfpföhrung vor Kontaminationen mit Bakterien und Pilzen schützen. Belege für einen Zusammenhang zwischen Quecksilber, das nebenbei in sehr geringen Dosen nur noch wenigen Impfstoffen zu-

gesetzt wird, und neuronalen Erkrankungen konnten nicht gefunden werden.

Auch die angeblichen Belege für Erkrankungen (leichtes Unwohlsein ist eine unvermeidbare Reaktion des Immunsystems) oder gar Kindstod in direkter Folge der Impfungen sucht man in der Fachpresse vergeblich, wenn man nicht gerade auf den britischen Arzt Andrew Wakefield hereinfällt, der 1998 mit falschen Daten eine Korrelation zwischen der herkömmlichen MMR-Impfung und Autismus nachzuweisen versuchte und daraufhin seine Zulassung verlor.

Wenn manche investigativen Journalismus fordern, kann damit nicht die Wiedergabe pseudowissenschaftlicher Halbheiten gemeint sein, die einer medizinisch-fachlichen Analyse nicht standhalten. Zumindest sollte die PAZ als seriöse Zeitung dieses dem Boulevardjournalisten überlassen.

Sandro Halwe,  
Marburg

## Rote Kelle zeigen

**Zu: „Deutschland die Hände gebunden“ (Nr. 19)**

Wieso muss man in Brüssel um „Hilfe“ bitten? Doch wohl nur, weil unsere Volksvertreter uns unter dem Motto „mehr Europa“ in die Tyrannei ungewählter, unfähiger EU-Apparatschiks getrieben haben. Statt nach diesen „Hilfen“ zu schreien, wäre es doch wohl viel simpler, einfach diesen multikulturellen Bereicherern gleich an der Grenze die rote Kelle zu zeigen beziehungsweise diesen schnellstmöglich aufzuzeigen, dass sie in ihrem eigenen Land für den „Wiederaufbau“ als Fachkraft benötigt werden.

Und was hier für diese „Fachkräfte“ aus dem Ausland gilt, das gilt genauso für die „Fachkräfte“ in Form irgendwelcher Polit-Kommisars in Brüssel. Nehmen wir ihnen das Geld und sie werden sich verpflichten wie ein Altbrot beim Erwaschen.

Mathias Dumke,  
Wedel

## Ablenkendes Drohnen-Manöver

**Zu: „Politik im freien Fall“ (Nr. 21)**

Dass jetzt allein auf den aktuellen Verteidigungsminister eingeschlagen wird, gehört zum üblichen abstoßenden politischen Geschrei in unserem Land. Sicherlich kann man ihm vorhalten, nicht schon früher die Reißleine gezogen zu haben. Doch die milliardenschwere Geldverbrennung

Jahr für Jahr hat in diesem Land eine jahrzehntelange Tradition und wenn das Geld nicht mehr reichte, wurden ebenso locker flockig alle Arten von Steuern erhöht oder neu erfunden.

Das Gesetz, dass Politiker für ihr Fehlverhalten nicht belangt werden können, ist ein Freibrief für alle diese Herrschaften und stammt aus einer Zeit, die eigentlich für den Inbegriff alles Schlechten gilt. Aber so manche Dinge aus dieser Zeit haben bis heute ihren Wert behalten. Vor zwei Jahren war in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu lesen, dass die uns alle so intensiv

bereichernde Zuwanderung bisher netto eine Billion Euro gekostet hat, also rund 50 Milliarden jährlich. Dagegen ist doch diese Drohnenpanne nur ein ganz kleiner Tropfen Steuergeld.

Da wird jetzt Geschrei ohne Ende gemacht, aber die Milliarden, die in den Bevölkerungsaustausch gesteckt werden, oder besser gesagt, in unsere gesellschaftliche Auflösung, werden als beglückend für unser Land gepriesen. Der Multikultiwahn ist das moderne Goldene Kalb, um welches von der Politik mit immer schrilleren Tönen getanzt wird. Um das Volk davon abzulenken, werden eben hin und wieder Drohnen benötigt.

Peter Schumacher,  
Melsungen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.





# Das Ostpreußenblatt



Nr. 25 – 22. Juni 2013

## MELDUNGEN

### Kirche wird restauriert

**Angerapp** – Die Gebietsregierung der Königsberger Exklave will im Rahmen des „Programms zur Wiedererrichtung historischer Denkmäler aus deutscher Zeit“ eine Reihe von Kirchen und Ordensburgen restaurieren. Bei einem runden Tisch mit Internet-Aktivistinnen und Vertretern des Fremdenverkehrs, der das Thema „Entwicklung der Tourismusbranche“ zum Gegenstand hatte, erklärte Gouverneur Nikolaj Zuknow, dass die Gebietsregierung die der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) überlassenen Gebäude für eine Dauer von 49 Jahren kostenlos pachten will, um sie vor dem Verfall zu retten. Zwar hatte die ROK sich mit der Übernahme zum Erhalt der Gebäude verpflichtet, jedoch fehlten ihr die Mittel. Laut Gouverneur soll zuerst die Kirche von Angerapp restauriert werden, danach folgt Burg Neuhausen. **MRK**

### Friedland will Grenzübergang

**Friedland/Langmichels** – Bislang ist es nur Teilnehmern des jährlich stattfindenden Fahrradfestivals erlaubt, die innerostpreussische Grenze bei Friedland zu überqueren. Nach dem Willen des Friedländer Verwaltungschefs Wladimir Bakalin soll ein Grenzübergang ins ermländisch-masurische Langmichels zur ständigen Einrichtung werden. Die Voraussetzungen – der funktionierende kleine Grenzverkehr, die Teilnahme des Königsberger Gebiets an der Fußballweltmeisterschaft und Einigkeit mit den polnischen Kollegen – seien gegeben. Allerdings fehlt in Friedland bislang die Infrastruktur, selbst eine internationalen Ansprüchen entsprechende Straße fehlt. Beide Orte versprechen sich von einer Grenzöffnung mehr Besucher und damit mehr Arbeitsplätze. **MRK**

### Bürgermeister lehnt Hilfe ab

**Passenheim** – Die Stadt Passenheim nutzt die mehr als neun Millionen Zloty zur Finanzierung des Baus eines Wasserversorgungs- und Kanalisationsprojektes in ihren Ortschaften trotz positiver Prüfung des Antrags nicht. Wie der Bürgermeister sagte, seien die Gelder des Woivodschaftsfonds für Umweltschutz eine wertvolle Hilfe, aber es fehlten die Eigenmittel. Die Investition sollte zwölf Millionen Zloty (2,8 Millionen Euro) kosten. Es zeigte sich aber, dass die Gemeinde mit dem millionenfachen Kredit die Verschuldungsgrenze von 60 Prozent überschreiten würde, erklärte Passenheims Bürgermeister, Bernard Mius. Er sagte, dass eine kleinere Investition realisiert würde, und zwar für eine Million Zloty (rund 237.000 Euro), womit die Wasserleitung zu den Ortschaften Milucken und Krummfuß verlängert werde. **PAZ**

## Von Anfang an dabei

Landsmannschaft Ostpreußen unterstützt die deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren

Am 15. Juni hat das Ostpreussische Sommerfest in Osterode stattgefunden. Diesmal gab es einen besonderen Anlass. In dem Osteroder Amphitheater sammelten sich rund 1200 Menschen, um das 20. Jubiläum des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren gemeinsam zu feiern.

Das kulturelle Programm des diesjährigen Sommerfestes wurde von den Tanz- und Singgruppen der deutschen Vereine gestaltet. Gastauftritte gaben die schlesischen Gesangs- und Tanzgruppe „Dialog“, das Stadtorchester von Osterode und die Künstlergruppe „Bernsteinblumen“ aus Königsberg.

Zum Geburtstag gratulierten zahlreich erschienene Ehrengäste, darunter die deutsche Botschafter Rüdiger Freiherr von Fritsch, Vizemarschall Jaroslaw Sloma, die Beauftragte des Woivoden für die nationalen Minderheiten Joanna Wankowska-Sobiesiak, Generalkonsulin Anette Klein, Senator Stanislaw Gorczyca, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) Stephan Grigat, die Vertreterin des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Polen Maria Neumen, der Vertreter des Ministeriums für Verwaltung und Digitalisierung Jaroslaw Malecki, der Osteroder Landrat Włodzimierz Brodki und der Osteroder Bürgermeister Czesław Najmowicz.

Bei solchen Anlässen schaut man auf die Geschichte zurück. Das Leben der Deutschen in Ostpreußen nach 1945 war nicht leicht, sie mussten fast ein halbes Jahrhundert auf eine Verbesserung ihrer Lage warten.



Gestalteten das kulturelle Programm: Künstlergruppen der deutschen Vereine

Bild: Gesa Bierwerth

Erst das Jahr 1989 brachte eine grundlegende Änderung in der Politik der polnischen Regierung gegenüber seinen nationalen Minderheiten. Nach Abschluss des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages vom 17. Juni 1991 erhielt die Deutsche Minderheit volle Rechte als nationale Minderheit sowie eine Vertretung im Sejm. Die ersten deutschen Vereine wurden in Schlesien registriert.

In Ostpreußen begann Paul Gollan die Deutschen zu zählen und zu vereinen. Im November 1990 wurde der erste deutsche Verein in der Region unter dem

Namen Sozial-Kulturelle Gesellschaft deutscher Minderheit in

### Dachverband feiert sein 20-jähriges Bestehen

Ermland und Masuren mit Sitz in Bischofsburg beim Gericht in Allenstein registriert. Auf Initiative von Walter Angrik entstand ein Dachverband, der alle deutschen Gesellschaften in Ostpreußen vereinen sollte. Am 9. Mai 1993 wurde der Verband der Deutschen Gesellschaften im ehemali-

gen Ostpreußen mit Sitz in Allenstein registriert. Der erste Vorsitzende war Walter Angrik. Ihm folgte Eckhard Werner.

Die Landsmannschaft Ostpreußen (LO) hat von Anfang an bei der Entstehung der deutschen Gesellschaften geholfen. Schon 1990 fand in Bad Pyrmont eine Schulung für Angehörige der deutschen Volksgruppe zum Thema Vereinsgründungen statt. Es folgten Hilfstransporte und Spenden. Diese Zusammenarbeit und Hilfe finden sie heute statt. In Allenstein betreibt die Landsmannschaft seit mehr als zwei Jahren ein Verbindungsbüro, das gut mit dem Dachverband und den deut-

schen Vereinen zusammenarbeitet.

Im polnischen Teil Ostpreußens gibt es 24 deutsche Vereine, von unterschiedlicher Mitgliederzahl. Die Vereine führen regelmäßige Treffen für ihre Mitglieder und kulturelle Veranstaltungen durch. Sie betreuen die Deutschen humanitär, bieten deutschen Sprachunterricht an und pflegen ostpreussische Traditionen. Der Dachverband vertritt die in der Heimat verbliebenen Deutschen beispielsweise gegenüber der polnischen Verwaltung, dem deutschen Generalkonsulat in Danzig oder dem Verband der deutschen Gesellschaften in Polen mit Sitz in Oppeln.

Seit 2004 ist Heinrich Hoch der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren. Er war in den 90er Jahren einer der Gründer des Heimatmuseums und ist seit 1996 Vorsitzender des Deutschen Vereins „Tannen“ in Osterode. Während des diesjährigen Sommerfests verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Heinrich Hoch ihr Goldenes Ehrenzeichen für seine außergewöhnlichen Leistungen und seinen vielfältigen Einsatz für Ostpreußen und dessen Menschen.

Hoch wurde auch neben dem ehemaligen Vorsitzenden der deutschen Gesellschaft in Sensburg, Heinz Czerwinski, und der Vorsitzenden der deutschen Gesellschaft in Lötzen, Barbara Ruzewicz, von der Woivodschaftsregierung mit dem Titel „Verdienst um Ermland und Masuren“ geehrt. (Weitere Berichte über die Ehrung und das Kulturprogramm folgen).

Edyta Gladkowska

## Spektakulärste Kugel Europas

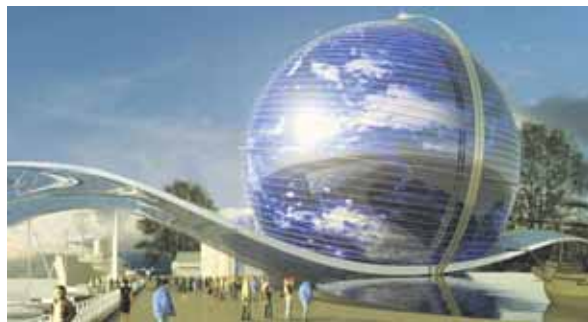
Im Königsberger Zentrum ist ein Gebäude der Superlative geplant

Das Ozeanmuseum in Königsberg gilt seit Langem als eines der Museen mit der besten Entwicklung hin zu einer modernen und interessanten Sehenswürdigkeit der Stadt. Sein bisheriges Gelände erstreckt sich entlang der ehemaligen Bohlwerksgasse am Pegelufer im Zentrum der Stadt. Zum Museum gehören als Außenstellen auch so bekannte Sehenswürdigkeiten wie das Königstor und das Friedrichsburger Tor. Zum Bestand des

### Pegelufer soll zukünftig mit Attraktionen locken

Museums gehören einige schwimmende Objekte, darunter ein ehemaliges U-Boot, ein Eisbrecher, zwei Forschungsschiffe sowie Fischfangboote. Nun plant das Museum ein neues Bauvorhaben von grandiosem Ausmaß.

In nur drei Jahren soll am Ufer neben dem Hauptgebäude des Museums ein neues entstehen, sei



Vorläufig nur ein Plan: Modell des Projekts „Planet Ocean“

Bild: J.T.

ne „Perle“ der Architektur und Touristenattraktion zugleich: ein 28 Meter hohes, achteckiges Gebäude namens „Planet Ocean“.

Die Projektausschreibung gewann die St. Petersburger Firma „WiPS“. Nach dem vorgestellten Entwurf soll das achteckige Gebäude mit einer dynamisch beleuchteten Fassade ausgestattet werden. Das Gebäude selbst wird eine Weltkugel darstellen. Sie

wird von einer Grundplatte mit langem Vorsprung getragen, der die Form einer Welle bildet. Die Architekten glauben, dass ihr Gebäude das spektakulärste kugelförmige Bauwerk Europas werden wird.

Der „Planet Ocean“ hat laut Planung über 8000 Quadratmeter Nutzfläche. Im Gebäude sollen Ausstellungs- und Konferenzsäle, eine Ausstellung des Museums,

ein Aquarium, ein Vorführraum, ein Planetarium sowie ein Café, Schulungszentrum und Läden untergebracht werden. Direkt neben diesem grandiosen Bauvorhaben sollen außerdem ein Jachthafen und eine Freizeitzone entstehen.

Die Kosten für die geplanten neuen Anlagen neben dem Ozeanmuseum belaufen sich schätzungsweise auf 47 Millionen Euro. Finanziert wird das Ganze mit Mitteln aus dem gesamt-russischen Programm „Die Kultur Russlands 2012 – 2018“. Der Neubau wird sich über das gesamte Ufer vom Denkmal „Pionier des Fischfangs“ bis zum Verwaltungsgebäude des Königsberger Hafens, also etwa über einen halben Kilometer, erstrecken. **Jurij Tschernyschew**

### Leuchtturm als Kulturerbe

**Pillau** – Am Leuchtturm von Pillau wurde in der vergangenen Woche bei einem feierlichen Akt eine Bronzetafel angebracht, die das Gebäude als „maritimes Erbe“ unter Schutz stellt. Schon seit Langem gibt es eine Initiative, bedeutende maritime Objekte in das staatliche Denkmalschutzregister aufzunehmen und an den Gebäuden selbst Informationstafeln anzubringen. Initiatoren dieser Idee sind die Vereinigung „Maritimes Erbe Russlands“, die überregionale Kommission für das maritime Erbe des „Maritimen Kollegiums der Gebietsregierung“ sowie das Königsberger Ozeanmuseum. Die Aufnahme in das Denkmalschutzregister erfolgte anlässlich des 200. Jubiläums des Leuchtturms, der in seiner jetzigen Form 1813 erbaut wurde. An der Feier nahmen neben den Angestellten des Leuchtturms der Kapitän des Königsberger Hafens, Offiziere der Baltischen Flotte, die Direktorin des Ozeanmuseums, Svetlana Siwkowa, der Direktor des Museums der Baltischen Flotte sowie Offiziere des Hydrographischen Dienstes teil. Gleichzeitig eröffnete das Ozeanmuseum eine Foto-Ausstellung „Leuchttürme der Welt“. **MRK**



## Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wieder kann ich von einer erfreulichen Resonanz berichten, wobei diese Bezeichnung eigentlich tiefgestapelt ist, denn der Dank, der uns erreichte, beinhaltet einen großen Erfolg für und durch unsere Ostpreussische Familie. Im Oktober vergangenen Jahres berichteten wir über die Zerstörung des Schenkendorf-Denkmal in Koblenz, die Bronzebüste des preußischen Freiheitsdichters war vom Sockel gerissen und gestohlen worden. Eine Leserin, Frau **Sylvia Becker** aus Bad Homburg, hatte den Torso bei einem Koblenz-Besuch entdeckt und uns davon berichtet. Der 1783 in Tilsit geborene Dichter hatte – erst 34 Jahre alt – hier am Rhein seine letzte Ruhestätte gefunden. Da zu befürchten war, dass von Seiten der Stadt Koblenz wegen fehlender finanzieller Mittel das Denkmal nicht wieder hergestellt werden konnte, regte Frau Becker an, dass die Ostpreussische Familie mit Eingaben an die Stadt und mit Spenden den Wiederaufbau unterstützen sollte. Wir brachten in Folge 40/2012 einen ausführlichen Bericht auf unserer Familienseite, der auf großes Interesse stieß. Vor allem die Tilsiter zeigten sich bereit, für die Schaffung einer neuen Schenkendorf-Büste beizutragen. Dass dies in reichem Maße geschah, kann nun auch der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Tilsit, **Hans Dzieran**, bezeugen, der uns diese E-Mail sandte:

„Ihr Beitrag im *Ostpreußenblatt* unter der Überschrift „Schenkendorf-Denkmal in Koblenz zerstört“ hat Früchte getragen. Viele Tilsiter waren dem Aufruf gefolgt und baten mit Eingaben und Spenden um die Wiederherstellung der Erinnerungsstätte an den Freiheitsdichter. Der Sockel wurde saniert, der gestohlene bronzene Kopf ist von dem Künstler **Stefan Rockenthäler** neu geschaffen worden. Baudezernent **Martin Prüm** sprach den Spendern, die mit einem Viertel an den Gesamtkosten von 10000

Euro beteiligt waren, seinen herzlichen Dank aus.“ Und wir danken Herrn Dzieran für diese Mitteilung, die uns aufzeigt, was eine Lesergemeinschaft wie die unsere bewirken kann, wenn es um den Erhalt heimatlicher Werte geht. Und falls Frau Sylvia Becker wieder das Denkmal am Koblenzer Rheinufer aufsucht, wird ihr erst wohl so richtig bewusst werden, was ihre Mitteilung bewirkt hat. Ihr gilt unser Dank für die Anregung zu dieser Aktion, die so erfolgreich verlief. Bleibt nur die Hoffnung, dass nicht wieder Zerstörungswut und Diebstahl vernichtend zuschlagen.

Und es geht weiter mit positiven Meldungen, die ich an die ganze Ostpreussische Familie weiterreichen kann. Nachdem wir schon in Folge 20 einen klärenden Beitrag zu der in Folge 16 gestellten Frage

plan von Frau **Wermke**. Zum überwiegenden Teil vertraten die Anrufer die Meinung, dass es neben den offiziellen Friedhofsnamen noch eine Reihe von Namen gab, die im „Volksmund“ geläufiger waren, und sich im Laufe der Zeit verselbstständigten, so dass der eigentliche Name in den Hintergrund trat. So bestand die Meinung, dass der Friedhof „Nasser Garten“ mit dem „Alten Haberberger Friedhof“ identisch ist. Dieser Kirchhof befand sich in der Berliner Straße von Königsberg kommend Richtung Brandenburg dort, wo die Straße nach links abbiegt, auf der linken Seite vor der Kaserne. Den Friedhof gibt es nicht mehr, aber die Kaserne wird noch genutzt.“

So konnte also die Lage des von Herrn Penner gesuchten Friedhofs endgültig und richtig eingeordnet werden.

Aus Kiel kam ein ganz großes Dankeschön von Frau **Eva Droese** über die Veröffentlichung des „Castle Balga in Milwaukee“ in Folge 22, auch im Namen der Familie **Kroll**, aus deren Enkelgeneration ja der „Erbauer“ kommt. Der PAZ-Beitrag wird nun auch in Wisconsin herumgereicht werden, dafür wird schon Enkel **Clayton** sorgen, der mit seinem Wappen-Kittel abgebildet ist. Ich danke Frau Droese herzlich für die schöne und interessante Königsberg-Karte, die sie ihrem Schreiben beilegte.

Und noch einmal zeigt unser Kompass nach Kiel: Herr **Winfried Krause** meldet sich, um uns eben-

falls seinen Dank für die Veröffentlichung seiner Suche nach ehemaligen Klassenkameraden der Königsberger Schönschule in Folge 14 zu übermitteln. Herr Krause bekam zwar Anrufe von zwei älteren Damen, aber leider hat sich niemand von seinen ehemaligen Schulkameraden gemeldet. Bisher haben sich im Laufe der Jahre nur drei gefunden, neben Winfried Krause sind es **Hans Krutein** und **Klaus Müller**, die zudem als Nachbarungen in der Herzog-Albrecht-Allee wohnten. Ein Anruf betraf

übrigens Hans Krutein, die Dame wollte wissen, ob es sich bei ihm um den Arzt Dr. Krutein aus Neukuhren handele. Der ist es nicht, aber sein Vater war ein Cousin des Gesuchten. Leider hatte sich Herr Krause, bei dem die Leserin anrief, nicht ihre Telefonnummer gemerkt. Vielleicht meldet sie sich die Anruferin, wenn sie diese Zeilen liest, noch einmal bei ihm. Natürlich ist das Trio etwas betrübt, dass sich keine weiteren Klassenkameraden gefunden haben. „So müssen Hans, Klaus und ich uns wohl damit abfinden, dass wir nichts mehr erfahren. Obgleich wir uns nicht vorstellen können, dass nur wir Drei aus Maraunenhof die schweren Kriegs- und Nachkriegszeit überlebt haben sollen.“ Kann ich mir auch nicht vorstellen, und deshalb wiederholen wir die Bitte noch einmal: Winfried Krause war 1939 in dieser Volksschule, die sich an der Ecke Wrangelstraße/Mitteltragheim befand, eingeschult worden und besuchte sie bis zum Herbst 1944. Er erinnert sich noch gut an die Klassenlehrerin Fräulein **Sudau** und daran, dass der Unterricht später in einem ehemaligen Lyzeum in der Tragheimer Pulverstraße stattfand. (Winfried Krause, Niobeweg 6 in 24159 Kiel, Telefon 0431/372665.)

So, vielleicht hilft jetzt diese Nachforschung – wie schon so oft! Gerade habe ich eine Antwort auf eine Frage erhalten, die vor fünf Jahren erschien. Es handelte sich damals um die Lebensgeschichte des Schriftstellers **Louis (Ludwig) Passarge**, dem Erkunder und Erwanderer der Baltischen Küsten, vor allem des Samlandes. Seine „Wanderungen“ gehören noch heute zu den schönsten Naturschilderungen und bezeugen die Liebe des 1825 im ostpreussischen Wolinitz Geborenen zu seiner ostpreussischen Heimat. Es ging damals um einige Fragen, die seinen letzten Lebensabschnitt betrafen, die aber nach der Veröffentlichung geklärt werden konnten. Nun, nach so langer Zeit, also wieder das Ergebnis der Bemühungen einer Leserin aus Heppenheim, über die ich mich natürlich freue, weil ich daraus sehe, wie intensiv auch die älteren Ausgaben unserer Ostpreussischen Familie gelesen werden.

Und damit habe ich einen guten Übergang zur nächsten Frage, denn die wird von einem heute lebenden Naturschriftsteller gestellt, der sich einen bedeutenden Namen im Naturschutz und der Landschaftspflege gemacht hat, vor allem für seine Dokumentationen in den Printmedien und im Fernsehen. Für seine „Paradiese

aus zweiter Hand“ wurde er als einer der ersten Tierfilmer mit der Goldenen Kamera ausgezeichnet – nicht umsonst wird der Mitachtziger als „Silberbücker des Naturschutzes“ bezeichnet. Aber diesmal geht es ihm weder um Kraniche noch um Elche, weder Wale noch Elefanten, sondern um den besten Freund des Menschen, den Hund. **Henry Makowski**, in der Grenzmark Posen-Westpreußen geboren und mit väterlichen Vorfahren aus Allenstein, ist unserer Heimat besonders verbunden: Als 17-Jähriger wurde er im Sommer 1944 auf die Kurische Nehrung beordert, um das wissenschaftliche Material der Vogelwarte Rossitten zu retten, und er war auch der Letzte, der dort Jungstörche bringte. Uns verbindet eine lange Freundschaft, die kurz nach dem Krieg in unserm Flüchtlingsdomizil Lüneburg begann – mit den ersten gemeinsamen Einsätzen für eine Erhaltung von allem, was mit Kultur und Natur der verlassenen Heimat zu verbinden war. Eine Freundschaft, die bis heute gehalten hat, wo wir aus dem reichen Fundus unserer Erinnerungen und Erfahrungen schöpfen und weitergeben können. Noch im vergangenen Jahr war Henry in Lateinamerika, um den noch heute nachvollziehbaren Spuren Alexander von Humboldts zu folgen. Das hat er geographisch und methodisch ein Leben lang getan, wie ein Laudator an Henrys 80. Geburtstag bestätigte. Nicht umsonst wurde Makowski mit der Alexander-von-Humboldt-Medaille in Gold ausgezeichnet. So viel zur Erklärung, warum er sich an mich wandte, als er eine neue Dokumentation plante, die sich mit der Frage befasst: Was wurde mit den Hunden bei der Flucht? Seiner Meinung nach ist dieses Thema noch nie dokumentarisch behandelt worden. Der treueste Freund des Menschen musste, als der große Orlog begann, oft allein zurück bleiben, wie **Anita Motzkus** es so eindrucksvoll in dem Dokumentarfilm „Flucht der Frauen“ schildert, der im Zusammenhang mit dem TV-Film „Die Flucht“ entstand. Sie hat die traurigen Augen ihres Hundes, als der Treckwagen vom Hof fuhr, nie vergessen. Der einzige Trost war, dass die Großeltern auf dem Hof geblieben, sie wollten ihn nicht verlassen. Aber der Treck kam nicht mehr durch und so kehrten die

Flüchtlinge auf ihren Hof im Kreis Gerdauen zurück. Sie fanden die Großmutter erschlagen, der Großvater war verschleppt worden, sein Schicksal wurde nie geklärt. Und Senta? Sie war verschwunden und blieb es. Andere Flüchtlinge nahmen ihren Hund mit, der dann bei der eisigen Kälte irgendwo am Wegrand kraftlos liegen blieb. Was wurde aus den herrenlosen Hunden? Vervilderten sie, wurden sie erschossen, toteschlagen? Fanden einige auf dem Fluchtweg neue Besitzer oder hielten sogar bis zur ersten festen Bleibe durch? Ich habe in verschiedenen Fluchtberichten nach diesbezüglichen Angaben

gesucht. Henry hat Recht, wenn er behauptet, dass kaum etwas über das Schicksal der zurückgebliebenen oder mitgenommenen Hunde zu finden ist. Jetzt hoffe ich also auf Zuschriften aus unserem Leserkreis und, er dürfte nicht enttäuscht werden. (Henry Makowski, Am Lerchenweg 9 in 21368 Dahlenburg, Telefon 05851/7746.)

Heute keine Fund-



Ruth Geede

Bild: Pavlik

Landmann **Bernd Dauskardt** aus Hollenstedt hat auf seinen Reisen durch das Königsberger Gebiet Ostpreußen wieder ein „Kleind“ entdeckt. Es handelt sich um ein vergilbtes Büchlein mit Predigten, die vor über 100 Jahren vor Instenburger Schülern gehalten wurden. Herr Dauskardt schreibt dazu: „Dieses Predigtheft stimmt mich immer wieder nachdenklich. Man stelle sich vor, heutzutage hielte in der Aula eines deutschen Gymnasiums ein evangelischer Pfarrer solche Predigten. Damals war es selbstverständlich, dass alle Schüler daran teilnahmen. Ja, es gab in Deutschland schon einmal bessere Zeiten zur Verkündung des christlichen Glaubens.“ Interessant ist, dass die Predigten von dem Anstaltsgeistlichen der Königsberger „Barmherzigkeit“ gehalten wurden. Wie die jungen Zuhörer diese „Jugendgabe“ aufgenommen haben, ist ja nicht mehr nachvollziehbar, aber immerhin war sie einem Empfänger wert, sie so gut zu bewahren, dass sie bis heute erhalten blieb.

Eure

*Ruth Geede*

Ruth Geede

# Geschwister auf Zeit – wo sind sie geblieben?

Die Geschichte einer wunderbaren Hilfe

Es gibt Suchfragen, die gehen nicht mit wenigen Sätzen zu übermitteln, sondern verlangen Erläuterungen. Wenn es gleich drei verschiedene Fragen sind, die von Pfarrer i. R. **Klaus Florin** gestellt werden, würde nicht einmal unsere ganze Familienseite für eine Veröffentlichung reichen. Wiederum sind die Fragen so außergewöhnlich, da sie kaum bekannte Vorfälle betreffen, dass sie unbedingt nach einer Weitergabe verlangen. So heißt die Lösung: aufleiten! Also wählen wir für heute einen Suchwunsch aus dem langen Schreiben von Herrn Klaus Florin, bayerischer Pfarrer im Ruhestand, der allein schon den Platz für einen Extrabeitrag füllt. Die anderen beiden Fälle müssen warten, wobei sich bereits die Verbindung der einen Frage mit einer fast gleichzeitigen Zuschrift von anderer Seite ergeben hat. Der Zufall spielt eben bei uns eine große Rolle – vielleicht auch bei der Lösung

dieser so ungewöhnlichen Suchfrage.

Der Königsberger Klaus Florin, \*1937 in Königsberg geboren, blieb mit seiner Mutter und einem jüngeren Bruder in der zerstörten Heimatstadt zurück. Frau Florin ernährte als selbstständig praktizierende Dentistin und Zahnärztin die Familie, ihr Arbeitsplatz war die Küche ihrer Wohnung. Deshalb galt sie als „nicht berufstätig“, als sich im Frühjahr 1947 die Möglichkeit für eine Auswanderung Richtung Westen ergab. Das war weit vor der Zwangsausiedlung, die dann im Herbst 1947 erfolgte. Frau Florin reichte also ihren Antrag auf Auswanderung für sich und ihre beiden Kinder ein. Nach bangem Warten hielt sie endlich Ende Mai die Genehmigung in den Händen. Sie musste den Prospekt von der russischen Verwaltung abholen, die sich in der ehemaligen Mädchengewerbeschule befand. Dort wartete bereits eine

lange Schlange von Antragstellern, denn viele in Königsberg und Umgebung verbliebene Deutsche wollten ausreisen, etwa 1000 erhielten eine Genehmigung. Neben Frau Florin und ihren Kindern stand ein etwa 14 Jahre alter Junge. Sie kamen ins Gespräch und der Junge erzählte, dass seine Mutter vor einer Woche verstorben sei. Nun hole er die Papiere für sich und seine beiden jüngeren Geschwister ab, um nach Berlin zu ihrer Oma ausreisen zu können. „Kann ich euch helfen?“, fragte Frau Florin. Das sei nicht nötig, antwortete der Junge, er habe ja schon seit Monaten seine kranke Mutter und die beiden Geschwister versorgt. Als der Junge aufgerufen wurde, fragte ihn die russische Beamtin am Schalter, wo denn seine Mutter sei. Als sie von ihrem Tod erfuhr, sagte sie, es tue ihr leid, aber Minderjährige dürften nicht allein auswandern, sie müssten ins Waisenhaus.

Der Junge brach darauf in Tränen aus und erklärte, dass in Berlin seine Großmutter doch auf ihre Enkel warte. Frau Florin mischte sich ein und fragte, ob sie bei dem Problem helfen könne. „Ja“, sagte die Beamtin, „wenn es Ihre Kinder wären, könnten Sie die Drei mitnehmen.“ Wie das denn möglich sei, fragte Frau Florin. „Ich schreibe einfach die Namen in Ihre Papiere“, antwortete die freundliche Frau. Weil der Junge sofort dankbar zustimmte und die Beamtin ohne Zögern die Fälschung vollzog, hatte Frau Florin plötzlich fünf Kinder. Ihr Sohn erinnert sich noch heute daran: „Ich hatte einen großen Bruder und erstmals auch eine Schwester, jedenfalls für die Zeit der Fahrt bis zur Ankunft in Berlin. Am 4. Juni 1947 bei mehreren Stunden dauernder Fälschung – mit dem Raub alles bis dahin gerettetem Wertvollem aller Papiere! – durch die Russen an der Grenze in Preußisch Eylau sagte ein Offizier, als er unsere

Mutter mit uns fünf Kinder sah, anerkennend: „Glückliche Mutter!“

Da ahnten die sieben „Auswanderer“ noch nicht, was ihnen bevorstand. Der Fahrt war nur bis Korschens organisiert. Mit etwa 40 anderen Müttern, Kindern und alten Leuten flegten sie in den deutschen Lokomotivführer eines leeren Beutezuges aus Moskau an, sie auf seiner Rückfahrt nach Berlin in den beiden Viehwaggons mitzunehmen. Das geschah auch, aber der Zug konnte wegen der eingelegten Strecke nur nachts und sehr langsam fahren, so dass die Reise bis Schneidemühl vier Tage dauerte. Da war der Proviant verbraucht, und fünf hungrige Schnäbel wollten gestopft werden! Polnische Streckenarbeiter halfen mit Brot und Speck. „Als wir am frühen Morgen auf einem Berliner Bahnhof ankamen, nahmen Frauen der Bahnhofsmision die drei Geschwister in Empfang“, erinnert

sich Pfarrer Florin, „Wir haben sie seitdem nie mehr gesehen. Weil wir dann mit der schwierigen Weiterreise nach Köln zu unserer Vater voll beschäftigt waren, vergaßen wir leider auch ihre Namen. Aber jetzt im Alter frage ich mich, wie es den drei Geschwistern weiter ergangen sein mag. Ob sie noch leben und sich vielleicht an uns erinnern?“

Ja, das ist eine schwierige Frage. Der große, damals schon sehr selbständige Junge müsste sich als heute 80-jähriger an die Ausreise im Todesjahr seiner Mutter erinnern – wenn er noch lebt und unsere PAZ in die Hände bekommt. Da die Großmutter in Berlin wohnte, dürften die Kinder auch dort geblieben sein. Mehr ist im Augenblick nicht zu tun, als zu hoffen, dass hier wieder einmal ein Wunder geschieht. (Pfr. i. R. Klaus Florin, Waldstraße 15 in 90607 Rückersdorf, Telefon 0911/5700509, Fax 0911/5404064.)

R.G.



## Wir gratulieren ...

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Augustin**, Emma, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. Juni

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Piotrowski**, Martha, geb. **Rosek**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 25. Juni

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Ihle**, Maria-Charlotte, geb. **Helmcke**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 29. Juni

**Rade**, Hans-Dietrich, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 26. Juni

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Besener**, Johanna, geb. **Babarski**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 24. Juni

**Niemzik**, Ewald, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 24. Juni

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Bartscheit**, Willy, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 25. Juni

**Boenkost**, Ursula, geb. **Bondzio**, aus Lötzen, am 28. Juni

**Bomber**, Herbert, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 27. Juni

**Gietz**, Ursula, geb. **Krafzik**, aus Lötzen, am 30. Juni

**Gottschalk**, Margarete, geb. **Sudau**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 28. Juni

**Kalinowski**, Ernst, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, am 29. Juni

**Kretschmann**, Herbert, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 25. Juni

**Skusa**, Lotte, geb. **Mross**, aus Neidenburg, am 26. Juni

**Wenning**, Betty, geb. **Mitzkat**, aus Georgenheide, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Brandtstätter**, Heinz, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 25. Juni

**Droste**, Werner, aus Montzen, Kreis Lyck, am 27. Juni

**Glaner**, Lotte, geb. **Lippik**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 26. Juni

**Haas**, Ursula, geb. **Patschke**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 27. Juni

**Krüger**, Änni, geb. **Panzer**, aus Klein Schläffen, Kreis Neidenburg, am 24. Juni

**Rupsch**, Herta, geb. **Grigull**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

**Sakrzewa**, Erich, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 29. Juni

**Scharnowski**, Ilse, geb. **Schönebeck**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 28. Juni

**Tegtmeyer**, Ruth, geb. **Martinu**, aus Wehlau, Parkstraße 36, am 28. Juni

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Flogerzi**, Gerda, geb. **Steckel**, aus Kahlau, Kreis Mohrunen, am 27. Juni

**Kiesewalter**, Frieda, geb. **Borowski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 28. Juni

**Kilian**, Irma, geb. **Kesler**, aus Lötzen, am 30. Juni

**Klein**, Erwin, aus Sanditten, Zargen Vorwerk, Kreis Wehlau, am 29. Juni

**Ossowski**, Anneliese, geb. **Lingk**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 29. Juni

**Schmid**, Helene, geb. **Taruttis**, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 28. Juni

**Weidmann**, Ursula, geb. **Smaka**, aus Metgothen, Kreis Samland, am 27. Juni

**Wittat**, Käthe, geb. **Gutowski**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 26. Juni

**Zozmann**, Marta, geb. **Bern**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 29. Juni

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Bethke**, Elfriede, aus Treuburg, Goldaper Straße 33a, am 26. Juni

**Blittner**, Hildegard, geb. **Skrodzki**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 30. Juni

**Gehrau**, Edith, geb. **Timm**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 29. Juni

**Gerken**, Gerda, geb. **Böhnke**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

**Habedank**, Heinz, aus Wippen, Kreis Ebenrode, am 26. Juni

**Heyna**, Herta, geb. **Dombrowski**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 25. Juni

**Kuchen**, Frieda, geb. **Komossa**, aus Rothbach, Kreis Lyck, am 25. Juni

**Küster**, Ursula, geb. **Kühn**, aus

Königsberg-Tannenwalde, am 19. Juni

**Lehmann**, Hilde, geb. **Borchert**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 26. Juni

**Lybs**, Ruth, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 24. Juni

**Manthey**, Gertrud, geb. **Herzog**, aus Lyck, am 26. Juni

**Meyer**, Edeltraut, geb. **Gehra**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 77, am 24. Juni

**Raulin**, Emma, geb. **Schneider**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 30. Juni

**Schummer**, Traute, geb. **Lamschöft**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 29. Juni

**Sczezan**, Gerhard, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 29. Juni

**Sill**, Eva, geb. **Koschorreck**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 25. Juni

**Viebrock**, Waltraut, geb. **Fingel**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 27. Juni

**Winter**, Helene, geb. **Rudat**, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 30. Juni

**Wittenborn**, Gertrud, geb. **Kupzik**, aus Kelchdorf, Kreis Treuburg, am 29. Juni

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Arnold**, Ernst-Bödwär, aus Wehlau, Parkstraße 63, am 26. Juni

**Bohl**, Elfriede, geb. **Klein**, aus Bledau, Kreis Heiligenbeil, am 27. Juni

**Cordes**, Lydia, geb. **Hensel**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. Juni

**Dölz**, Hanna, geb. **Mehlfeld**, aus Weidehnen, Kreis Samland, am 24. Juni

**Eckert**, Hannelore, aus Lyck, am 28. Juni

**Frank**, Anneliese, aus Schackewiese, Kreis Elchniederung, am 27. Juni

**Gogoll**, Günter, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 30. Juni

**Kastl**, Margarete, geb. **Ryck**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 30. Juni

**Kleinert**, Hildegard, geb. **Danowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 26. Juni

**Kränel**, Günter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 26. Juni

**Küthe**, Edeltraut, geb. **Gerths**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 27. Juni

**Laugemann**, Erika, geb. **Albuscheit**, aus Walldorf, Insterburg, am 28. Juni

**Leipholz**, Ilse, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 28. Juni

**Marks**, Frieda, geb. **Doliva**, aus Rosengarten, Kreis Angerburg, am 30. Juni

**Moore**, Anneliese, geb. **Hoyer**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 30. Juni

**Opatz**, Hildegard, geb. **Eisenberg**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 25. Juni

**Raab**, Gertrud, geb. **Pilch**, aus Rosengarten, Kreis Angerburg, am 30. Juni

**Rogel**, Agnes, geb. **Czerwonka**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 26. Juni

**Schuster**, Lydia, geb. **Kowalewski**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 30. Juni

**Schwiering**, Irmtraut, geb. **Broszewski**, aus Treuburg, Lötzenstraße 17, am 27. Juni

**Weiser**, Herta-Johanna, geb. **Rohmann**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 28. Juni

**Will**, Lothar, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 24. Juni

**Zart**, Gisela, geb. **Wiegner**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 29. Juni

**Zekorn**, Annemarie, geb. **Dieser**, aus Groß Kuhren, Kreis Samland, am 29. Juni

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Bembeneck**, Heinz, aus Plötzenhof, Kreis Lyck, am 26. Juni

**Bitter**, Annelore, geb. **Bolz**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 5, am 28. Juni

**Borgwardt**, Edelgard, geb. **Petric**, aus Altenglige, Kreis Elchniederung, am 26. Juni

**Brozio**, Erich, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 28. Juni

**Brozy**, Horst, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 27. Juni

**Bruder**, Margarete, geb. **Wißemborski**, aus Steinwalde, Kreis Lötzen, am 25. Juni

**Bugaj**, Waltraud, aus Mittendorf, Kreis Mohrunen, am 27. Juni

**Friedrichs**, Gottfried, aus Pillau, Kreis Samland, am 24. Juni

**Fuehrer**, Martin, aus Gumbinnen, am 2. Juni

**Girgis**, Christel, geb. **Hesselbach**, aus Lyck, am 29. Juni

**Kittler**, Charlotte, geb. **Kurbjuweit**, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 29. Juni

**Knoche**, aus Tilsit-Ragnit, am 27. Juni

**Krause**, Heinz, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 28. Juni

**Lewandrowski**, Werner, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 30. Juni

**Nassutt**, Adalbert, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni

**Schadenberg**, Hannelore, geb. **Semrau**, aus Reimanswalde, Kreis Treuburg, am 28. Juni

**Scheidemantel**, Eberhard, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 27. Juni

**Schipplock**, Edith, geb. **Aust**, aus Rimlack, Kreis Preußisch Eylau, am 28. Juni

**Schneider**, Hildegard, geb. **Miklas**, John aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. Juni

**Thiel**, Heinz, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 27. Juni

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Bowski**, Gertrud, geb. **Behrendt**, aus Saadau, Kreis Ortelsburg, am 24. Juni

**Braukmann**, Marta, geb. **Naroska**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 28. Juni

**Danneberg**, Bernhard, aus Kronau, Kreis Lötzen, am 28. Juni

**Didwissus**, Edith, geb. **Zimzik**, aus Amerudau, Kreis Ortelsburg, am 28. Juni

**Ewert**, Anneliese, geb. **Meißner**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 24. Juni

**Feil**, Marianne, geb. **Metauge**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 30. Juni

**Frense**, Brigitte, geb. **Zywiets**, aus Neidenburg, am 26. Juni

**Hennings**, Christel, geb. **Mathes**, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

**Höcke**, Dr. Erhard, aus Irglacken Kreis Wehlau, am 26. Juni

**Kirchner**, Renate, geb. **Spodeck**, aus Treuburg, Am Markt 66, am 25. Juni

**Kühnast**, Hannelore, geb. **Koske**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 27. Juni

**Kussin**, Manfred, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 30. Juni

**Maczeizik**, Dieter, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 30. Juni

**Markert**, Lothar, aus Aue, am 28. Juni

**Neumann**, Peter, aus Ebenrode, am 26. Juni

**Otto**, Ursula, geb. **Thomas**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Juni

**Patzelt**, Traute, geb. **Faust**, aus Pillau, Kreis Samland, am 27. Juni

**Peterson**, Gerhard, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

**Sommer**, Renate, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 25. Juni



**Jacobi**, Lucian, aus Fischhausen, und Ehefrau, Erika, geb. **Klement**, aus Groß Heydekrug, Kreis Samland, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

**Seidel**, Kurt, aus Lötzen, und Ehefrau Edith, aus Ottmachau, am 27. Juni

## Oberschlesisches Landesmuseum :

Noch bis Sonntag, 14. Juli zeigt das Oberschlesische Landesmuseum die Sonderausstellung „Grenzgänger. Erzählte Zeiten, Menschen, Orte.“ Die Präsentation veranschaulicht mit vielen Informationen und Quellenmaterial die Erfahrungen der Oberschlesier durch die Teilung des Landes in den Jahren 1922 bis 1939.

Diese Epoche hat die Region maßgeblich geprägt. Die in der Ausstellung betrachtete Zeitspanne ist beispielhaft für multiethnische Konfliktregulierung unter internationaler Kontrolle. Das Ausstellungsprojekt initiierte das Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit (HdPZ) in Gliwicz [Gliwice].

Der Katalog zur Ausstellung ist für 18,80 Euro im Museumsshop erhältlich.

**Kontakt und Information:**  
Oberschlesisches Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen, Telefon (02102) 965-0, E-Mail: info@oslm.de, Internet: www.oslm.de und auch auf facebook.

## HÖRFUNK &amp; FERNSEHEN

**SONNABEND**, 22. Juni, 14 Uhr  
RBB: Östlich der Oder. Durch die Neumark.

**SONNABEND**, 22. Juni, 20.15 Uhr,  
Arte: Stockholm 1628 – Das Abenteuer der Vasa. Doku.

**SONNABEND**, 22. Juni, 20.15 Uhr,  
BR: Kronprinz Rudolfs letzte Liebe. Historiendrama. Zum 70 Geburtstag von Klaus Maria Brandauer.

**SONNTAG**, 23. Juni, 8.05 Uhr,  
WDR 5: Osteuropa-Magazin.

**SONNTAG**, 23. Juni, 8.05 Uhr,  
Deutschlandradio Kultur: Aus den Archiven. „Ich bin ein Berliner“. Vor 50 Jahren besuchte John F. Kennedy Westberlin.

**SONNTAG**, 23. Juni, 20.15 Uhr,  
Phoenix: Die Elbe von oben. Naturdoku.

**SONNTAG**, 23. Juni, 21.45 Uhr,  
Phoenix: Kasachstan – Geliebte Diktatur.

**SONNTAG**, 23. Juni, 22.30 Uhr,  
Phoenix: In den Höhen Tadschikistans.

**MONTAG**, 24. Juni, 20.15 Uhr,  
NDR: Heinz Erhardt ist Kult – der große Humorist und sein Erbe. Doku.

**MONTAG**, 24. Juni, 22 Uhr,  
WDR: Staatsgeheimnis Lkw-Maut – Wie Politik und Großkonzerne kungeln. Doku.

**MONTAG**, 24. Juni, 22.45 Uhr,  
ARD: Lohnsklaven in Deutschland. Doku.

**MONTAG**, 24. Juni, 23.55 Uhr,  
3sat: Der Muslim-Bestatter. Vom Leben und Sterben zwischen den Kulturen. Reportage CH 2013.

**DIENSTAG**, 25. Juni, 20.15 Uhr,

HR: 1963 – Hessen feiert Kennedy. Reportage.

**DIENSTAG**, 25. Juni, 22.20 Uhr,  
Arte: Frauen an der Front. Die Krankenschwestern im Zweiten Weltkrieg waren bei der Wehrmacht angestellt und wurden ebenso vereidigt wie Soldaten. Doku.

**DIENSTAG**, 25. Juni, 23.10 Uhr,  
Arte: Staatsgeheimnis Bankerrettung. Doku.

**DIENSTAG**, 25. Juni, 0.15 Uhr,  
RBB: Wenden, Sorben, Deutsche. Eine Minderheit zwischen Selbstbehauptung und Anpassung.

**MITTWOCH**, 26. Juni, 9.05 Uhr,  
Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 50 Jahren: US-Präsident John F. Kennedy besucht Westberlin.

**MITTWOCH**, 26. Juni, 13.07 Uhr,  
Deutschlandradio Kultur: Länderreport. „Ich bin ein Berliner“. 2

## LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



**BADEN-  
WÜRTTEMBERG**

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher  
Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon  
und Fax (0711) 854093, Ge-  
schäftsstelle: Haus der Heimat,  
Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart,  
Tel. und Fax (0711) 6336980.

**Buchen** – Dienstag, 25. Juni,  
15 Uhr, Amtsstube in Mosbach:  
Filmvorführung, Treffpunkt in Bu-  
chen am Musterplatz/Am Ring  
um 14.15 Uhr.

**Stuttgart** – Dienstag, 9. Juli,  
14.30 Uhr, Haus der Heimat, Klei-  
ner Saal: Treffen der Frauengrup-  
pe. Thema des Nachmittags ist  
„Bedeutende ost- und westpreu-  
ßische Persönlichkeiten“.



**BAYERN**

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm  
Böld, Telefon (0821) 517826, Fax  
(0821) 3451425, Heilig-Grab-Gas-  
se 3, 86150 Augsburg, E-Mail: in-  
fo@low-bayern.de, Internet:  
www.low-bayern.de.

**Altmühlfranken** – Sonnabend,  
22. Juni: Tagesausflug nach Bad  
Mergentheim, Sitz des Deutschen  
Ordens.

**Ansbach** – Sonnabend, 22. Juni:  
Ausflug nach Bad Mergentheim,  
Sitz des Deutschen Ordens, mit  
der Gruppe Weißenburg-Gunzen-  
hausen.

**Bamberg** – Mittwoch, 17. Juli,  
15 Uhr, Café Graupner, Lange  
Straße (Nebenzimmer): Sommer-  
fest der Gruppe.

**Landshut** – Freitag, 5. Juli,  
16 Uhr, Altstadt, gegenüber der  
Sparkasse: Treffen zum Tribünen-  
fest anlässlich der Landshuter  
Hochzeit.

**München** – Jeden Montag,  
18–20 Uhr, Haus des Deutschen  
Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis,  
Ansprechpartner Dr. Ger-  
hard Gräf, Offenbachstraße 60,  
85598 Baldham, Telefon (08106)  
4960.

**Nürnberg** – Dienstag, 25. Juni,  
15 Uhr, Haus der Heimat, Im-  
buschstraße 1, Nürnberg-Lang-  
wasser: Veranstaltung zum Thema  
„Lovis Corinth, ein ostpreußi-  
scher Maler“. Gäste sind herzlich  
willkommen.

**Starnberg** – Donnerstag, 11. Juli,  
15 Uhr, Bayerischer Hof: Treffen  
der Gruppe.

**Weiden – Heimatnachmittag bei  
den Ost- und Westpreußen** – Zum  
Heimatnachmittag konnte der 1.  
Vorsitzende Norbert Uschald viele  
Mitglieder und Gäste im Café  
Mitte am Stockerhupark begrü-  
ßen. Danach wurden die Heimat-  
lieder „Land der dunklen Wälder“  
und „Westpreußen mein lieb Hei-  
matland“ gesungen. Im Anschluss  
daran gratulierte die Kassiererin  
Ingrid Uschald den Geburtstags-

kindern des Monats Juni. Der Vor-  
sitzende berichtete danach von  
den weit verbreiteten Bräuchen  
zum Johanniabend und zur Son-  
nenwende. Er ging besonders auf  
die Traditionen im Alpenraum  
ein. Anschließend gab es heiteres  
Quiz. Die Anwesenden bekamen  
die Aufgabe, Blumen zu nennen,  
die anhand einer Umschreibung  
zu finden sind. So lautete zum  
Beispiel die Umschreibung „Zer-  
kleinerungsgerät in der Brüllöff-  
nung eines Raubtieres“. Die Lö-  
sung hierzu ist „Löwenmäul-  
chen“. Katharina Uschald erfreute  
die Landsleute mit Liedern, die  
sie mit ihrer Flöte vortrug. Anita  
und Norbert Uschald sorgten mit  
Flöte und Melodika für weitere  
musikalische Unterhaltung. Mit  
dem Lied „Kein schöner Land“  
verabschiedete man sich zum  
nächsten Heimatnachmittag am 1.  
September um 14.30 Uhr im Café  
Mitte.



**BERLIN**

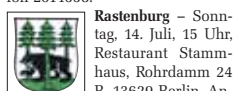
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch,  
Geschäftsstelle: Forckenbek-  
straße 1, 14199, Berlin, Telefon  
(030) 2547345, E-Mail:  
info@bdv-blnd.de, Internet:  
www.ostpreussen-berlin.de. Ge-  
schäftszeit: Donnerstag von 14  
Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der  
Geschäftszeit: Marianne  
Becker, Telefon (030) 7712354.



**Bartenstein** – Sonnabend,  
22. Juni,  
14 Uhr, Rathaus  
Zehlendorf, Zimmer  
21, Kirchstraße 1–3,  
14163 Berlin. Anfragen bei Elfride  
de Fortange, Telefon (030)  
4944404.



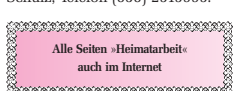
**Mohrungen** – Don-  
nerstag, 4. Juli,  
15 Uhr, Restaurant  
Sternstunde, Kreuz-  
nacher Straße 29,  
14197 Berlin: Treffen der Gruppe.  
Anfragen bei Ursel Dronsek, Tele-  
fon 2614338.



**Rastenburg** – Son-  
ntag, 14. Juli, 15 Uhr,  
Restaurant Stamm-  
haus, Rohrdamm 24  
B, 13629 Berlin. An-  
fragen bei Martina Sontag, Tele-  
fon (033232) 188826.



**Königsberg /  
Samland / Labiau** – Frei-  
tag, 19. Juli, 14 Uhr,  
Johann-Georg-Stu-  
ben, Johann-Georg-  
Straße 10: Treffen  
der Gruppe. Infor-  
mationen bei Prof. Wolfgang  
Schulz, Telefon (030) 2515995.



Alle Seiten „Heimatarbeit“  
auch im Internet



**BREMEN**

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Te-  
lefon (0421) 25 09 29, Fax (0421)  
25 01 88, Hodenberger Straße  
39 B, 28355 Bremen. Landesge-  
schäftsführer: Jörg Schulz, Am  
Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Te-  
lefon (04296) 747701.

**Landesgruppe** – Neuer Ge-  
schäftsführer: Jörg Schulz, Am  
Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Te-  
lefon (04296) 747701, ist neuer  
Landesgeschäftsführer. Er hat das  
Amt des verstorbenen früheren  
Geschäftsführers Günter Höge-  
mann übernommen.

**Bremen** – Sonnabend, 22. Juni,  
15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr, Flug-  
hafenhotel Atlantic, Flughafen-  
allee 26: „250 Jahre Einladungsma-  
nifest der Zarin Katharina der  
Großen 1763“. In einer gemeinsa-  
men Veranstaltung mit der Lands-  
mannschaft der Russlanddeut-  
schen möchte die Gruppe an den  
Beginn der Auswanderung Deut-  
scher in das weite russische Za-  
renreich, die daraus entstandenen  
deutschen Dörfer und Regionen  
sowie an das Schicksal der Men-  
schen im und nach dem Zweiten  
Weltkrieg erinnern, das sie eben-  
so wie die Menschen aus Ost-  
und Westpreußen zu den Opfern  
zweier Diktaturen machte. Im  
Rahmen einer Kaffeetafel werden  
Ausschnitte aus einer Filmdoku-  
mentation gezeigt und es kommen  
Zeitzeugen zu Wort. Die Russ-  
landdeutschen haben ein eigenes  
Liedgut überliefert, das vom Chor  
„VIVA“ der Landsmannschaft un-  
ter der Leitung von Olga Koposo-  
va in zwei Auftritten vorgestellt  
wird. Eine kleine Ausstellung  
zeigt Fotos mit Erläuterungen zur  
Integration der Russlanddeut-  
schen. Eine Anmeldung ist nicht  
erforderlich, die Organisatoren  
erwarten aber, dass dieses inter-  
essante Angebot auf großes Inter-  
esse stoßen wird.

**Bremerhaven** – Freitag, 28. Juni,  
14.30 Uhr, Barlachhaus: Kultur-  
nachmittag und Sommerfest. Im  
Juli und August ist Sommerpause.

**HAMBURG**

Erster Vorsitzender: Hartmut  
Klingbeutle, Kippingsstr. 13, 20144  
Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mo-  
biletelefon (0170) 3102815. 2. Vor-  
sitzender: Manfred Samel, Fried-  
rich-Ebert-Straße 69 b, 22459  
Hamburg, Telefon/Fax (040)  
587585.

**BEZIRKSGRUPPE**

**Hamburg-Harburg** – Sonntag,  
23. Juni, 11 Uhr, St. Johanne-  
s-Kirche, Bremer Straße 9 (zu ei-  
reichen mit der S 3 und S 31 bis  
zur Station Harburg-Rathaus):  
Ostpreußischer Heimatgottes-  
dienst. Die Predigt hält Pastorin  
Sabine Kaiser-Reis. Anschlie-  
ßend lädt die Gruppe ins Ge-  
meindehaus zu Kaffee und Ku-  
chen ein.

**Hamburg-Wilhelmsburg** – Mon-  
tag, 24. Juni, 15 Uhr, Waldquelle,  
Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit  
Bus 443 bis Waldquelle): Heimat-  
nachmittag.

### FRAUENGRUPPE



**Hamburg-Bergedorf**  
– Freitag, 28. Juni,  
15 Uhr, Haus des Be-  
gleiters, Ludwig-Ro-  
senberg-Ring 47:  
Treffen der Frauengruppe. Die  
Märchenerzählerin Erika Deiters  
erzählt ostpreußische Märchen.  
Gäste sind herzlich willkommen.

### KREISGRUPPE



**Insterburg** – Die  
Gruppe trifft sich je-  
den 1. Mittwoch im  
Monat (außer Januar  
und Juli) mit Liedern  
und kulturellem Programm um 12  
Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Froh-  
mestraße 123–125. Rückfragen  
bei Manfred Samel, Friedrich-  
Ebert-Straße 69 b, 22459 Ham-  
burg, Telefon/Fax (040) 587585,  
E-Mail-Adresse: manfred-samel@hamburg.de.



**Osterode** – Sonn-  
abend, 20. Juli,  
14 Uhr, Café Prin-  
zess, Alsterdorfer  
Straße 572, Ham-  
burg-Ohlsdorf: Herzliche Einla-  
dung zum Sommerfest der Grup-  
pe bei einem gemütlichen Nach-  
mittag. Beginn mit einer gemü-  
tlichen Kaffeetafel, danach ge-  
meinsames Singen und Erzählen.



**Sensburg** – Sonn-  
abend, 13. Juli, 14  
Uhr, Café Prinzess,  
Alsterdorfer Straße  
572, 22337 Ham-  
burg (Nähe U- und S-Bahnstation  
Ohlsdorf): Gemütliches Beisam-  
mensein. Gäste sind herzlich wil-  
kommen.



**Stellvertretender Vorsitzender:**  
Ulrich Bonk, Voltastraße 41,  
60486 Frankfurt/Main, Tele-  
fon (069) 77039652.

**Darmstadt – Bericht vom  
Frühlingsfest** – Der Vorsitzende  
Gerhard Schröder begrüßte im  
Kranichsteiner Bürgerhaus am  
See besonders Reinhard Kröhnert  
und Walter Fischer, die mit Violi-  
ne und Akkordeon das Frühlings-  
fest musikalisch verschönern sol-  
len. Er dankte dem Ehepaar Lask,  
das zum Geburtstag von Ruth  
Lask aus Groß Rosen Kuchen und  
Getränke spendierte. Ein herz-  
licher Dank ging auch an Wal-  
traud Barth, die „ihren Garten ge-  
plündert und den Frühling auf die  
Tische gestellt“ hatte. Stehend ge-  
dachte man Horst Polakowski aus  
Löten, der kurz vor seinem 80.  
Geburtsfest gestorben war. Ger-  
hard Turowski erinnerte in sei-  
nem geistlichen Wort daran, dass  
früher für Sicherheit und Trost  
Gott zuständig war. Trost kann  
nun von Gott kommen, er allein  
macht Hilfe möglich. Dieter Leit-  
ner (BdD) rezitierte das Gedicht:

Der HERR, unser Gott, hat uns behütet  
auf dem ganzen Weg,  
den wir gegangen sind. Josua 24,17

Ein weiter Weg ist still zu Ende gegangen.

Unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder,  
Schwager und Onkel

## Wolfram Ambrosy

\* 7. 2. 1929 † 28. 5. 2013  
Johannisburg Fürth/Bay

wurde in die ewige Heimat abgerufen.

90763 Fürth/Bay, Schwabacher Straße 84.

In stiller Trauer:  
**Hannes und Wally  
Tanja und Daniel  
Janna  
Werner und Mechthild  
Stefan und Markus  
alle Verwandten  
und Freunde**

Die Aussegnungsfeier fand am 5. Juni 2013 auf dem Fürther  
Friedhof statt.

„Maienwonne, Maienblüte in dem  
Herzen, im Gemüte“. Kritik übe  
Gerhard Schröder an der Lokal-  
zeitung, dass sie manchmal die  
Ankündigungen unserer Treffen  
nicht veröffentlichte. Er erinnerte  
daran, dass vor 60 Jahren das Ver-  
triebenengesetz verabschiedet  
wurde. In seiner Geburtsstadt Ra-  
stenburg wurde der 150. Geburts-  
tag des Schriftstellers Arno Holz  
drei Tage lang gefeiert. Nach den  
Geburtsstagsgrüßen von Anni Oest  
sang Leitner das Lied: „Seid ge-  
grüßt am Wiegenfeste, seid ge-  
grüßt mit Herz und Mund;  
schenk' euch Gott das Allerbeste,  
Fried' und Freud' zu jeder Stund“.  
Fülle reich euch Herz und Haus  
mit des Himmels Gaben aus.“  
Hannelore Neumann las Ruth Ge-  
des anrührende Geschichte „Am  
Abend kam das Schimmelchen“,  
Walter Fischer spielte zwei Trom-  
petensoli. Schröder las ein  
Pfingstgedicht und Gisela Keller  
in heimatlicher Mundart „Pinge-  
ste in Eydkuhne“. Zum Abschluss  
dankte der Vorsitzende besonders  
den Musikern Kröhnert und Fi-  
scher, die die gemeinsam gesun-  
genen Lieder wie „Im schönsten  
Wiesengrunde“ oder „Wenn alle  
Brünnlein fließen“ und andere  
mit ihren Instrumenten begleite-  
ten.

**Dillenburg** – Mittwoch, 26. Juni,  
15 Uhr, Café Eckstein, Königsber-  
ger Straße: **Monatsversammlung.**  
Hans-Joachim Naujoks wird  
nochmals an die Vertreibung der  
evangelischen Salzburger 1732  
erinnern, diesmal im Zusammen-  
hang mit der Ostpreußenhütte  
des Deutschen Alpenvereins im  
Salzburger Land, die um 1900 er-  
richtet wurde. – Bei der Monats-  
versammlung im Mai sprach  
Hans-Joachim Naujoks über seine  
Heimatstadt Gumbinnen, die  
durch „Integration zur Salzbur-  
gerstadt“ wurde. Die Einwande-  
rung der Salzburger im Jahre  
1732 ist ein wichtiges Geschichts-  
kapitel des Kreises Gumbinnen.  
Dazu kam es durch einige ein-  
schneidende Ereignisse in der  
Vorgeschichte. Im Jahre 1656 fie-  
len die Tataren in Ostpreußen ein,  
ermordeten zirka 23000 Men-  
schen und verschleppten weitere

34000. Als eine der Folgen wü-  
te von 1709–1711 die Pest. Was  
die Tataren nicht geschafft hatten,  
das schaffte der „Schwarze Tod“:  
Viele Dörfer starben aus und ver-  
fielen, kirchliche und staatliche  
Ordnung drohten sich aufzulösen.  
Die Zahl der Pesttoten lag zwi-  
schen 80000 und 250000. Da es  
kein Heilmittel gegen die Pest gab,  
musste man warten, bis sie sich  
ausgetobt hatte. König Friedrich I.  
versuchte zwar, durch Ansiedlung  
von 100 Schweizer Familien das  
Land wieder zu beleben, aber die  
meisten Neusiedler erlagen eben-  
falls der Pest. Im Jahre 1713 trat  
Friedrich Wilhelm I. die Nachfol-  
ge seines Vaters an. Er machte es  
sich zur vorrangigen Aufgabe, das  
verödete Land neu zu besiedeln.  
Zunächst holte er in den Jahren  
1714 bis 1721 zahlreiche Bauern  
aus Litauen ins Land. Da das  
nicht ausreichte, folgte eine zwei-  
te Einwanderungswelle aus der  
Schweiz, aus Nassau, der Pfalz  
und von Magdeburg. Den Ab-  
schluss bildeten 1732 zirka 16000  
Salzburger, die wegen ihres pro-  
testantischen Glaubens, aus ihrer  
Heimat vertrieben wurden. Seit  
der Reformation Martin Luthers,  
die mit dem Anschlag der 95 The-  
sen an der Schlosskirche zu Wit-  
tenberg 1517 begann, und die  
schließlich eine Kirchenspaltung  
bewirkte, breitete sich der Pro-  
testantismus immer weiter aus. Das  
Salzburger Land sollte nach dem  
Willen des Erzbischofs Firmian  
(seit 1727) wieder rein katholisch  
werden. Er ließ die Jesuiten auf  
öffentlichen Plätzen predigen; alle  
Einwohner mussten, bei Andro-  
hung härtester Strafen, erschei-  
nen. Aber die protestantischen  
Gläubigen ließen sich nicht be-  
kehren. Sie taufen sich weiter  
heimlich und schickten sogar  
Bittschriften an den Kaiser. Die  
Delegation wurde abgefangen,  
und dem Erzbischof Firmian fiel  
eine Liste mit 20000 Unterschrif-  
ten in die Hände. Er bezeichnete  
nun die Protestanten als Rebellen  
und erließ im Oktober 1731 den

Landsmannschaftl. Arbeit  
Fortsetzung auf Seite 17

### Anzeigen

**Masuren-Königsberg-Danzig  
Kurische Nehrung**  
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

**Pflegebedürftig, was nun?**  
Verantwortungsbewusstes Personal  
aus Polen wohnt bei Ihnen zu Hause  
und betreut Sie rund um die Uhr.  
Tel. 04 51 / 81 31 117, Frau Verwiebe

## Schreiben Sie?

### Wir veröffentlichen Ihr Manuskript!

Seit 1977 publizieren wir mit Erfolg Bücher von  
noch unbekannten Autoren. Kurze Beiträge  
passen vielleicht in unsere hochwertigen  
Anthologien. Wir prüfen Ihr Manuskript  
schnell, kostenlos und unverbindlich.

**edition fischer**

Orber Str. 30 • Fach 71 • 60386 Frankfurt  
Tel. 099/941 942-0 • Fax -98/-99  
www.verlage.net  
E-Mail: lektorat@edition-fischer.com

Suche nettes Frauchen aus meiner  
Heimat, Kreis Löten, (um die 70),  
**bin 79 J. alt und gesund.**  
Möchte nach Norddeutschland umzie-  
hen, 3 Zimmer Eigentumswohnung  
verkaufen.  
Meine Anschrift:  
Heinz Zander, Im Häule 8,  
74535 Mainhardt-Geißelhardt  
(bei Heilbronn)  
Telefon: 08903/943480

PAZ wirkt!

Tel. (0 40) 41 40 08 47

www.preussische-allgemeine.de

## OSTPREUSSENTREFFEN

### 13. Juli 2013

### Stadthalle in Winsen (Luhe)

Luhdorfer Str. 29, 21423 Winsen (Luhe)

Die Kreisgemeinschaften Ebenrode und Schloßberg sowie die Landesgruppe  
Niedersachsen der Landsmannschaft Ostpreußen laden Landsleute  
aller Regionen unserer Heimat herzlich zum Treffen nach Winsen ein.

**!Die Heimatstuben ab 16.30 Uhr geöffnet! Programm von 11.00–16.30 Uhr u.a. mit:**

> Vortrag: „1812 und 1813 – Jahre der Entscheidung/Preußen zwischen  
Frankreich und Russland“, von Herrn Dr. Rix

> Konzert mit „BernStein“

> Lesung mit Herbert Tennigkeit: „Woher kommen die Marjellenchen“

Im Foyer: Infostände, Buchverkauf, Filme und Fotos, Familienforschung.



Landmannschaftl. Arbeit  
Fortsetzung von Seite 16

sogenannten „Emigrationserlass“. Danach mussten alle Nichtkatholiken das Land verlassen, zum Teil schon nach acht Tagen. Ihre Kinder der unter 12 Jahren mussten sie zurücklassen. Mit der Ausweisung so vieler Menschen erwies Bischof Firmian seinem Land aber einen Bärendienst. Die Wirtenschaft brach zusammen, weil Ärzte, Lehrer Handwerker und Bauern fehlten und nicht sofort ersetzt werden konnten. Die ersten 800 Ausgewiesenen irrten in Süddeutschland umher und wussten nicht wohin. Als der preussische König vom Elend der Salzburger erfuhr, lud er sie ein, nach Preußen zu kommen. Im April 1732 kamen sie in Potsdam an und wurden von Friedrich Wilhelm I.

Alle Seiten „Heimatarbeit“  
auch im Internet

persönlich mit den Worten begrüßt: „Bei mir sollt ihr es gut haben, Kinder!“ Diese Szene wurde im Jahr 1912 auf einem Fresko in der Aula der Friedrichschule in Gumbinnen dargestellt. Das Fresko, das im Krieg sehr gelitten hatte, wurde inzwischen dank der Spenden vieler ehemaliger Gumbinner restauriert und strahlt seit 2008 wieder in altem Glanz. Es folgten 32 weitere Transporte, die nach Ostpreußen kamen, teils über Land mit Pferd und Wagen, teils per Schiff von Stettin nach Königsberg. Von dort aus zogen 10625 Salzburger nach Gumbinnen, 2000 wurden im westlichen Ostpreußen angesiedelt. Sie wurden zunächst bei Bürgern und Bauern einquartiert und bekamen im Frühjahr ihre Höfe zugewiesen, für die sie zwei Pferde, eine Kuh, Fuhrwerke und alle Gerätschaften erhielten. Inspektoren, ja manchmal der König selbst, überwachten die anfallenden Arbeiten. In den folgenden Jahren erhielten die Salzburger in Gumbinnen eine eigene Kirche und ein Hospital. Die im Krieg zerstörte Kirche wurde 1995 wieder aufgebaut. Im Jahr 1998 entstand daneben ein Diakoniezentrum, in dem Bedürftige warme Mahlzeiten und Lebensmittel erhalten. Um 1930 war zirka ein Drittel aller Ostpreußen von salzburgischer Abstammung, auch die Dichterin Agnes Miegel, die ihren Salzburger Ahnen ein Gedicht widmete. Unter König Friedrich Wilhelm I., dem Soldatenkönig, entwickelte Preußen sich auch zu einem Staat mit großer Toleranz, mit Gleichheit Aller vor dem Gesetz, Duldung aller Religionsrichtungen und zum Hört für alle aus Glaubensgründen Verfolgten.



Vorsitzender: Manfred F. Schukat,  
Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam,  
Telefon (03971) 245688.

**Neubrandenburg** – Sonnabend, 5. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg, Schwedenstraße / Kulturpark: 18. Landestreffen der Ostpreußen M-V in Neubrandenburg. Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern treffen sich. Zu diesem großen Wiedersehen werden etwa 2000 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreussischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert, wo man Landsleute aus der Heimat treffen kann. Das reiche ostpreussische Kulturprogramm wird gestaltet vom Jugendblasorchester Grimmen, dem Shanty-Chor „De Klaashahns“

Warnemünde, Tanzgruppen und Chören aus Masurern, Gumbinnen und dem Memelland sowie von Heimatsänger BernStein. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl an Heimatliteratur und Bärenfang sowie genügend Parkplätze gleich an der Halle ist gesorgt. Informationen gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245 688. Zum 18. Landestreffen der Ostpreußen am 5. Oktober 2013 in Neubrandenburg hat die Landesgruppe günstige Hotelpreise für Gruppen organisiert: Doppelzimmer mit Frühstück für 30 Euro pro Person, Einzelzimmer mit Frühstück für 55 Euro. Bitte direkt buchen, solange Plätze frei sind: Hotel am Ring GmbH, Frau Juliane Feix, 17033 Neubrandenburg, Große Krauthöferstraße 1, Telefon (0395) 556-2092, Email: feix@hotel-am-ring.de, Das Kennwort ist: „Ostpreußentreffen Jahnsportforum“.



## NIEDERSACHSENS

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke,  
Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg,  
Telefon (04131) 42684.  
Schriftführer und Schatzmeister:  
Gerhard Schulz, Bahnhofstraße  
30b, 31275 Lehrte, Telefon  
(05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg:  
Manfred Kirrinis, Wittlinger  
Straße 122, 29223 Celle,  
Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe  
Braunschweig: Fritz Folger,  
Sommerlust 26, 38118 Braunschweig,  
Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe  
Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen  
Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon  
(05901) 2968.

**Landesgruppe – Kleines Ostpreußentreffen** – Erstmals wird die Landesgruppe gemeinsam mit den Kreisgemeinschaften Schlossberg und Ebenrode aus Anlass des Heimatkreistreffens dieser Kreisgemeinschaften ein kleines Ostpreußentreffen am Sonnabend, 13. Juli, in Winsen / Luhe durchführen. Neben einem Vortrag über „1812 und 1813 – Jahre der Entscheidung: Preußen zwischen Frankreich und Russland“ in der offiziellen Feierstunde wird ein Kulturprogramm mit einem Konzert „BernStein“ und eine Lesung „Woher kommen die Marjellchen“ von unserem Landsmann Tennigkeit geboten. Eingeladen sind alle Ostpreußen und alle Freunde Ostpreußens.

**Braunschweig** – Mittwoch, 26. Juni, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant, Jasperallee 42 (Eingang Seniorenclub Stadtpark): Treffen der Gruppe. Geplant ist eine Filmvorführung über das alte Ostpreußen. Gäste sind herzlich willkommen.

**Helmstedt** – Donnerstag, 11. Juli, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe.

**Oldenburg** – Bericht über die Versammlung am 12. Juni – Eine weitere Lesung stand auf dem Programm des Juni-Nachmittages der Frauengruppe der Ost- und Westpreußen Oldenburg. Der Ostpreuße E.T.A. Hoffmann hat bei seinen Besuchen in Schlesien Reiseindrücke an seine Freunde geschildert und der Schlesier Josef von Eichendorff hat während seinen Aufenthalten in Danzig und Königsberg bekannte Romane geschrieben oder vollendet. Textausschnitte beider Schriftsteller lasen im Wechsel der Schlesier Hans-Wolfgang Pietsch und die Westpreuße Gisela Borchers. Den Abschluss bildete ein Ausschnitt aus Eichendorffs Text über die Marienstatue an der Marienburg in Westpreußen. Das Riesengebirgslied und das Volkslied „Wem Gott will rechte Gunst erweisen“ von Eichendorff zusammen mit dem Ostpreußenlied lockerten für die Zuhörer die Atmosphäre auf. – Beim nächsten Treffen am 10. Juli unternimmt die Gruppe eine

halbtägige Kulturfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. Anmeldung bei der Vorsitzenden Gisela Borchers.



**Osnabrück** – Dienstag, 2. Juli, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaler Weg 152: Kegeln. – **Bericht von der Jahreshauptversammlung** – Die Versammlung mit dem traditionellen Grützwurstessen fand in diesem Jahr im Parkhotel Osnabrück statt, da die Osnabrück-Halle zurzeit umgebaut wird. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Alfred Sell gedachte man der verstorbenen Mitglieder. Anschließend berichteten die Mitglieder des Vorstands über ihre Aktivitäten im Jahr 2012. Die Kulturreferentin Gertrud Franke führte in ihrem Bericht aus, dass der Zeitraum nach Flucht und Vertreibung von Jahr zu Jahr wachse. Was bleibt, sei die Erinnerung an die ost- und westpreussische Heimat, die nur weiterlebe, wenn Sitten und Gebräuche bewahrt, gepflegt und an die junge Generation weitergegeben werde, damit nichts ver-

gessen und verloren gehe. Dieser Aufgabe gerecht zu werden, galt die Arbeit des vergangenen Jahres. Barbara Kleine gab einen Überblick über ihre Arbeit als Pressereferentin. Den Kegelclub „Marjellchen und Lorbasse“ leitet sie seit über 20 Jahren. Die Frauenreferentin Lore Müller berichtete über ihre Arbeit alle vier Wochen stattfindenden Treffen der Frauengruppe. Es werden unter anderem häufig Berichte über bekannte Persönlichkeiten, die im Ostpreußenblatt erscheinen, vorgelesen und diskutiert. Gedichte aus ostpreussischen Heimatbriefen werden vorgetragen. Dem Schatzmeister Heinz Bruweleit wurde durch die Kassprüferin Felicitas Thiede eine ordnungsgemäße Kassenführung bestätigt, sodass ihm Entlastung erteilt werden konnte. In diesem Jahr musste ein neuer Vorsitzender gewählt werden, da Alfred Sell sich nicht mehr zur Wahl stellte. Als Wahlleiter fungierte Louis-Ferdinand Schwarz, der zunächst den jahrelangen Einsatz Alfred Sells für die Landmannschaft würdigte. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Peter Reimer, stellvertretender Vorsitzender Gerhard Reihls, Schatzmeister Heinz Bruweleit, Kulturreferentin und Schriftführerin Gertrud Franke, Pressereferentin und Referentin für Freizeit und Hobby Barbara Kleine, Frauenreferentin Lore Müller, Beisitzerin Else Töber, Kassprüferin Felicitas Thiede und Ewald Kleine. Mitglieder

und Gäste genossen anschließend das schmackhafte Grützwurstessen und die angenehme Atmosphäre im Parkhotel.

NORDRHEIN-  
WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner,  
Geschäftsstelle: Buchenring 21,  
59929 Brilon, Tel. (02964) 1037,  
Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaett@Ostpreussen-NRW.de,  
Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

**Bielefeld** – Sonnabend, 29. Juni ab 15 Uhr, Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld: Feierstunde anlässlich des 65-jähriges Bestehens der Gruppe. Ein buntes Programm aus kulturellen Darbietungen und Musik, einer Rede des Landesvorsitzenden der Ostpreußen in NRW, Jürgen Zauner, wird die Hauptrede halten, in der er einen Rück- und Ausblick gibt. Im Anschluss an das offizielle Programm besteht die Möglichkeit, bei Essen und Trinken Freunde und Bekannte im gemütlichen Kreis zu treffen oder sich am Büchertisch zu informieren. Alle Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen mit den Ostpreußen ihren 65. Geburtstag zu feiern.

**Düsseldorf** – Sonnabend, 22. Juni, 16 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Festakt „50 Jahre

GHF“. Einladungen ergehen gesondert, persönliche Anmeldung erforderlich.

**Leverkusen** – Sonnabend, 22. Juni, 15 Uhr, Haus Ratibor, Kippersteiger Straße 56: Die Gruppe feiert ihr **traditionelles Sommerfest** mit einem fröhlichen kulturellen Programm mit Wettbewerbsspielen verschiedener Art. Gemeinsames Abendessen zu einem sehr geringen Preis. Die Organisatoren freuen sich über alle Mitglieder und Gäste, die mitfeiern wollen. Informationen bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

**Mülheim an der Ruhr** – Sonnabend, 6./Sonntag, 7. Juli: BdV-Busausflug nach Lehesten im Thüringer Wald zur Gedenkstätte Altvaterturn mit einer Übernachtung in Wurzbach.

**Neuss** – Donnerstag, 27. Juni, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Es wird die Fortsetzung des Films „Schatzkästchen Ostpreußen. Dokumentarfilm zwischen den Jahren 1920–1945“ gezeigt. – Montag, 5., bis Mittwoch, 14. August: Große Ostpreußenreise über Stettin, Danzig, Marienburg, Masurien, Thorn, Posen. Anmeldung bei Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern.

Landmannschaftl. Arbeit  
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeige

**Geschichte neu entdecken**

geschichte & wissen kompakt erklärt

1918/19 REVOLUTION

CHAOS in Deutschland und der Beginn einer verhängnisvollen Entwicklung

EXKLUSIV-INTERVIEW MIT GERD HEIDEMANN

HINRICHTER Roland Freisler und die Urteile am Volksgerichtshof

ERSATZHEER Einsatz bei Gefährten im Innern des Reiches

ORADOUR-SUR-GLANE Was geschah am 10. Juni 1944?

BAGDADBAHN Warum Wilhelm II. Einfluss im Orient wollte

HAKENKREUZ und Fahnen: Die NS-Symbole und ihre Wirkung

MODELLBAU Der legendäre Ford T von 1925 im Maßstab 1:25

**Jetzt bei Ihrem Zeitschriften-Händler!**



Landmannschaftl. Arbeit  
Fortsetzung von Seite 17RHEINLAND-  
PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

**Mainz** – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.SACHSEN-  
ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

**Dessau** – Montag, 8. Juli, 14 Uhr, Krötenhof: Sommerfest der Gruppe.**Magdeburg** – Dienstag, 25. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.SCHLESWIG-  
HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelmminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

**Bad Schwartau – Sommerpause** – Wegen der Sommerpause im Juli beginnt das zweite Halbjahr 2013 bei den Ostpreußen erst wieder mit der traditionellen Herbstfahrt am 8. August. Abfahrt 9 Uhr vom ZOB Bad Schwartau nach Glückstadt. Um 12 Uhr Besichtigung der Produktion der „Glückstädter Matjes“ und natürlich auch mit Probieren und Einkaufsmöglichkeit zu günstigen Preisen. Gegen 13.15 Uhr sind alle zu einem großen „Matjesbuffet“ im Restaurant „Kandelaber“ eingeladen. Und wer keine Matjes mag, kann alternativ ein Rahmschnitzel mit Champignons und Bratkartoffeln haben. Die Rückfahrt geht über Bad Malente zum Ferienhof „Radlandsichten“, wo man die Teilnehmer gegen 16 Uhr mit Obsttorte und Sahne, einem trockenen Stück Kuchen und Kaffee/Tea satt erwartet. Mit 40 Euro inklusive allem sind Sie dabei – Gäste sind wie immer herzlich willkommen. Die Fahrt kann ab sofort gebucht werden.**Fehmarn – Bericht vom Ausflug der Landmannschaft** – Die Gruppe Fehmarn machte ihren diesjährigen Ausflug bei schönstem Sommerwetter ins „Arboretum“ nach Ellerhoop Thiesen (1956 angelegt). Dieser 173 Hektar große Park wurde kürzlich zu den zehn schönsten Gärten Deutschlands ernannt. Farbenprächige Rabatten wechseln sich ab, ein Wald mit Sumpfpflanzen versetzt den Besucher in die Urzeit, 4000 verschiedene Baumarten und Pflanzensorten kann man hier bewundern und vieles mehr. Nach dem Mittagessen ging es dann weiter durch das schöne Schleswig-Holstein nach Bönhusen in ein Bauernhof-Café mit vielen Attraktionen. Danach wurde die Rückfahrt nach Fehmarn angetreten.**Flensburg** – Sonntag, 23. Juni, 10 bis 12 Uhr, Treffpunkt Bundeskapelle, Alter Friedhof: „200 Jahre Alter Friedhof zu Flensburg“. Historische Führung mit Hans-Friedrich Kroll und Thomas Messerschmidt. Keine Anmeldung, hier handelt es sich um eine selbstständige Teilnahme.**Pinneberg** – Sonnabend, 22. Juni, 15 Uhr, VIL-Heim, Fahltkamp 53: Festlich-fröhlicher Sommeranfang. Anmeldungen bei R. Schmidt unter Telefon (04101) 62667 oder bei B. Kieselbach, Telefon (0401) 73473.

## THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

**Mühlhausen** – Montag, 8. Juli, 14 Uhr, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg.**Schmalkalden** – Donnerstag, 4. Juli, 14 Uhr, Seniorenclub der Volkssolidarität, Röteweg 6: Heimatnachmittag der LO-Kreisgruppe „Immanuel Kant“.

## AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



## LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenberg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenberg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Bärenfang und  
Baumkuchen

Echten Lötzen Baumkuchen (produziert von der Firma Mack in Lötzen [Gizycko], frisch aus Masuren importiert vom Vereinsvorsitzenden Dieter Eichler) wird es zu kosten geben zur offiziellen Eröffnung des neuen Standortes von Archiv und Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen. Die Einweihung findet statt am Sonnabend, den 22. Juni, um 15 Uhr. Geöffnet ist der große Ausstellungssaal in der Sudetenlandstraße 18 H für interessierte Besucher bereits ab 10 Uhr. Doch erst am Nachmittag – in Anwesenheit von Neumünsters Oberbürgermeister Dr. Olaf Taurus – wird Gelegenheit sein, mit Bärenfang (ostpreußischer Honigschnaps) oder Krupnik (polnischer Honiglikör) auf die Zukunft dieser wichtigen Einrichtung der Kreisgemeinschaft Lötzen in ihrer Patenstadt Neumünster anzustreben. Um 16.15 Uhr heißt es dann „Geschichten aus der Geschichte“. Ausgewählte Exponate aus dem Lötzen Heimatmuseum erzählen – mit den Stimmen von Dieter und Ute Eichler – ihre „Lebensgeschichte“ (Eintritt frei). Auch dazu wird herzlich eingeladen – von der für die Lötzen Archiv- und Museumsarbeit verantwortlich zeichnenden Ute Eichler. Vorschau: Am Sonnabend, 27. Juli 2013, findet im dritten Jahr in Folge im Lötzen Museum „Bücher aus 100 Jahren“ statt – ein Verkaufsangebot von Sachbüchern und Belletristik (10

bis 16 Uhr). Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute.

SCHLOSSBERG  
(PILKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Hauptkreistreffen  
12./13. Juli Stadthalle  
in Winsen

Liebe Schloßberger, liebe Ostpreußen aus allen Regionen unserer geliebten Heimat! Ganz herzlich sind Sie alle eingeladen zu unserem Hauptkreistreffen zusammen mit der Nachbarkreisgemeinschaft Ebenrode und in Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Landesgruppe Niedersachsen. Sie erwartet ein attraktives Programm, aber auch der persönliche Kontakt mit Ihren Landsleuten und ausgiebiges Schabbern sollen nicht zu kurz kommen. Hier das Programm aus Schloßberger Sicht: Am Freitag, 12. Juli, beginnt um 11 Uhr im Clubzimmer der Stadthalle Winsen das Treffen der Ehemaligen und Freunde der Friedrich-Wilhelm-Oberschule Schloßberg. Für 12.30 Uhr ist das Mittagessen vorbereitet. Von 16 bis 18 Uhr findet im Saal der Stadthalle die öffentliche Kreistagssitzung der KG Schloßberg statt und um 19 Uhr beginnt eine Feierstunde der Schülervereinigung FWO Schloßberg, zu der alle Gäste herzlich eingeladen sind. Parallel dazu: Ein „Plattdeutscher Abend“ mit G. Papke, W. Rothe, E. König und M. Malchow, der um 20 Uhr beginnt. Am Sonnabend, 13. Juli 2013, beginnt um 9 Uhr ein Treffen der Schülervereinigung FWO Schloßberg im Traditionsraum des Patengymnasiums

Winsen (Luhe). Um 9.30 Uhr ist am Ehrenmal auf dem Winsener Friedhof eine Kranzniederlegung mit Pastor i. R. Kurt Perry vorgesehen. Die Feierstunde in der Stadthalle beginnt mit der Begrüßung durch den Kreisvertreter der KG Ebenrode, Dr. Gerhard Kuebart, um 11 Uhr. Nach Chorgesang hält Pastor i. R. Kurt Perry eine Andacht. Es folgen Grußworte und danach der Festvortrag mit Dr. Walter T. Rix zum Thema: „1812 und 1813 – Jahre der Entscheidung: Preußen zwischen Frankreich und Russland“. Nach dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied wird der Schloßberger Kreisvertreter, Michael Gründling, zu Ihnen sprechen. Die Feierstunde endet mit der gemeinsam gesungenen Nationalhymne. Um 12.30 Uhr ist in der Stadthalle ein Mittagessen vorbereitet, bevor um 14 Uhr der Sänger „Bernstein“ zu einem Konzert einlädt. Um 15.15 Uhr folgt eine Lesung von Herbert Tennigkeit. Mit „Woher kommen die Marjellen“ entführt er uns ins „Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen“. Die Heimatstuben in der Rote-Kreuz-Straße haben von 16.30 bis 18.30 geöffnet. Unterstützen Sie unsere landsmannschaftliche Arbeit mit Ihrem Besuch unseres gemeinsamen Hauptkreistreffens. Wir freuen uns, Sie begrüßen zu können!

Landsleute kam so viel Fröhlichkeit auf, dass sogar die Sonne mitspielte. Der Saal im Hotel Haus Rasche-Neugebauer füllte sich, die Wiedersehensfreude war groß und das Jeschabber wurde immer lauter. Aus dem Kirchspiel Warpuhnen nahmen 25 Landsleute teil. Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Kirchspielvertreter Warpuhns erfolgte eine Danksagung an die Landsleute und den Vertreter des Kirchspiels Sorquitten für die herzliche Aufnahme in ihren Kreis. Der Zusammenschluss der beiden Kirchspiele bei den Treffen wurde positiv aufgenommen. Es bildete sich ein harmonisches Beisammensein. Weitere gemeinsame Treffen sind bereits angesagt.



## TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Winddeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199, Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kühnreiterstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcorde.de

Feierstunde 60 Jahre  
PatenschaftenAusschnitte aus der Festrede des Ehrenvorsitzenden der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, Albrecht Dyck, in der Feierstunde am 1. Juni 2013 in Plön. **Entstehen der Patenschaften:** „Man schrieb das Jahr 1952, als beherzte Frauen und Männer des Kreistages Plön beschlossen, denen aus der Heimat Vertriebenen „Tilsit-Ragnitern“, eine Ersatzheimat zu geben. Der zur Abstimmung gekommene Beschluss zur Übernahme einer Patenschaft für den Heimatkreis Tilsit-Ragnit, fiel einstimmig aus. Darauf folgten 1953 sechs weitere Patenschaften von Städten und Gemeinden des Kreises Plön mit früheren Kirchdörfern und der Stadt Ragnit des ostpreußischen Heimatkreises.“ – Die damaligen Gefühle der Tilsit-Ragniter: „Man muss Flüchtling oder Vertriebener gewesen sein, um es richtig erfassen zu können, was uns das bedeutet hat. Wir waren wieder wer, Gleiche unter Gleichen. Damals gaben sie uns – die Damen und Herren Abgeordneten – ein Stück Selbstvertrauen zurück, das

## SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, KF Bettina Moyzyczyk, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

14. Kirchspieltreffen  
Warpuhnen

Über das gemeinsame Treffen der Kirchspiele Sorquitten und Warpuhnen am 27. April 2013 in Bad Sassendorf wurde bereits berichtet. Hier noch ein ergänzender Bericht für die Warpuhner Teilnehmer von Kirchspielvertreter Alfred Thiel. Er schreibt: „Der Tag fing trübe und bedeckt an, aber mit dem Eintreffen der

Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung auf Seite 19

Allenstein Stadt



Allenstein-Land



Angerapp



Angerburg



Bartenstein



Braunsberg



Ebenrode



Eichniederung



Fischhausen



Gerdauen



Goldap



Gumbinnen



Heiligenbeil



Heilsberg



Heydekrug



Wohlaue



Treuburg



Tilsit-Ragnit



Tilsit-Stadt



Sensburg



Schloßberg



Röbel



Rastenburg



Pr. Holland



Pr. Eylau



Osterode



Ortelsburg



Neidenburg



Mohrungen



Mennel Stadt / Land



Dyck



Eydum



Labiau



Königsberg Stadt



Königsberg Land

Deutschlandtreffen  
der OstpreußenOstpreußen hat  
Zukunft.

17.-18. Mai 2014, Messe Kassel

Großkundgebung am Sonntag,  
18. Mai 2014, 11.00 Uhr, Rothenbach-HalleLandmannschaft Ostpreußen · Buchstr. 4 · 22087 Hamburg · Telefon: 040/41 04 08-0  
www.ostpreussen.de



Heimatkreisgemeinschaften  
Fortsetzung von Seite 18

wir glaubten verloren zu haben.“

– **Die ersten Reisen nach der politischen Wende:** „46 Jahre mussten erst ins Land gehen, bis wir unsere Heimat wiedersahen, sie besuchen durften. So mancher ist mit der Sehnsucht im Herzen hier im Westen zur letzten Ruhe gebettet worden. Die erste Fahrt zur Stätte der Geburt und der Jugend werde ich zeitlebens nicht vergessen. Es wäre müßig, hier und heute darüber berichten zu wollen. Es sind Gefühle, die den Menschen im Innersten berühren und kaum zu beschreiben sind.“ – **Humanitäre Hilfe der Kreisgemeinschaft:** „Seit 1991 sind wir dann ständig nach Ostpreußen gefahren. Anfangs sechs bis sieben Mal im Jahr, mit humanitärer Hilfe im Gepäck. Es sind dann mit unzähligen großen und kleinen Konvois und Einzelfahrten sehr viele Hilfsgüter in unseren Heimatkreis geflossen. Wir belieferten Kindergärten, Schulen, die Krankenhäuser in Ragnit und Schillen und natürlich hilfsbedürftige Menschen im gesamten Kreisgebiet.“ – **Partnerschaftsvertrag:** „Mit dem jetzigen Rayon Neman, dem früheren Kreis Tilsit-Ragnit, hat die Heimatkreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit e. V. am 19. September 1999 einen Partnerschaftsvertrag abgeschlossen. Es war der erste Partnerschaftsvertrag, der in Nord-Ostpreußen mit den jetzt dort lebenden Menschen abgeschlossen wurde. Der Partnerschaftsvertrag soll dazu dienen, bereits vorhandene Kontakte zu aktivieren und neue zu eröffnen. Kultureller Austausch, Jugendaustausch und gegenseitige Hilfen sollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten gefördert werden.“ – **Danksagung:** „Meine Rede möchte aber nicht beenden, bevor ich den Menschen und ihren Repräsentanten noch einmal sehr herzlich Danke sage. Danke, dass sie uns nach der frostigen Kälte des Krieges, dem Verlust der Heimat, wieder Wärme verspüren ließen und uns hier in dem wunderschönen Schleswig-Holstein eine Ersatzheimat gaben, einem Gebiet, das uns sehr an das Verlorene, an unsere Heimat Ostpreußen, erinnerte.“ In den Dank schloss Albrecht Dyck ausdrücklich den ehemaligen Landrat des Kreises Plön, Dr. Volkram Gebel ein, dem im Jahr 2002 das Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen wurde.



## TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

## Schenkendorf-Denkmal

Das Denkmal des Tilsiter Freiheitsdichters in Koblenz, welches im vergangenen Jahr blinder Zerstörungswut zum Opfer fiel und dessen bronzener Kopf gestohlen wurde, ist dieser Tage wiederhergestellt worden. Zahlreiche Tilsiter waren einem Aufruf des Ostpreußenblatts vom 6. Oktober 2012 gefolgt und baten mit Eingaben und Spenden um die Restaurierung. Baudezernent Martin Prüm sprach den Spendern, die mit einem Viertel an den Gesamtkosten von 10000 Euro beteiligt waren, seinen herzlichen Dank aus. s

## Erweitertes Medienangebot der LO:

Im Laufe von über sechs Jahrzehnten hat sich ein großer Fundus an Materialien zur Geschichte Ostpreußens und der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) angesammelt. Seit längerem bemühen wir uns, diese Dokumente Interessierten über das Internet zugänglich zu machen. Bei der Auswertung der alten Bild- und Tonaufnahmen sind wir aktuell auf einen besonderen Fund gestoßen: Eine Dokumentation von Festbräuchen in den unterschiedlichen Mundarten des ostpreußischen Platts. Die Aufnahmen, entstanden um 1955, werden von Hedwig v. Lölhöfel eingeleitet und moderiert. Weitere Funde sind unter anderem Mitschnitte der Großveranstaltung auf dem Deutschlandtreffen 1957 in Bochum. Viel Spaß beim Stöbern wünscht

Ihre Landsmannschaft Ostpreußen, [www.ostpreussen.de/lo/mediathek](http://www.ostpreussen.de/lo/mediathek)

## Zeichen der Erinnerung setzen

Gemeinschaft Evangelischer Ostpreußen lud zur Gedenkstunde in München ein

Vor 15 Jahren wurde ein vom Bildhauer Professor Georg Rauwolf geschaffener Gedenkstein auf dem Münchner Waldfriedhof aufgestellt, der an das Massensterben nach dem Krieg in Königsberg erinnert. Er trägt die Inschrift: „1945–1948. Königsberg (Pr.). Unseren hunderttausend Toten und allen, die gleiches Schicksal erlitten“. Die Initiative für diesen Stein ging vom Münchner Bürgerverein aus, dessen Vorsitzender, Günther Hagner, aus Königsberg stammte. Die Stadt München stellte dazu einen unübersehbaren Platz nahe der Aussegnungshalle zur Verfügung. Die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen (GeO), Landesgruppe Bayern hatte im Frühjahr zu einer Gedenkstunde eingeladen. Die rund 100 Besucher begrüßte Pfarrer Werner Ambrosy mit einer Andacht. Die Gedenksprache hielt Pfarrer Klaus Florin, der Stellvertretende Vorsitzende der GeO. Es sang der Ostpreußische Sängerkreis unter der Leitung von Günter Lopian. Alle vier in Bayern ansässigen Ostpreußen-Gruppen waren vertreten, aber auch der Bund der Danziger sowie zahlreiche Gäste.

Der Landesvorsitzende der LM Ost- und Westpreußen, Friedrich-Wilhelm Böld, und der Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Königsberg, Klaus Weigelt, übersandten Grußworte. Die Andacht von Pfarrer Ambrosy erinnerte an das leidvolle Schicksal vieler Heimatvertriebener, angefangen von den durch Nebukadnezar deportierten Juden, über die Glaubensflüchtlinge aus Frankreich, Holland und Salzburg, die Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem deutschen Osten bis zu den heutigen Flüchtlingen, die ihre Heimat aus verschiedensten Gründen verlassen müssen. Er betonte: „Gerade wir Kriegs- und Kriegskinder haben einen Wahrheits-, Gedenk- und Versöhnungsauftrag. Nur durch Verständigung, Vergebung und Versöhnung kann Frieden bei uns und in Europa einkehren. Christen sind Bürger zweier Reiche, haben einen „Doppelpass“. Als Leute, deren endgültige Heimat bei Gott ist, leben sie als Pilger in dieser Welt. Wirkliche, unwiderrufliche Heimat ist letztlich bei Gott, sei es in Ostpreußen, der alten Heimat, oder



Vertriebenen-Denkmal in München: 100 Besucher hören Pfarrer Ambrosys Andacht

Bild: privat

hier in Bayern, unserm jetzigen Zuhause. Das ist unsere Hoffnung, unser Trost.“

Als Zeitzeuge erinnerte Pfarrer Florin an das leidvolle Schicksal der am Kriegsende noch in Königsberg lebenden Zivilisten. Er selber habe als Sieben- bis Zehnjähriger die Tragödie der Menschen in seiner Heimatstadt Königsberg von der Bombardierung Ende August 1944 bis zur Auswanderung im Juni 1947 miterleben müssen, aber überleben dürfen. „Die Stadt, die nach den Propagandasprüchen an den Hauswänden zum ‚Grab der Bolschewisten‘ werden sollte, wurde in den nächsten Jahren zum Grab für etwa 100000 Menschen. Nur rund 25000 haben überlebt und wurden 1947 und 1948 zwangsweise nach Restdeutschland ausgewiesen.“

Tief eingepägt haben sich in seiner Erinnerung die Bilder Sterbender und Toter, die nicht immer gleich beerdigt werden konnten. Hunger und Seuchen, Kälte, Gewalttaten, einstürzende Ruinen und Selbststötungen Verzweifelter rafften die Menschen massenhaft dahin. „Das grausame Schicksal, der sinnlose und unverdiente Tod so vieler Unschuldiger hat sich meinem Gedächtnis schmerzhaft eingepägt. Und unsere persönlichen Erinnerungen werden noch ergänzt durch Berichte und Bücher von Landsleuten, welche die Kraft aufbrachten und die seelische Mühe auf sich nahmen, das

furchtbare Geschehen in Worte zu fassen, damit es dem Langzeitgedächtnis unseres Volkes erhalten bleibt.“

Wichtig seien dafür auch die für viele sichtbaren Denkmäler wie das hier auf dem Waldfriedhof, die beiden im Garten der Auferstehungskirche in Königsberg für verstorbene Erwachsene und Kinder, das in Palmnicken für die dort im Januar 1945 er-

schen wesentlich vermindert worden.

Ob unter den katastrophalen Verhältnissen nach dem Krieg die Sowjets das Überleben der Deutschen mehr hätten tun können, sei unsicher, ob sie es wollten, könne man bezweifeln. Bei den seit 22 Jahren möglichen Begegnungen mit den heute dort lebenden Menschen heilten manche deutschen und russischen Wunden. Gegenseitige Vergebung habe schon viel Gutes bewirkt und zu gegenseitig wachsendem Verstehen geführt.

Bei Sonnenschein ging man zu der gepflegten kleinen Anlage am Gedenkstein, die seit Jahren Heinz Sperling gärtnerisch betreut. Die Sachkosten übernimmt in Zukunft die GeO. Dann wurden ein Kranz der Ost-Westpreußenstiftung in Bayern und zwei Bouquets der LO-Gruppe München und der GeO als Zeichen der Erinnerung niedergelegt. Ambrosy erinnerte an die jahrhundertalten Wechselbeziehungen zwischen Ostpreußen und Franken beziehungsweise später München und Bayern, etwa die Münchner Ostpreußenhilfe 1915, Gründung des Vereins heimatruher Ost- und Westpreußen in Bayern 1920 und die etwa 60 Straßennamen in München mit ost- und westpreußischem Bezug. Das alles habe zur Genehmigung der Errichtung des Steins im Jahr 1998 beigetragen.

Klaus Florin

Gegenseitige  
Vergebung hat schon  
viel Gutes bewirkt

mordeten KZ-Insassen sowie das am Nordbahnhof für die Königsberger, die schon 1942 ermordet wurden, nur weil sie Juden waren. Solche Denkmäler riefen zum Gedenken der Opfer auf, aber auch zu kritischem Nachdenken über Ursachen und Verursacher solch massenhaften Tötens und Sterbens. Dabei dürfe man nicht nur „den Russen“ die Schuld geben. Irreführende Propaganda der Nazis und die viel zu späte Erlaubnis hätten die rechtzeitige Flucht vieler Ostpreußen verhindert. Und mit weit über 100000 Zivilisten in Königsberg hätte man die Stadt nicht zur Festung erklären dürfen. So seien schon durch die mehrere Monate lange Beschießung wichtige Lebensgrundlagen für die Men-

Kritisch, konstruktiv,  
Klartext für Deutschland.

PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen Sie die PAZ im Jahresabonnement und sichern Sie sich damit eine unserer neuen Prämien!

Neue Preußenprämien im Jubiläumsjahr  
Friedrich des Großen

Gleich unter  
040-41 40 08 42  
oder per Fax  
040-41 40 08 51  
anfordern!

Friedrichprämie:  
Gedenkmünze & Buch

Zum 300. Geburtstag von Friedrich II. schenken wir Ihnen beim Abschluss eines Jahresabos eine Biografie des berühmten Preußenkönigs und dazu eine Gedenkmünze

Gedenkmünze  
„Friedrich der Große“

## Preußenprämie

Christopher Clarks neues Buch über Preußen ist eine hervorragende Darstellung über Aufstieg und Niedergang Preußens zwischen 1600 und 1947.

Ein fesselndes Werk, welches detailreich und lebendig die Historie des früheren Kurfürstentums und späteren Königreiches vorurteilslos erzählt. Ein Muss für jeden Preußenliebhaber.



Preußische Allgemeine Zeitung.  
Die Wochenzeitung für Deutschland.

Bestellen Sie ganz einfach per Email  
[vertrieb@preussische-allgemeine.de](mailto:vertrieb@preussische-allgemeine.de)

Preußische Allgemeine Zeitung  
Das Ostpreußenblatt

- ☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 120 € (inkl. Versand im Inland) und erhalte die ☐ Preußenprämie oder die ☐ Friedrichprämie.

Name/Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Mit dem Bezug der PAZ ist die kostenlose Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ostpreußen verbunden. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de).

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

Konto: BLZ:

Bank:

Datum, Unterschrift:

Preußische Allgemeine Zeitung - Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

## Landsleute betreuten ostpreußische Schülergruppe auf Deutschlandreise

1 großes Sternsystem  
2 griechische Nymphe  
3 ostasiatischer Mietwagen



# »Ich bin in tiefe Wasser geraten«

Nach der Flut wird angepackt – Die Bewohner in den vom Hochwasser gebeutelten Regionen lassen nicht die Köpfe hängen

**So schlimm die neue „Jahrhundertflut“ auch war, so hatte sie doch eine gute Seite: Wildfremde Menschen halfen einander. Das Aufräumen danach gilt einem Fest an Solidarität. Jetzt hofft man, dass nach der Flut auch die Touristen solidarisch bleiben und ihre geplanten Reisen in die betroffenen Gebiete nicht stornieren.**

Der Reiz der Stadtansicht von Dresden ergibt sich aus dem Zusammenspiel der feierlichen Kuppeln und Türme mit der ruhigen Horizontale der Elbe und ihren natürlichen Auen. Dort lagert sonst in den hellen Sommernächten die Jugend und gibt inmitten der Stadt ein ahnungsvolles Bild friedlich gebundener Lebenskraft. Gerade im Juni erblüht das „deutsche Florenz“ (Herder) besonders anmutig.

Doch in diesem Jahr peitschte ein Sturzregen zu Beginn des Monats die frische Blüte der Robinien auf den Asphalt der Straßenränder. Anstatt unter einem duftenden Blütendach zu spazieren, war Achtsamkeit nötig, um nicht in einem fingerdicken, bald faulig riechenden Brei auszugleiten. Das war nur der Vorboten eines anderen überblühenden Schlamms. Bald darauf waren die Elbwiesen in den Fluten verschwunden. Langsam stieg mit dem Wasser die dumpfe Ahnung, wie schlimm das werden könnte. Die sonst so anmutige Elbschleife in der Dresdner Talweitung verschwamm zwischen Pirna und Meißen zu einem braunen Amazonas. Die Flutrinne bei Kaditz wirkte wie ein riesiger Strom.

Wie 2002 versammelten sich die Menschen zu fröhlicher Hilfsbereitschaft. Während in Dresden-Laubegast ein wiederbelebter alter Elbarm ein ganzes Stadtgebiet zu einer Insel ohne Stromversorgung machte, herrschte an der Leipziger Straße im Norden der Stadt eine Art Festivalstimmung. Schüler befüllten Sandsäcke und reichten sie in langer Reihe weiter. Die Straßenbahn entließ Jungen und Mädchen in Gummistiefeln, die sich der Reihe anschlossen.

Das war die schöne Seite des Ausnahmezustandes. Jeder machte sich Gedanken, wie er dem gemeinsamen Werk nützlich werden konnte. Es wurden kernige Parolen verbreitet. Vom Widerstand gegen die Flut war die Rede. Aber je brauner und übelriechender diese sich zeigte, umso deutlicher wurde, das alles Widerstehen nur zu einem Aufschub führte.

An vielen Stellen durchdrangen bald Rinnsale die durchnässten Dämme. Flussabwärts sollte in der gesamten Meißenen Altstadt an diesem Wochenende ein Literaturfest gefeiert werden. Einen Tag zuvor musste allen Teilnehmern abgesagt werden. Ein Festkonzert der Elbland Philharmonie Sachsen mit Opernchören von Wagner und Verdi, das auf dem Burgberg über der Elbe stattfinden sollte, wurde kurzfristig in die Lutherkirche ins nahe Radebeul verlegt.

Auch in Radebeul stand das Wasser in den elbnahen Orts- und Partier Heizee begrüßte seine unerwarteten Gäste mit der Klage aus dem 69. Psalm: „Ich bin in tiefe Wasser geraten und die Flut will mich verschlingen.“ Bemerkte aber auch, dass es einige Verse später heißt: „Den Namen Gottes will ich preisen im Lied.“ Also gab der Dirigent das Zeichen und mit der Ouvertüre zum „Fliegenden Holländer“ schwappten diesmal

die musikalischen Wogen lautmälerisch durchs Kirchenschiff. Die Kollekte wurde spontan zugunsten der Hochwassergeschädigten umgewidmet.

Eine Wetterwarnung für das Wochenende spannte dann die Nerven bis zum Zerreißen. Während im Erzgebirge weitere Gewitterschäden entstanden,

des herbeigeeilten Technischen Hilfswerks aus dem hessischen Biedenkopf im Verein mit der Ortsfeuerwehr das Wasser aus den Grundstücken hinter dem Damm zurückpumpten. In manchen der preisgegebenen Häuser stand es bereits bis zur Decke des ersten Stocks. Leichtfertig wurde hier nach 1990 ein Wohngebiet in

nach wieder freigegeben. Mehrere Tage zogen sich die Absperrungen für den privaten Kraftverkehr noch hin. Ein großes Aufgebot an Polizei blieb an den Straßen postiert. Das Stadtwerk schickte seine Elektriker und warnte vor unsachgemäßer Selbsthilfe. Die Amtsärzte mahnten zur Hygiene und auf einen wirksamen Teta-

werden die Schlammschichten abgetragen. Wenn sie erst einmal aushärtet, ist ihr kaum noch beizukommen. Ein weiteres Problem ist auch der Grundwasserdruck in den Kellern. Viele Hausbesitzer wollen schnell das Wasser aus ihren Kellern haben. Doch dadurch kann unter ungünstigen Umständen wegen des Gegen-drucks eines hohen Grundwasserspiegels der Schaden am Bauwerk vermehrt werden. In Meissen steigen entlang der Elbe an vielen Stellen die Fontänen des abgepumpten Wassers zurück in den Fluss. In den Gassen der unteren Stadt liegen überall Kabel. Notstromaggregate rauschen vor den Häusern, Sperrmüllhaufen türmen sich auf.

Zwischen den leergeräumten Ladengeschäften im Erdgeschoss hat ein Gemüseladen provisorisch geöffnet. An den Tischen vor einem Café rasten die erschöpften Meißener Bürger mit ihren Helfern. Am späten Nachmittag stellen sich dann die ersten Touristen wieder ein. Und das ist gut so. Denn bereits 2002 klappte eine gefährliche Schere zwischen zwei gegenläufigen Anliegen: Eindringlich wurde um Unterstützung bei der Beseitigung der

Hochwasserfolgen geborgen. Dabei spielte die Bildberichterstattung eine große Rolle, um emotionale Anteilnahme zu erwecken. Doch den Bildern von der Flut ist bereits eine Stornierungswelle so mancher Reisenden gefolgt.

Der Geschäftsführer des sächsischen Hotel- und Gaststättenverbands, Frank Lehmann, beklagt einen Eindruck, als würde ganz Sachsen in einer Sintflut versinken sei. Er befürchtet, dass die Folgeschäden der Katastrophen-Berichterstattung für sein Gewerbe unter Strich bedrohlicher werden könnten als die direkten Flutschäden.

Sebastian Hennig



**Schlammschlacht nach der Flut: In Meißen sind fleißige Hände dabei, die Straßen von der braunen Brühe zu säubern. Die Stadt soll wieder glänzen, damit auch die Touristen nicht ausbleiben, was für die Stadt eine zweite Katastrophe bedeuten würde. Rechts: Die überflutete Stadt mit Dom und Albrechtsburg** Bilder (2): pa, Hennig



waren die Niederschläge im Prager Becken geringer als erwartet und damit blieb der Elbpegel weiter rückläufig. Aber wo die Dämme standgehalten haben und der Fluss nun zu sinken begann, stieg inzwischen das Grundwasser aus den Gullys.

So auch gegenüber Radebeul, im zu Dresden eingemeindeten Elldorf Gohlis, wo Angehörige

die Niederung gebaut. An vielen elbnahen Ortschaften ließ die Überflutung deutlich werden, was im Normalzustand nur der Fachmann sieht: Unsere Vorfahren wussten, wo sich sicher bauen ließ. Alte Ortskerne bleiben oft bis zuletzt verschont.

Mit dem Rückgang des Wassers begann erst die richtige Arbeit. Die Brücken wurden nach und

nusschutz zu achten. Das Wasser wich, aber der Schlamm blieb zurück und die Bürokratie machte sich geltend. Von den Ortsämtern und Rathäusern wurden sogenannte Hochwasserbescheinigungen ausgeteilt.

Doch naheliegend sind jetzt erst einmal wahre „Handgreiflichkeiten“. Mit Wasserschlauch, Druckstrahlgeräten, Besen und Schaufel

## Ein Nager als Wetterfrosch

Bald ist Siebenschläfertag – Wenn's regnet, soll ein Tier schuld sein?

Das es sieben Wochen am Stück regnen soll, will in den Flutregionen niemand hoffen. Doch die Gefahr ist groß, wenn am Siebenschläfertag schlechtes Wetter herrscht. Dass das aber gar nichts mit dem niedlichen Nager mit wissenschaftlichem Namen „Glis glis“ zu tun hat, ist relativ unbekannt.

Am 27. Juni ist Siebenschläfertag. Der Tag geht auf eine Legende aus der Zeit der Christenverfolgung durch die Römer zurück. Im Jahr 251 versteckten sich die sieben Freunde Malchus, Maximianus, Dionysius, Constantinus, Johannes, Martinianus und Serapion in einer Höhle in der Nähe von Ephesus. Sie wollten keinen heidnischen Göttern mehr Opfer bringen und sich zum Christentum bekennen, wurden verraten und in der Höhle eingemauert. Eine Version spricht vom Versiegen des Unterschlupfes. Die Sieben sanken in einen tiefen Schlaf und er wachten laut Sage erst 200 Jahre später am 27. Juni 446. Eine Zeit, in der Christen nicht mehr der Verfolgung ausgesetzt waren. Die Kirche führte nach ihnen den Siebenschläfertag ein.

Da zunächst der auf Julius Cäsar zurückgehende julianische

Kalender galt, fiel der Siebenschläfertag auf den 7. Juli. 1582 wurde der Gregorianische Kalender bei uns eingeführt, benannt nach Papst Gregor XIII. Zehn Tage des Jahres wurden ersatzlos gestrichen. Damit verbesserte man unter anderem die Ungenauigkeiten im julianischen Kalender. Der Siebenschläfertag war nun der 27. Juni.



**Aufgewacht: Siebenschläfer**

Dennoch stimmen die alten Bauernregeln für das Wetter. Ende Juni und Anfang Juli festigt sich die Wetterlage über Europa. Nun entscheidet sich, ob unser Sommer durch warme Luft aus dem Süden oder kalte nördliche Luftströmungen bestimmt wird. Regnet es um den 27. Juni, kann es durchaus sein, dass wir sieben Wochen oder länger mit Regenschirm nach draußen müssen.

Da das Nagetier einen extrem langen Winterschlaf hält, bringt man den Tag mit ihm in Verbindung und benannte es dementsprechend. Sobald sich der Siebenschläfer genug Fett angefrisst hat, legt er sich im August zur Ruhe und wacht vor dem Frühling nicht mehr auf. So schläft er sieben Monate, zehrt dabei vom Fettpolster und verliert bis zur Hälfte seines Gewichts.

Die Tiere sehen aus wie zu groß geratene Mäuse. Sie haben einen buschigen Schwanz und dunkle Ringe um die Augen. Sie wohnen in Baumhöhlen, Dachböden und Nistkästen. Gegen Abend begeben sie sich auf Nahrungssuche, entfernen sich aber nur im Umkreis von etwa 100 Metern von ihrem Schlafplatz. Ihre Nahrung muss sehr fettreich sein, damit sie sich für den langen Winterschlaf rüsten können. Eicheln, Haselnüsse, Kastanien, Samen, Knospen, Rinden, Früchte, Pilze, Insekten, Vogeleier und Jungvögel stehen auf dem Speiseplan. Da der Siebenschläfer die Kälte nicht mag, kommt er häufiger im Süden Europas vor. Bei den Römern war das Nagetier beliebt und wurde sogar als Delikatess verspeist. Silvia Friedrich

## Emanzipation auf Albanisch

Wenn Frauen mitreden wollen, werden sie zu »Schwurgungfrauen«

Vorsicht Chauvi-Wort: „Eine Frau ist ein Schlauch, in dem ein Gut transportiert wird. Sie ist Eigentum ihres Mannes, darf den Mund nur zum Essen oder zur Totenklage öffnen.“ So steht es im „Kanun“, dem albanischen Gewohnheitsrecht aus dem 15. Jahrhundert, das bei Nord-Albanern gegenüber Frauen noch heute gilt. Selbst Leserbrief in dem UN-Blatt „Focus Kosovo“ waren deutlich: „Frauen verdienen Prügel, wenn sie nicht gehorchen“ oder: „Keine Frau würde je die Polizei zu Hilfe rufen.“

Jahrhunderte der Isolation in ihren Bergregionen bedingten kulturelle Rückständigkeit der Albaner, messbar am Analphabetentum oder an der Gewalt gegen Frauen. Laut Zidi Dervishi, Soziologe an der Universität Tirana, flüchteten Frauen vor totaler Rechtlosigkeit häufig in den Status einer „virgin“, einer „Schwurgungfrau“. Sie schwören vor zwölf „Eidshelfern“ ab von Weiblichkeit, Ehe und Mutter-schaft, legen männliche Kleidung an und üben fortan Pflichten und Rechte von Männern aus – mit ihnen in der Moschee zu beten, Patriarch in der Familie zu sein, Waffen und Armbanduhren zu

tragen, ein Erbe anzutreten, zu rauchen, Alkohol zu trinken, im „Kuvend“, dem Rat der Familienoberhäupter, mitzureden, ohne jedoch Stimmrecht zu haben.

Von ihrer Umgebung werden sie als Männer akzeptiert, obwohl jeder weiß, dass sie biologisch Frauen sind. Sie tragen weibliche Vornamen und mussten keine operative Geschlechtsumwandlung vornehmen. Selbst in der kommunistischen Diktatur unter Enver Hodscha waren sie respek-

öffentlichen Leben in einer zerrissenen Gesellschaft, in der Männer die absolute Dominanz ausübten.“

Laut albanischen und anderen Fachpublikationen leben noch etwa 100 „Virgines“, aber darüber spricht das Wiederaufleben der vom „Kanun“ legitimierten Blutrache. Diese bricht aus wichtigen Anlässen zwischen zwei Clans aus, und Schwurgungfrauen mussten „einspringen“, wenn keine Männer für die Blutrache mehr lebten.

Laut dem Ethnologen Franz Baron Nopcsa waren in der Zwischenkriegszeit über 40 Prozent aller männlichen Todesfälle im albanischen Norden Folge von Blutrachefehden. Derzeit sollen erneut rund 15.000 albanische Familien in solche Streitigkeiten verstrickt sein, brutaler als früher. Seit einigen Jahren wirkt im nordalbanischen Shkodra die „Stiftung zur Konfliktlösung und Versöhnung“ gegen den Teufelskreis von Isolation, Unbildung und Blutrache. Ob damit die Schwurgungfrauen „aussterben“? Nordalbanische Anwesen sind zumeist von hohen Mauern umgeben, und niemand weiß, was hinter diesen geschieht und ausgebrütet wird. Wolf Oschlies

### »Männliche« Frauen Opfer der Blutrache



## Rustikale Rhetorik

Udo Ulfkotte rechnet ab

Der promovierte Politikwissenschaftler Udo Ulfkotte ist ein Viel- beziehungsweise Schnellschreiber und bedient sich zudem gerne einer rustikalen Rhetorik. So enthält sein neuestes Werk „Raus aus dem Euro – Rein in den Knast“ unter anderem arg primitive Ausdrücke wie „Party-Pupser“, „Maul halten!“ und „Mediale Sauerei“. Manchmal geht es aber auch eleganter: „Bei deutschen Politikern ist Politik die Kunst, die Bevölkerung so schnell über den Tisch zu ziehen, dass die Bürger glauben, die dabei entstehende Reibungshitze sei Nestwärme.“ Allerdings übt Ulfkotte sich nicht nur in Politikerschelte, denn genauso sehr geht es ihm darum, den Kritikern der ungeliebten Weichwährung ein Denkmal zu setzen. Und da wiederum verfällt er plötzlich in ein ungewohnt süßliches Pathos: „In der Kathedrale unserer Herzen wird für jene, die uns vor der Aufgabe von D-Mark und Schilling gewarnt haben, für immer eine Kerze brennen.“

Mit der Spezies der Euro-Befürworter rechnet Ulfkotte zu Beginn seiner Darstellung in durchaus berechtigtem Furore ab und spart dabei nicht mit Ratschlägen, wie wohl nur er sie formulieren kann: „Was wir brauchen, ist Nürnberg 2.0.“ Zu inhaftieren und vor ein Volkstribunal zu stellen sind seiner Meinung nach unter anderem folgende Einpeitscher des „Teuro“: Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher, Theo Waigel, Wolfgang Schäuble, Wolfgang Gerhardt, Joschka Fischer, Johannes Rau, Gerhard Schröder, Edmund Stoiber, Oskar Lafontaine, Hans Eichel, Jutta Limbach und Horst Köhler. Dazu kämen ihre medialen Helfershelfer – allen voran der janusköpfige Moralist Ulrich Wickert und die Ex-Stewardess Sabine Christiansen.

Und in der Tat weiß man als Bürger nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man sich all die machiavellistischen Versprechen vergegenwärtigt, die diese Personen vor der Euro-Einführung abgegeben haben: „Die Stabilität des Euro wird größer sein als die der Deutschen

Mark“, tönte beispielsweise der dauerqualmende Elder Statesman Helmut Schmidt im Juni 1997. Insofern hat Ulfkotte völlig recht, wenn er feststellt: „Der Euro ist eine beispiellose Serie von Vertragsbrüchen, Lügen und Betrug.“ Ebenso zutreffend ist seine Feststellung, dass der ökonomische Kamikazeakt der Abschaffung der D-Mark Teil einer Strategie war, die auf die weitere „Amputation der deutschen Identität“ abzielte.

Die wohl wichtigsten Passagen von Ulfkottes Buch, welches sich wieder einmal vorrangig auf Internetquellen stützt, sind allerdings die, in denen es um die Behandlung prominenter Euro-Gegner wie Karl Schiller, Wilhelm Hankel, Wilhelm Nölling, Joachim Starbatty und Karl Albrecht Schachtschneider geht: Hier kann man sehr schön nachlesen, wie eine Allianz von beschränkt-willfähigen Journalisten, Verfassungsschutzern und Antifa-Denunzianten Gesinnungsterror ausgeübt und die Rechtsextremismus-Keule geschwungen hat, um sämtliche

### Treffsicher, aber teilweise niveaulos

Skeptiker mundtot zu machen. So wurde dem renommierten Staatsrechtler Schachtschneider der straflos unterstellt, er sei ein Sympathisant der NPD. Oder nehmen wir den Fall des ehemaligen grünen Bundestagsabgeordneten Alfred Mechterheimer: Dessen Anti-Euro-Initiative fand wie selbstverständlich Eingang in die Verfassungsschutzberichte sämtlicher Bundesländer. Dabei haben sich die Prognosen der Mahner mittlerweile samt und sonders als richtig erwiesen.

Fazit: Ulfkotte hat ein wichtiges und gut lesbares Kompendium zum Thema Massenmanipulation, Wählerbetrug und politischer Skrupellosigkeit à la Bundesrepublik Deutschland vorgelegt, welches in seiner Diktion allerdings oft eher der „Bild“-Zeitung als einem seriösen Sachbuch ähnelt.

Wolfgang Kaufmann

**Udo Ulfkotte: „Raus aus dem Euro – Rein in den Knast. Das üble Spiel von Politik und Medien gegen Kritiker der EU-Einheitswährung“. Kopp, Rottenburg 2013, gebunden, ohne Abbildungen, 303 Seiten, 19,95 Euro**



Wieso klagt zwar alle Welt über die „Rente mit 67“ und dem damit verbundenen Umstand, dass sie Rente nicht sicher ist, fragt Autor Christoph Birnbaum, aber warum macht sich keiner Gedanken über die Finanzierung der Pensionen. Die 40 bis 50 Milliarden Euro, die Deutschland demnach vermutlich für einen erneuten griechischen Schuldenschnitt abschreiben muss, seien nichts gegen die rund eine Billion Euro, die Bund und Länder in den nächsten Jahrzehnten für die im Ruhestand befindlichen Staatsdiener aufbringen müssen. Natürlich sei die Ursache jeweils eine ganz andere, und die Staatsdiener hätten schließlich auch Jahrzehnte dem Staat gedient, doch da dieser im Grunde dafür keine Rücklagen gebildet habe, wird die Rechnung erst in naher Zukunft präsentiert.

Birnbaum, der unter anderem beim „Rheinischen Merkur“ und beim „Handelsblatt“ als Redakteur tätig war, betreibt in „Die Pensions-Lüge. Warum der Staat seine Zusagen für Beamte nicht einhalten kann und warum uns das alle angeht“ keine Beamtenchelte. Er weist vielmehr darauf hin, dass der Staat vermutlich seine gemachten Zusagen an seine verbeamteten Mitarbeiter eines Tages nicht mehr einhalten kann, es sei denn, er spart an anderer Stelle



Große Schiffe faszinieren die Menschen. So wurden das neueste Passagierschiff der Hapag-Lloyd-Flotte, „Europa“, und das weltgrößte Containerschiff, „Alexander von Humboldt“, gerade medienwirksam in Hamburg getauft. Auch volkswirtschaftlich sind Werften wichtig, denn die maritime Entwicklungsarbeit wird durch das Zusammenspiel von modernster Technik und komplexen Fertigungsmethoden als Meisterleistung wahrgenommen. Viele Zulieferer im Binnenland tragen zum Gesamtwerk „Schiff“ bei und profitieren davon.

## Staat trickst besser als Banken

Finanzierung der Pensionen absolut ungewiss – Taschenspielertricks

stark, was aus Birnbaums Sicht jedoch von dem Rest der Bevölkerung nicht akzeptiert werden dürfte. Allerdings kritisiert der Autor die Gewerkschaft der Beamten. Indem der Beamtenbund das Thema weitgehend totschweigt, verschleppe er eine Reform. Und da die Diäten der Politiker der Beamtenbesoldung ähneln, müssten auch sie bei einer Reform in der Gegenwart einige Privilegien aufgeben. Auch stammen viele Politiker selber aus dem öffentlichen Dienst, beziehungsweise ihre Mitarbeiter in den Behörden sind oft verbeamtet, und die will man nicht gegen sich aufbringen.

Schon jetzt gäbe manche Bundesländer fast die Hälfte ihrer Ausgaben für Personal und Pensionen aus. Und da in den 70er und 80er Jahren der öffentlichen Dienst stark ausgebaut und

### Schulden statt Kapital, das in Landesschulden investiert wird

längst wegen „In-Sich-Geschäften“ an den Pranger gestellt werden. So hat der Wissenschaftler Bernd Raffelhüschens sich im Auftrag des „Bundes der Steuerzahler“ die Beamtenversorgung des Landes Rheinland-Pfalz näher angeschaut und kam zu dem Schluss, dass das Land zwar Geld zurücklegt, dieses aber aus Schulden besteht, denn eigentlich ist im defizitären Landeshaushalt gar nicht genügend Geld für derartige Rücklagen da. Dieses „Geld“ muss dann ja angelegt werden und dies geschieht ausschließlich in zehnjährige Schuldverschreibungen des Landes Rheinland-Pfalz. Rheinland-Pfalz bildet also den Vorsorge-Kapitalstock nicht aus Ersparnissen, sondern aus neuen Schulden

Der Autor verweist auf Preußen, wo die Pensionskassen über Beiträge finanziert wurden, doch dann setzte sich im Deutschen Reich das bayerische Modell durch, das dem heutigen entspricht, sprich, während der Staat als Arbeitgeber für Angestellte neben dem Gehalt auch Beiträge in die Rentenkasse einzahlen muss, verschiebt er die Kosten für die Pensionen seiner Beamten auf die ferne Zukunft, um sie dann aus Steuermitteln zu bezahlen.

Allerdings verweisen inzwischen einige Bundesländer auf den Umstand, dass sie seit einigen Jahren durchaus Rücklagen für ihre Pensionäre bildeten. Das stimmt zwar auch, aber Birnbaum zeigt auf, unter welcher haarsträubenden Bedingungen dies geschieht. Würde eine Firma so wirtschaften, würde sie

Werte aus dem Moment, wenn diese Menschen in Pension gehen, eine riesige Kostenlawine über Bund und Länder herein. „Interessant ist auch die Entwicklung im größten deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen. Hier hat fast eine Viertelmillion Staatsdiener den Beamtenstatus“, warnt Birnbaum. 2009 musste der Steuerzahler beispielsweise allein für die ehemaligen Beamten von Post und Telekom elf Milliarden Euro aufbringen. Und während jedes private rechtliche Unternehmen Rückstellungen für Versorgungszusagen bilden muss, ignorierten Bund und Länder die Zahlungsverpflichtungen weitgehend und rechneten sie selbstendend nicht in ihren Schuldenstand mit ein.

heraus, für die natürlich Zinsen zu entrichten sind“, so Raffelhüschens. Immerhin existiert dieses „Geld“ auf dem Papier noch, was man von dem Investment anderer Bundesländer, die in griechische Staatsanleihen oder in eine Landesbank wie die HSH Nordbank investiert haben, nicht wirklich behaupten kann.

Gegen Ende seiner Ausführungen hat Birnbaum aber doch noch Kritik parat, die so mancher Beamte nicht gerne hört. So bezeichnet er es als absolut ungerecht, dass Beamte nicht nur einen sicheren Arbeitsplatz haben, sondern rund 70 Prozent ihres letzten Gehaltes als Pension erhalten, Rentner liegen weit darunter, Tendenz stark sinkend. Auch sei das ganze Gehaltsgefüge zumeist fernab dessen, was auf dem freien Arbeitsmarkt gezahlt würde, auch weil es den „kleinen Beamten“ kaum noch gebe: Fast jeder zweite Beamte sei im gehobenen Dienst tätig, 20 Prozent im höheren Dienst. Aber er erwähnt auch, dass es den deutschen Beamten im europäischen Vergleich keineswegs besonders gut gehe und im Vergleich zu den EU-Kollegen sogar nur mäßig. Dass zumindest kleine Reformen möglich sind, zeigt der Autor an Beispielen aus Österreich und der Schweiz, doch offenbar ist der Leistungsdruck in Deutschland noch nicht groß genug. Vielleicht wird die bald greifende Schuldenbremse diesen ja entsprechend erhöhen.

Rebecca Bellano

**Christoph Birnbaum: „Die Pensions-Lüge. Warum der Staat seine Zusagen für Beamte nicht einhalten kann und warum uns das alle angeht“, dtv premium, München 2012, kartoniert, 257 Seiten, 14,90 Euro**

## Die Welt des Schiffbaus

Autor beschreibt, wie heutzutage die Riesen der Meere entstehen

Umso bedauerlicher ist es, dass dieser Industriezweig in Deutschland schon lange in der Krise steckt und immer wieder Werften von der Insolvenz bedroht sind.

Wie aber entstehen Schiffe? Zu dieser Frage hat Peter Andryszak ein reich bebildertes Buch geschrieben, in dem die einzelnen Abläufe wie Planung, Materialbeschaffung, einzelne Bauphasen, Fertigstellung, Innenausbau, Werfterprobung und Abnahme geschildert werden. Im Schiffbau gibt es kaum Serienbauten, die meisten Schiffe sind Unikate, die nach den Vorstellungen ihrer Auftraggeber geplant und gebaut werden. Der Autor beschreibt, wie modernste Technik verwen-

det wird, aber erwähnt auch die alten Vorgehensweisen. Der Einsatz von hochkomplexen Maschinen ist notwendig, allerdings werden auch jede Menge Spezialisten gebraucht, die diese bedienen können. Ein großer Bereich ist der klassische Metallbau. Andryszak taucht hier tief in die Welt des Schiffbaus ein, zeigt akribisch die einzelnen Arbeitsschritte und Techniken und wie dann aus gestanzten nummerierten Metallteilen ein „Schiffspuzzle“ entsteht. Aus diesem Rohbau wächst unter Einsatz verschiedener handwerklicher Gewerke, deren weitere Arbeiten genau geplant und koordiniert werden müssen, ein neues Schiff, das nach der Taufe

unter der Flagge seiner neuen Eigner die Weltmeere befahren wird.

Es gelingt Andryszak, die technischen Details auch für die Laien interessant zu präsentieren, was besonders auch durch die anschaulichen Fotos sehr gut gelingt. Wer sich dafür interessiert, wie das Schiff vor dem Zerschellen der Seifflasche am Bug bei der Taufe entstanden ist, sollte dieses Buch unbedingt lesen.

Britta Heitmann

**Peter Andryszak: „Schiffbau heute. Wie ein Schiff entsteht“, Koehlers Verlagsgesellschaft, Hamburg 2013, broschiert, 104 Seiten, 14,95 Euro**

## Herzerwärmende Kindheitserinnerungen

Ostpreuße erzählt von seiner Jugend am Frischen Haff



Widitten war ein Dorf mit 300 Einwohnern am nördlichen Ufer des Frischen Haffs nahe der Gemeinde Großheidekrug. Bis nach Königsberg beträgt die Entfernung nur 20 Kilometer. 1928 ließ sich der Lehrer Willy Hanemann aus dem Kreis Rastenburg in den kleinen Ort an der Samlandküste versetzen, denn seine beiden Söhne sollten später einmal in der Hauptstadt das Gymnasium besuchen. Siegfried Hanemann, der 1923 geborene äl-

tere Sohn des Dorfschullehrers, hat seine Erinnerungen aus den Jahren 1928 bis 1942 in einem Buch zusammengefasst, dessen Titel lautet: „Das Spülfeld. Eine Jugend am Frischen Haff 1928 bis 1942“. Aus der Feder des Autors stammen auch die Illustrationen. Im Mittelpunkt der kleinen, in sich abgeschlossenen Geschichten von der Haffküste stehen die familiären und schulischen Erinnerungen Siegfried Hanemanns. Man vergisst beim Lesen, wie viel Zeit seitdem vergangen ist, so anschaulich und feinsinnig sind diese Geschichten erzählt. Nur selten legt sich der Schatten

der Kriegsergebnisse und ihrer Folgen über die Bilder der Vergangenheit.

In den Dörfern am Frischen Haff lebten Bauern, Fischer und Forstarbeiter, während in größeren Orten wie Großheidekrug Arbeiter und Angestellte vom Hafenbauamt Pillau einen großen Anteil der Bevölkerung bildeten. Mobilität war also bereits vorrangig wichtig für einen Teil der Bevölkerung. Es gab Bus- und Bahnverbindungen nach Königsberg und zusätzlich eine neue Dampf-

### Als Schafskopf zur Einschulung

Autoren einen Bauernhof bewirtschafteten. In den Wintermonaten war auf dem See- und Landweg längere Zeit kein Durchkommen von Widitten nach Königsberg möglich.

schiffslinie auf dem Königsberger Seekanal. Als erster im Dorf schaffte sich Willy Hanemann 1932 ein Auto an, einen Hanomag mit 23 PS. Und so reiste die fünfköpfige Familie im Sommer schon auf moderne Art zu dem 400 Kilometer entfernten Dorf in Westpreußen, wo die Großeltern des Autors einen Bauernhof bewirtschafteten.

In den Wintermonaten war auf dem See- und Landweg längere Zeit kein Durchkommen von Widitten nach Königsberg möglich.

Daher war es unumgänglich, dass Siegfried Hanemann im Alter von zehn Jahren zum ersten Mal die Wintermonate in einer Königsberger Pension verbrachte, nachdem er auf das Stadtgymnasium auf der Insel Kneiphof übergewechselt war. Eine amüsante Passage handelt von der Einschulungsfeier. Als der Empfang beendet war, rauschte seine Mutter stehend den Fußes mit ihm davon. Was war geschehen? „Mutter war immer so stolz auf meine wild wachsenden blonden Locken, so dass ich einen Haarbüsch wie ein Schaf hatte.“ Doch im Saal hatten sich alle Eltern nach ihnen umgedreht und

sich gegenseitig darauf aufmerksam gemacht, „dass da offensichtlich ein Schafskopf zur Schule gehen wollte. Ich habe nichts davon mitbekommen. Mutters resoluter Marsch endete beim ersten Friseurgeschäft, das sie sah.“

Man wünscht diesem Büchlein für ein paar Mußbestunden eine größere Anzahl von interessierten Lesern.

Dagmar Jestrzemska

**Siegfried Hanemann: „Das Spülfeld. Eine Jugend am Frischen Haff 1928 bis 1942“, Edition Solitär im Geistkirch-Verlag, Saarbrücken 2012, kartoniert, 106 Seiten, 12 Euro**



## Gutes aus der alten Heimat

Die besten Rezepte aus Böhmen, Ostpreußen, Schlesien, Lecker was's, in der beliebten Heimat Ostpreußen, Schlesien und Böhmen stehen für Freude am Genuss vieler guter Dinge des täglichen Bedarfs. Liebevoller Zubereitung bester Zutaten in traditionellen Rezepten. Der Duft einer Lieblingspeise aus Kindertagen lässt uns in Gedanken heimreisen, und es ist ein Segen, dass viele Rezepte über Generationen überliefert wurden und noch heute zubereitet werden können wie damals. Lassen wir also die alte Heimat durch den Genuss der Köst-



lichkeiten ein wenig aufleben und wünschen auch denjenigen, die sie neu entdecken, viel Freude daran und guten Appetit!

Geb., 304 Seiten  
Best.-Nr.: 7234

€ 14,99

Christoph J. Eppler,

**Erziehung im Nationalsozialismus**  
Bündische Jugend - Hitlerjugend - Reformpädagogik. Die vorliegende Arbeit untersucht, angeregt u. a. durch die Werke „Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend“ und „Hitlers Pädagogen“ des Göttinger Erziehungswissenschaftlers Hermann Giesecke, die Geschichte der deutschen Jugend, primär in der Zeit von 1890-1945.

Geb., 774 Seiten  
Best.-Nr.: 7233



€ 38,00

## Alberten

## Alberten

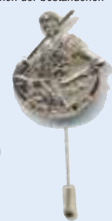
Anstecknadeln in Gold oder Silber mit dem Brustbild des Herzogs Albrecht von Preußen, des Stifters der 1544 gegründeten Königsberger Universität. Ursprünglich war der Albrecht das Erkennungszeichen der Königsberger Studenten. Sie trugen ihn an Mütze, Hut oder Revers und machten sich damit als Bürger der alma mater Albertina kenntlich. Später wurde er als sichtbares Zeichen der bestandenen Reifeprüfung von den Abiturienten in ganz Ostpreußen getragen. Auch heute noch lebt diese Tradition fort und viele Abiturienten tragen stolz ihren Albrecht.

## Albrecht klein

vergoldet, massive Ausführung an Nadel mit Sicherung, Höhe 20 mm, Breite: 17 mm (ohne Nadel)  
Best.-Nr.: 6645, € 4,95

## Albrecht groß

vergoldet, massive Ausführung an Nadel mit Sicherung, Höhe 32 mm, Breite: 28 mm (ohne Nadel)  
Best.-Nr.: 6644, € 6,95



Udo Ulfkotte  
**Was Oma und Opa noch wussten**

So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.  
Geb., 233 Seiten  
Best.-Nr.: 7225, € 19,99



Joachim Albrecht  
**Katjuscha und ihre Folgen**

Königsberg im Januar 1945  
Rettungsschiff Willenwerder  
Kart., 257 Seiten  
Best.-Nr.: 7196, € 14,80

Gottfried Piefke  
**Gottfried Piefke, Preußische Armeemärsche**

Es spielt das Stabmusik-korps Berlin unter der Leitung von OTL Volker Wörrlein  
1. Preußens Gloria; 2. Der Alsenströmer; 3. Herwarth Marsch; 4. Erinnerung an Weimar; 5. Margarethen Marsch; 6. Gitana Marsch; 7. Düppeler Sturm Marsch; 8. Pochhammer Marsch; 9. Siegesmarsch von Metz; 10. Kaiser Wilhelm - Siegesmarsch; 11. Lympfjörds-



Gesamtspielzeit: 46:55 Min  
Best.-Nr.: 6894

€ 14,95

mer; 12. Der Königgrätzer Marsch; 13. Düppel - Schanzen - Sturm - Marsch. Großer Zapfenstreich nach D.S. Bortnjanskij; 14. Anmarsch mit Parademarsch. Marsch des York'schen Korps; 15. Locken zum Großen Zapfenstreich; 16. Zapfenstreichmarsch 17. 1. Post; 18. 2. Post; 19. 3. Post; 20. Zeichen zum Gebet; 21. Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet; 22. Nationalhymne 23. Abmarsch



Siegfried Henning  
**Krieg frisst Heimat auf**  
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen  
Best.-Nr.: 3372

statt € 19,00  
nur noch € 12,95



**Preußen-Schirmmütze**  
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß  
Best.-Nr.: 7124, € 14,95



**Elchschaufel-Schirmmütze**  
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform  
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

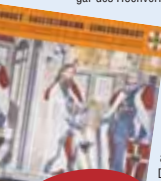


## Die Hochmeistergruft im Dom von Marienwerder

Hörbuch auf CD Hörbuch über drei interessante Persönlichkeiten aus der Blütezeit des Deutschen Ordens im Spätmittelalter. Im Jahre 2007 machten polnische Archäologen einen sensationellen Fund. In der Krypta unter dem Presbyterium des im vierzehnten Jahrhunderts erbauten Doms von Marienwerder in Westpreußen legten sie die halbzerstörten Särge mit den sterblichen Überresten von drei Hochmeistern des Deutschen Ordens frei. Der Orden hatte im Spätmittelalter, nach den Kreuzzügen mit Unterstützung des deutschen Kaisers und des Papstes den Ostseeraum, in dem die heidnischen Prußen siedelten, christianisiert und dort einen eigenen Staat errichtet. Bei allen drei in Marienwerder begrabenen Hochmeistern endete die Amtszeit als oberster Kreuzritzer vorzeitig und nicht

hörensWERT!  
Die CD-Empfehlung des  
Preußischen Mediendienstes!

standesgemäß Werner von Orseln wurde von einem Ordensbruder in der Marienburg, dem Hochmeisterst und Machtzentrum des Ordens, im Jahre 1330 ermordet. Ludolf König von Weizau bekam eine Geisteskrankheit und wurde 1443 seines Amtes enthoben. Heinrich von Plauen, der Retter der Marienburg nach der verlorenen Schlacht bei Tannenberg gegen das polnisch-litauische Koalitionsheer, wurde 1414 gar des Hochverrats angeklagt und in Kerkerhaft geworfen. Wer waren diese frommen, aber machtbewußten Ordensritter, woher kamen sie und welchen Stellenwert hatte ihre Amtszeit als Hochmeister des Deutschen Ordens? Auf all diese Fragen möchte die vorliegende Audio-CD Antworten geben. Ein kurzer Einblick in Entstehung und Geschichte des Kreuzritterordens sowie interessante Informationen und Fakten über Dom und Burg in Marienwerder/Kwidzyn runden ihren Inhalt ab. Sie ist ein Muß für alle, die mehr über den Deutschen Ritterorden, seine faszinierende Geschichte sowie Leben und Wirken der drei in Marienwerder begrabenen Hochmeister wissen möchten.



€ 12,90

und auf intimer Kenntnis der türkischen Verhältnisse basierende Arbeit zeigt: Erdogan, der aus der radikal-islamischen und autoritären Milli Görüs-Bewegung Erbakans kommt, strebt für die Türkei eine Führungsrolle in Europa, Vorderasien und im Nahen Osten an. Und der Islam soll die alle Lebensbereiche beherrschende Religion werden. Für Fuß gibt es deshalb nur eine zwingende politische Schlußfolgerung: Die Türkei darf nicht Mitglied im europäischen Staatenverbund werden. Geb., 296 Seiten + 16 Bilderseiten, Best.-Nr.: 7145

Laufzeit: 71:11 Minuten, Best.-Nr.: 7235



**Sing, sing, was geschah**  
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, Gesamt: 66 min, 29 Lieder  
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987, Best.-Nr.: 7203, € 12,95



**Das war Königsberg**  
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg  
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/weiß-Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs  
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



**Sommer in Ostpreußen 1942**  
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort. Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm, Best.-Nr.: 6981, € 14,95



Beate Szillis-Kappelhoff  
**Die ersten Preußen**  
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes. Geb., 395 Seiten, 123 Abb. Best.-Nr.: 7209, € 19,80



**Der Deutsche Orden - Auf den Spuren der Ritter**  
Laufzeit: ca. 145 min Best.-Nr.: 7221, € 14,95



**Elchschaufel-Manschettenknöpfe**  
Hochwertige Manschettenknöpfe mit emailierter Vorderseite, auf der die Elchschaufel dargestellt ist. Die Rückseite der Manschettenknöpfe ist schwarz eloxiert. Maße: 18 mm hoch, 15 mm breit. Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton. Best.-Nr.: 6643, € 24,95



**Manschettenknöpfe-Preußenadler**  
Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailiert, Durchmesser = 20mm Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton Best.-Nr.: 6782, € 24,95

## Musik von Friedrich II.



Vol. I  
**Flötensonaten, Flötenkonzert & Märsche**  
Gesamtspielzeit: 79:42 Min Best.-Nr.: 6901 € 14,95



Vol. III  
**Die Sinfonien**  
Gesamt: 35:20 Min Best.-Nr.: 6903 € 14,95



Vol. III  
**Die Sinfonien**  
Gesamt: 35:20 Min Best.-Nr.: 6903 € 14,95

Jürgen P. Fuß  
**Erdogan - ein Meister der Täuschung**  
Was Europa von der Türkei wirklich zu erwarten hat Mehr als sechs Jahre haben Jürgen P. Fuß und seine Frau in der Türkei gelebt und dabei Land und Leute kennen gelernt. Im April 2004 gründeten sie die erste deutschsprachige Wochenzeitung für die Türkei. In insgesamt 22 Ausgaben berichtete die 'Aktuelle Türkei Rundschau' über die Türkei und kommentierte die politischen Ereignisse. Als Herausgeber und Chefredakteure konnten Fuß und seine Frau hautnah miterleben, wie Recep Tayyip Erdogan den Einfluss der islamisch-konservativen AKP (deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) immer weiter festigte. Gleichzeitig gelang es Erdogan, seine Machtposition innerhalb und außerhalb der Partei so stark auszubauen, dass er mit einigen ihm treu ergebenen Weggefährten mitt-

lerweile alle Fäden des türkischen Staates in der Hand hält. Bereits 1998 wurde der frühere Istanbul Bürgermeister Erdogan wegen offentlichen Zitierens der folgenden Verse zu einer Gefängnisstrafe verurteilt: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Minarett sind unsere Bajonette... die Moscheen sind unsere Kasernen.“ Erst nach einer Verfassungsänderung konnte Erdogan für das türkische Parlament kandidieren und am 11. März 2003 Ministerpräsident werden. Seit dieser Zeit beherrscht Erdogan die hohe Kunst des Verstellens, Verschleierns und Täuschens als erfolgreiche Methode eines schleichenden Machterwerbs. Fuß' faktenreiche

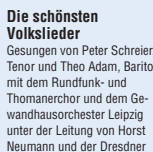


€ 19,80

und auf intimer Kenntnis der türkischen Verhältnisse basierende Arbeit zeigt: Erdogan, der aus der radikal-islamischen und autoritären Milli Görüs-Bewegung Erbakans kommt, strebt für die Türkei eine Führungsrolle in Europa, Vorderasien und im Nahen Osten an. Und der Islam soll die alle Lebensbereiche beherrschende Religion werden. Für Fuß gibt es deshalb nur eine zwingende politische Schlußfolgerung: Die Türkei darf nicht Mitglied im europäischen Staatenverbund werden. Geb., 296 Seiten + 16 Bilderseiten, Best.-Nr.: 7145



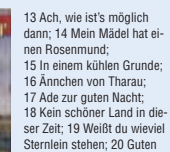
**Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815**  
Gesamt-Spieldauer: 58:09  
Stabmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin  
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



**Die schönsten Volkslieder**  
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler  
1 Wenn alle Brünnelein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiler ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein stehn; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle;



Gesamtspielzeit: 50:16 Min  
Mit allen Liedertexten im Beihft  
Best.-Nr.: 6893



13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Mädchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

€ 14,95

## Ostpreußen-Seidenkrawatte



€ 19,95

## Pro Patria, Märsche und Lieder

- 1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
- 3) Die Wacht am Rhein 4:16
- 4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
- 5) Lied der Franken 2:09
- 6) Alte Kameraden 3:03
- 7) Siebenbürgenmarsch 3:19
- 8) Der Coburger 3:24
- 9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
- 10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
- 11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
- 12) Freiheit, die ich meine 2:17
- 13) Ich hab mich ergeben 1:19
- 14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
- 15) Kreuzritzer-Fanfare 2:07
- 16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
- 18) Helenehmarsch 2:12
- 19) Marsch aus Petersburg 2:14
- 20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
- 21) Althessischer Reitermarsch 2:13

## CD



€ 17,95

- 22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
  - 23) Der große Zapfenstreich 11:32
  - 24) Lied der Deutschen 3:09. Gesamtspielzeit: 69:52
- Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206



**Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie kostenlos dazu 1 Ex: Nidden und seine Maler, brosch., 43 S.**

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst  
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12  
Lieferung gegen Rechnung, Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3,50\*, ab einem Bestellwert von € 80,00 ist die Lieferung versandkostenfrei! \*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse. es werden die tatsächlich entfallenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

**Bestellcoupon**

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: \_\_\_\_\_ Name: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Ort/Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_



## MELDUNGEN

## Rekord bei Zuwanderung

**Paris/Berlin** – Die Einwanderung nach Deutschland ist 2012 auf den höchsten Stand seit 17 Jahren gestiegen. Allein die Zahl der Zuwanderer aus den Euro-Krisenländern hat sich laut der in Paris ansässigen OECD von 2007 bis 2011 bereits verdoppelt. 2012 kamen erneut mehr, aus Griechenland waren es 34 000, aus Spanien 28 000. Wegen der geringen Einwohnerzahl von elf Millionen bedeutet dies für Hellas einen beträchtlichen Aderlass. *H.H.*

## Erfolg mit Ljudmila Putina

**Chisinau** – Der wenig bekannte moldauische Sänger Sergej Artjomjew hat über die Scheidung des Ehepaars Putin ein Lied zu Ehren Ljudmila Putinas verfasst. Darin wird sie als Frau gelobt, die ebenso zu grenzenloser Liebe wie zum selbstlosen Verzeihen fähig ist. In Moskau wird das auf „ru.net“ veröffentlichte Video offen belächelt, der Künstler als Trittbrettfahrer bezeichnet. Für ihn zählt der Erfolg: In drei Tagen klickten 100 000 Internetnutzer das Video an. *MRK*

## ZUR PERSON

## Machtbewusster Medienmogul

Nach endlich greift der griechische Ministerpräsident Antonis Samaras mal durch, dachten viele Deutsche, als bekannt wurde, dass der Regierungschef den Staatsfunk ERT geschlossen hatte. Zumal als bekannt wurde, welche Verschwendung dort betrieben wurde, schien es so, als hätte Samaras eine gute Entscheidung getroffen. Doch dann sickerte durch, dass ERT der einzige Sender war, der Parlamentsdebatten übertrug und im Vergleich zu den privaten Medien das politische Geschehen seriös analysierte. Auch finanziert sich der ERT über Gebühren und Werbeeinnahmen und nicht über den klammen Staatshaushalt.

Nun stellt sich die Frage, ob es Oligarchen wie Stavros Psycharis sind, die ihren Einfluss geltend gemacht haben. Psycharis führt seit dem Tod des griechischen Medienmoguls Christos Lambrakis 2009 die Geschäfte der privaten Medienholding Lambrakis Press. Mehrere Tageszeitungen, unzählige Zeitschriften und Beteiligungen an



privaten Fernsehsendern gehören zur Lambrakis Group. Seit Jahrzehnten mischt sie mit ihrer Berichterstattung in der Politik mit, ehemalige Mitarbeiter erlangten Ministerposten. Wer in Psycharis Gunst steht, wird hochgeschrieben, wer diese verliert, kann seinen Hut nehmen. Dies musste auch Georgios Papandreu erfahren. Der Vor-Vorgänger von Samaras ist überzeugt, dass Psycharis, nachdem ihm ein Kredit verweigert worden war, seine regierungsfreundliche Linie geändert und ihn niedergeschrieben habe. Nun soll Psycharis über seinen Sohn, der für Samaras' Partei im Parlament sitzt, Druck gemacht haben. ERT war schließlich Konkurrent, besaß wichtige Rechte zum Beispiel an der Formel 1, Rechte, für die die krisengeschüttelten Mediengesellschaften derzeit kein Geld haben und die nun wieder und vermutlich billiger zu haben sind. *Bel*



Zeichnung: Mohr

## Hauptsache, alle gleich blöd

Was uns Obama Schönes mitgebracht hat, wie wir Deutschland an der Wurzel schwächen, und wir unsere Kinder zu Deppen machen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Da war er endlich, unser Freund, unser Idol: Barack Obama in Berlin! Historische Tage. Da haben wir uns die Stimmung nicht verderben lassen durch manchen Miesepeter, der einfach behauptet, der Obama sei im Grunde auch nicht besser als sein Vorgänger, George W. Bush.

Wie kann man so etwas nur sagen. Im Gegensatz zu Bush hat Obama schließlich ... ja, Quantánamo geschlossen? Nein, das nicht. Weniger Kriege geführt? Schon mal gar nicht. Die Geheimdienste gezähmt und die Bürgerrechte gestärkt? Die Armut bekämpft? Überall eher das Gegenteil.

Aber das macht nichts, mag Obama auch alles genauso machen wie Bush (oder schlimmer), er macht es eben anders genauso, irgendwie netter, sympathischer. Außerdem haben alle Qualitätsmedien vom „Spiegel“ bis zum Staatsfunk doch immerzu gesagt, der Obama sei ein „Hoffnungsträger“, verkörpere das „bessere Amerika“!

Soll das nun alles Quatsch gewesen sein? Und wenn schon, als kritische Zivilgesellschaft, als die wir uns feiern, schlingen wir noch jeden Propaganda-Müll hinunter und streicheln uns wohligh den lügenvergifteten Bauch.

Obama, der Friedensbringer: Der Bostoner Professor Andy Bacevitch hat für seinen deutschen Freund, den Ökonomen Max Otte, mal eine kleine Zusammenstellung gemacht. Danach hat es noch nie so viele geheime Militäraktionen ohne Information des Kongresses gegeben wie unter Obama.

Angela Merkel hegt dennoch keinen Zweifel am guten Willen unseres Freundes aus Washington und ist ganz scharf auf sein neuestes Geschenk: die große transatlantische Freihandelszone. Die bringt für alle Seiten Vorteile, auch in Deutschland werden viele neue Arbeitsplätze entstehen. Woher wir das wissen? Na, vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Ach ja richtig, war das nicht der Verein, der uns jahrelang mit falschen Expertisen zu Griechenland in die Falle gelockt hat? Sicher, aber wer wird denn nachtragend sein. Ist doch schon mehrere Tage her.

Nach Berechnungen anderer Ökonomen bringt die nordatlantische Freihandelszone für Deutschland und die Euro-Länder vor allem kräftige Nachteile. Auch Schwellenländer wie Brasilien werden wohl ordentlich Federn lassen. Dagegen dürften die USA nach dieser Schätzung richtig absahnen.

Aber das sagen ja nur wieder diese Querschueßer, die schon beim Euro an sich Bauchschmerzen hatten, dann Griechenland nicht aufnehmen wollten und jetzt von „Alternativen“ faseln. Wer glaubt schon solchen Leuten?

Und wenn sie doch recht haben? Na, wenn schon: Hatten wir

schwerer ist, einen eingeschliffenen Fehler auszumergen als etwas von Anfang an richtig zu lernen. „Lesen durch Schreiben“ stellt sicher, dass die Kleinen schon jahrelang „kreativ“ gekritzelt haben, ehe ihnen einer sagt, wie es richtig geht. Dann ist es, wie Tests bei älteren Schülern erwiesen haben, für viele schon zu spät. Sie lernen nie mehr richtig schreiben. Und wer nicht richtig schreiben kann, lernt auch nie richtig lesen, vor allem: schnell lesen. Er verliert die Lust, lässt das Lesen sein und ist nun offen für die Endverblödung.

Das sollte man auch auf die Mathematik ausweiten. Hemmt es nicht die Kreativität des Kindes,

Immer weniger Schüler können richtig schreiben. Das ist kein Unfall, sondern Programm

wenn man es zwingt, aus zwei und zwei zwanghaft vier zu machen? Selbst, wenn eine sieben seiner spontanen Neigung viel eher entspreche?

Darf dann bald jeder Schüler machen, was er will? Aber nicht doch: Zum Ausgleich schauen fortschrittliche Pädagogen anderswo umso strenger hin. Ältere Schüler berichten, welcher Ärger samt schlechter Noten sie erwartet, wenn sie eine politisch unkorrekte Meinung äußern, eine, die weder rot noch grün ist. So wird man für politisch korrekte, aber in fehlerstrotzendem Deutsch formulierte Meinungen belohnt und für korrekt formulierte, aber abweichende Meinungen bestraft. Heraus kommt das Idealbild einer neuen Elite für ein dauerhaft geschwächtes Deutschland: der stümpernde Anpasser. Und sein künftiges Feindbild: der schreib- und lesegewandte Selbstdenker.

Um das Niveau noch weiter zu senken, werden per „Inklusion“ geistig behinderte und ausgesprochen lernschwache Schüler aus den Förderschulen geholt und in die Regelschulen verfrachtet. Dort sitzen dann, bei vielleicht 40, 50 Prozent Ausländerkindern mit teilweise kümmerlichen Deutschkenntnissen, noch ein, zwei geistig Behinderte sowie etliche mit „Verhaltensauffälligkeiten“ und kitzeln frei vor sich hin. Toll, was? Nicht ganz: Entsetzt haben

die „Reformer“ festgestellt, dass die Kinder nicht alle gleichmäßig verblöden, was aus sozialistischer Sicht sehr ungerecht ist. Fiese Eltern helfen ihnen Gören und vermässeln so das „Lernziel“. Folge: Der Bildungsstand der Eltern ist für den Lernerfolg der Kinder immer wichtiger, ein Skandal. Kann es also sein, dass die linken Reformen geradewegs nach hinten losgegangen sind, zurück in Richtung Klassengesellschaft?

Auf keinen Fall, belehrt uns die linke Lehrgewerkschaft GEW: Deutschland gebe einfach nur zu wenig Geld für „Bildung“ aus, das sei das Problem. „Mehr Geld für Bildung“ heißt laut GEW natürlich, noch viel mehr Geld für „Inklusion“ und „Lesen durch Schreiben“ und all die anderen roten Sachen, die uns dahin geführt haben, wo wir heute sind. Überhaupt, Eltern: Warum nimmt man ihnen die Kinder nicht gleich ganz weg und in staatliche Obhut? Nun ja, das kostet auch.

Mehr Geld also. Aber alle wollen mehr Geld! Woher sollen wir das nehmen? Da gibt es einen cleveren Vorschlag, für den man die Steuerzahler nur ein bisschen hinter die Fichte führen muss, worin unsere Politiker ja gut geübt sind: Findige Leute bringen dieser Tage einen „Flut-Soli“ ins Gespräch. Eine Forderung, für die sich viele Politiker umgehend begeistern konnten.

Der wird dann „zeitlich befristet eingeführt“. Wenn aber die Deiche wieder stehen, die Häuser wieder trocken sind und alle Entschädigungen geleistet wurden, dann bleibt der Soli einfach bestehen, so wie der andere, den wir seit zwei Jahrzehnten zahlen und wohl bis ans Ende unserer Tage abdrücken müssen, selbst wenn wir heute erst 20 Jahre alt sind.

Sobald einer daran erinnert, dass die Sache doch „befristet“ war und wieder abgeschafft gehört, wird die GEW poltern, eine Abschaffung des Flut-Soli sei „ein Steuergeschenk an die Reichen“. Danach wird niemand mehr wagen, das Thema anzuschneiden. Schon ist genug Geld da, um noch mehr Pädagogen einzustellen, die den Kindern beim „Lesen durch Schreiben“ in der inkludierenden Schulklasse die Zukunft verbauen.

## MEINUNGEN

**Alexander Kissler** berichtet im „Cicero“ (11. Juni), dass es in Deutschland bereits rund **250 Lehrstühle** zur Verbreitung der radikalfeministischen Lehre der sogenannten „Gender Studies“ gibt und fragt sich, was das soll und wo das wohl enden wird:

„Es sind letztlich Verteilungskämpfe um Macht und Geld, die eine männerfeindliche Lobbygruppe momentan zu ihren Gunsten entschieden hat. Spätestens aber, wenn die globale Rezession ihr Haupt erhebt und die Armen der Erde auch in Deutschland stranden werden, wird sich diese Operation am offenen Herzen der Vernunft als das entpuppen, was sie heute schon ist: eine Luxusbeschäftigung für verwöhnte, anderweitig unausgelastete Akademiker.“

**Josef Isensee**, emeritierter Professor für Staatsrecht, kritisiert im „Handelsblatt“ vom 13. Juni das **Bundesverfassungsgericht** hinsichtlich seiner Euro-Rettungs-Urteile:

„Mich erinnert die Judikatur an das Verhalten eines Dackels, der wild bellt, wenn er einen Fremden aus der Ferne sieht; nähert sich der Fremde jedoch selbstbewusst, zieht der Dackel den Schwanz ein und läuft weg.“



Vermutlich wird das Gericht die große Sache nicht anfassen. Es wird aber wenigstens im Kleinen zeigen wollen, dass es mitmisch und sich demonstrativ für parlamentarische Mitbestimmungsrechte starkmachen – auch wenn diese an der Sache herzlich wenig ändern. Seine Rechtsprechung quillt über von großen Worten und bleibt zurück mit kleinen Urteilen.“

Der Analyst der „Deutschen Wirtschafts Nachrichten“ (18. Juni) hält der **Verherrlichung von US-Präsident Barack Obama** einige hässliche Fakten entgegen:

„Obama hat die Ungleichheit in den USA vertieft. Weniger Reiche wurden reicher, die Einkommensschere wird größer. Obama rettet die großen Banken mit jährlich 780 Milliarden Dollar ... Obama hat mehr Whistleblower (Verräter illegaler Machenschaften) verurteilt als alle anderen Präsidenten vor ihm zusammen ... Obama hat die amerikanische Verfassung mehrfach gebrochen, etwa mit der Verordnung, dass US-Bürger auf US-Territorium auch ohne Gerichtsverfahren ermordet werden dürfen. Obama hat zahlreiche neue Kriege begonnen, allein 35 davon in Afrika.“

FDP-Politiker **Frank Schäffler** greift im Portal „eigentlich frei“ das Ergebnis einer Umfrage unter Bundestagsabgeordneten auf, ob es einen verpflichtenden **Vegetariertag** in der Reichstagskantine geben solle:

„Für einen verpflichtenden „Grünertag“ sprach sich eine Mehrheit aus. 86 Prozent der Linksfraktion, 82 Prozent der SPD, 38 Prozent der CDU/CSU, 0 Prozent der FDP, aber 100 Prozent der Grünen. Das Ergebnis zeigt: Die Grünen als postmoderne Jakobiner sind der politische Arm einer Umerziehungskultur.“